

Landtag des Saarlandes

16. Wahlperiode



Pl. 16/47
16.12.20

47. Sitzung

am 16. Dezember 2020, 09.00 Uhr, in der Saarlandhalle
Saarbrücken

Beginn: 09.00 Uhr
Ende: 12.34 Uhr

PRÄSIDIUM:

Präsident Toscani (CDU)
Erste Vizepräsidentin Ries (SPD)
Zweiter Vizepräsident Heinrich (CDU)
Dritte Vizepräsidentin Spaniol (DIE LINKE)
Erste Schriftführerin Berg (SPD)
Zweiter Schriftführer Thielen (CDU)
Dritter Schriftführer Müller (AfD)

REGIERUNG:

Ministerpräsident, auch zuständig für die Bereiche Wissenschaft, Forschung und Technologie, Hans (CDU)
Ministerin für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Verkehr Rehlinger (SPD)
Minister für Finanzen und Europa sowie Minister der Justiz Strobel (CDU)
Minister für Inneres, Bauen und Sport Bouillon (CDU)
Ministerin für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie Bachmann
Minister für Umwelt und Verbraucherschutz Jost (SPD)
Ministerin für Bildung und Kultur Streichert-Clivot

Es fehlen:

Abg. Commerçon (SPD)
Abg. Enschedé (fraktionslos)

Begrüßung zur 47. Plenarsitzung (Sondersitzung) in der Saarlandhalle 3527

Zeitpunkt und Tagesordnung der heutigen Sitzung 3527

Änderung der Tagesordnung 3527

Abgabe einer Regierungserklärung durch den Ministerpräsidenten Tobias Hans zum Thema „Corona: Nur mit Konsequenz, Entschlossenheit und Zusammenhalt gewinnen wir den Kampf“. 3527

Ministerpräsident Hans..... 3528

1. Beschlussfassung über den von der DIE LINKE-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Menschen in Alten- und Pflegeheimen besser schützen (Drucksache 16/1537) 3534

2. Beschlussfassung über den von der AfD-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Einrichtung einer Kommission zur Erarbeitung einer saarländischen Langzeitstrategie zur Bekämpfung von COVID-19 (Drucksache 16/1536) 3534

Abg. Lafontaine (DIE LINKE) zur Begründung des Antrages Drucksache 16/1537..... 3534

Abg. Funk (CDU)..... 3540

Abg. Dörr (AfD) zur Begründung des Antrages Drucksache 16/1536..... 3542

Abg. Dr. Jung (SPD)..... 3544

Abg. Hecker (fraktionslos)..... 3547

Ministerin Rehlinger..... 3548

Abg. Schmitt-Lang (CDU)..... 3554

Abg. Müller (AfD)..... 3557

Abg. Roth (SPD)..... 3558

Ministerin Bachmann..... 3560

Abstimmung über den Antrag Drucksache 16/1537, Ablehnung des Antrages 3561

Abstimmung über den Antrag Drucksache 16/1536, Ablehnung des Antrages 3561

Präsident Toscani:

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich eröffne unsere heutige Plenarsitzung und darf Sie dazu alle recht herzlich willkommen heißen. Im Einvernehmen mit dem Erweiterten Präsidium habe ich den Landtag zu seiner heutigen Sitzung um 09.00 Uhr in die Saarlandhalle einberufen. Es ist insgesamt die 47. Plenartagung der laufenden Legislaturperiode, gleichzeitig ist es eine Sondersitzung des saarländischen Landtags vor dem Hintergrund der Corona-Krise.

Die Entscheidung, die heutige Sitzung einzuberufen, erfolgte vor dem Hintergrund des Berichts, den Herr Ministerpräsident Tobias Hans in einer Sondersitzung des Erweiterten Präsidiums am vergangenen Sonntag abgegeben hat. Er hat das Präsidium des saarländischen Landtags unmittelbar im Vorfeld der Konferenz der Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten mit der Bundeskanzlerin über die aktuelle Lage informiert. Es wurde einvernehmlich von allen Fraktionen der Wunsch geäußert, dass wir zu einer Sondersitzung des saarländischen Landtags zusammentreten, um die aktuelle Lage der Krisenbekämpfung erörtern zu können, wenn die Verordnung der Landesregierung neu konzipiert ist.

Zwischenzeitlich hat Herr Ministerpräsident Tobias Hans mit Schreiben vom gestrigen Tag mitgeteilt, dass er beabsichtige, eine Regierungserklärung in der heutigen Sondersitzung des Landtags abzugeben. Es ist die Regierungserklärung mit dem Thema „Corona: Nur mit Konsequenz, Entschlossenheit und Zusammenhalt gewinnen wir den Kampf“.

Außerdem haben die Landtagsfraktionen DIE LINKE und die AfD Anträge für die heutige Sitzung eingebracht. Die Landtagsfraktion DIE LINKE hat einen Antrag zum Thema „Menschen in Alten- und Pflegeheimen besser schützen“ eingebracht, das ist Drucksache 16/1537. Die AfD-Landtagsfraktion hat einen Antrag zum Thema „Einrichtung einer Kommission zur Erarbeitung einer saarländischen Langzeitstrategie zur Bekämpfung von COVID-19“ eingereicht, Drucksache 16/1536. Ich schlage vor, dass wir beide Anträge in die Tagesordnung aufnehmen und im Rahmen der Aussprache zur Regierungserklärung mit beraten. Wer dafür ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Ich stelle fest, dass beide Anträge in die Tagesordnung aufgenommen sind.

Ich erteile nun Herrn Ministerpräsidenten Tobias Hans das Wort zur Abgabe der Regierungserklärung. Das Thema lautet:

„Corona: Nur mit Konsequenz, Entschlossenheit und Zusammenhalt gewinnen wir den Kampf“

Ministerpräsident Hans:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Liebe Saarländerinnen und Saarländer! Die Entwicklung der Corona-Fallzahlen hat sich in einem Maße verschärft, wie wir es vor wenigen Wochen nicht erwartet hatten. Wir waren der festen Überzeugung, dass die zunehmende und zu beobachtende Achtsamkeit der breiten Bevölkerung in Verbindung mit unserem Teil-Lockdown das Infektionsgeschehen unter Kontrolle bringen wird. Bis vor zwei Wochen hatte es auch noch den Anschein, dass die Entwicklung zumindest stagniert. Die letzten Tage haben aber gezeigt, alle Anstrengungen haben nicht gereicht, die Lage hat sich leider deutlich verschärft.

Bei meiner letzten Regierungserklärung vor gut zwei Wochen lag die 7-Tage-Inzidenz im Saarland noch bei 120. Heute liegt sie bei über 190. In keinem der Landkreise lag sie über 150, in dreien sogar unter 100. Heute haben fünf Landkreise eine 7-Tage-Inzidenz von mehr als 150. Zwei haben sogar mehr als 200. Die Zahl der in Zusammenhang mit COVID-19 Verstorbenen hat sich von 288 am 01. Dezember auf 354 14 Tage später erhöht. Vorgestern hatten wir an einem Tag sogar 18 Tote zu verzeichnen. Wir haben heute die Zahlen bekommen: deutschlandweit 952 Menschen, die an COVID verstorben sind. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das kann und darf uns nicht kalt lassen.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Wir sind kurz davor, dass die Zahl der täglichen Neuinfektionen wieder in eine exponentielle Kurve übergeht, also das Wachstum ganz massiv steigt, und dies trifft nicht nur auf das Saarland zu. Das ist die Entwicklung in ganz Deutschland. Das muss uns tief besorgt machen. Das muss uns alarmieren. Dies umso mehr, als nun auch unsere Krankenhäuser die Grenzen ihrer Belastbarkeit erreicht haben. Wir hören bereits von Einrichtungen, die keine Patienten mehr aufnehmen, von Intensivbetten, die für COVID-19-Patienten vorgehalten werden, von aufgeschobenen Operationen und von Ärztinnen und Ärzten, von Krankenschwestern und -pflegern, die schon heute weit über ihre Leistungs- und Belastungsgrenzen gehen. Dies ist die Stelle, wo wir an unsere Kapazitätsgrenzen stoßen, nicht beim einzelnen Bett. Es ist nicht die Zahl der Intensivplätze, es ist das Personal, das diese Intensivplätze betreut. Hier gibt es bereits zum jetzigen Zeitpunkt erhebliche Engpässe.

Die Grenze des Zumutbaren, des Machbaren ist bei vielen Pflegekräften bereits überschritten. Ich danke an dieser Stelle allen Pflegerinnen und Pflegern ganz herzlich. Allein ihnen zuliebe müssen wir nun harte Maßnahmen zur Pandemieeindämmung vornehmen, meine Damen und Herren. Ich glaube, das

haben diejenigen, die an den Betten stehen und um das Leben der Menschen kämpfen, verdient.

(Beifall bei den Regierungsfractionen und der LINKEN.)

Warum haben wir noch vor zwei Wochen nicht mit dieser Entwicklung gerechnet? Von Anfang bis Ende November hatten wir - nachdem sie im Oktober rasant in die Höhe geschossen sind - eindeutig sinkende Fallzahlen. Die 7-Tage-Inzidenz ist von 171,5 am 01. November auf 123,8 am 30. November gesunken. Im gleichen Zeitraum ist die Zahl der aktiv Infizierten von 2.251 auf 2.075 gesunken. Wir haben also gesehen, dass der November-Lockdown tatsächlich gewirkt hat. Es hat sich gezeigt, die Schließungen der Gastronomie und weiterer Freizeiteinrichtungen haben zur Verringerung der Infektionen beigetragen. All dies hat zur spürbaren Minimierung von Kontakten geführt - das war das Ziel. Damit wurde das Pandemiegeschehen im November erheblich gebremst, sogar reduziert. Nicht auszudenken, wo wir heute stünden, hätten wir diese Maßnahmen nicht ergriffen.

Bei der Suche nach den Ursachen für die neuerliche Wendung im Dezember gibt es selbst in der Wissenschaft verschiedene Meinungen. Einig ist sich der überwiegende Teil der Wissenschaftler*innen hingegen, dass jetzt dringender Handlungsbedarf besteht. Wenn wir verhindern wollen, dass zu viele Menschen sterben, wenn wir verhindern wollen, dass unsere Ärztinnen und Ärzte sowie unsere Pflegekräfte vor der Entscheidung stehen, wen sie noch behandeln können, müssen wir jetzt handeln, liebe Kolleginnen und Kollegen. Deswegen stelle ich Ihnen heute diese Verordnung vor.

Wir müssen die Regeln weiter verschärfen. Wir müssen jetzt auf die Bremse treten. Das sagen uns nicht nur die Daten und Fakten, die ich genannt habe, das sagt uns etwa auch ein Blick auf den COVID-19-Simulator, den Wissenschaftler der Saar-Uni entwickelt haben und der uns eine dramatische Entwicklung in den kommenden Tagen und Wochen prognostiziert. Dazu mahnt uns auch die Wissenschaft im Allgemeinen. Lesen Sie die Handlungsempfehlungen der Nationalen Akademie der Wissenschaften Leopoldina. Ins gleiche Horn stößt unsere Expertenkommission, bestehend aus Wissenschaftler*innen aus dem Saarland, von der ich mich fast täglich auf den neuesten Stand bringen lasse. Unisono beschwört man uns: Reduziert die Kontakte! Reduziert sie um mindestens 75 Prozent! Nur so wird die Zahl der Neuinfektionen wieder absinken, absinken in nachverfolgbare Größenordnungen von unter 50 Neuinfektionen pro 100.000 Einwohner in einer Woche. Auf diese nachvollziehbare Größe müssen wir kommen. Das ist das Ziel.

Wir müssen jetzt unser Gesundheitssystem massiv schützen, das nun zum ersten Mal während dieser

(Ministerpräsident Hans)

Pandemie ernsthaft kurz vor der Überlastung steht - das muss man ganz offen sagen. Es geht jetzt um den Schutz der Menschen in unserem Land. Ich gehe davon aus, dass nun auch diejenigen verstehen, die die ganze Zeit unsere einseitige Fixierung auf die Zahl der Neuinfektion kritisierten, dass gehandelt werden muss. Sie haben gesagt, wir sollten uns an den Belegungszahlen in den Intensivstationen orientieren. Für uns war schon immer klar: Steigen die Fallzahlen, wird es irgendwann auch auf unseren Intensivstationen eng. Dann steigen mit zeitlicher Verzögerung auch die Todeszahlen. Man kann die Entwicklung bei den Infektionen, bei den intensiv Behandelten und bei den Sterbefällen nicht getrennt voneinander betrachten. Das eine folgt aus dem anderen. Deswegen muss es unser vorrangiges Ziel sein, die Zahl der Neuinfektionen wieder zu reduzieren. Wir müssen eine 7-Tage-Inzidenz von 50 und weniger anstreben. Erst dann können die Gesundheitsämter die Kontakte nachverfolgen. Erst dann haben wir die Pandemie unter Kontrolle. Erst dann sind wir einigermaßen auf der sicheren Seite, so dass wir die Einschränkungen auch wieder lockern können.

In den vergangenen Tagen mehren sich auch die Stimmen dazu, dass der harte Lockdown sehr viel früher hätte kommen müssen. Diesen Stimmen entgegne ich: So einfach ist es nun einmal zum Glück nicht in einem Rechtsstaat. Im Unterschied zu autoritären Staaten dürfen und wollen wir nicht präventiv Grundrechte einschränken. In einem demokratischen Rechtsstaat gilt: Solche Einschränkungen müssen zeitlich befristet sein. Sie müssen auf Basis der gegebenen und nicht der möglicherweise zu erwartenden Faktenlage erfolgen und sie müssen verhältnismäßig sein. Das heißt, es muss immer die mildeste Form des Eingriffs gewählt werden. Erweist es sich, dass die auf dieser Grundlage verfüigten Einschränkungen erfolgreich sind, kann man sie nicht einfach verschärfen, wenn man glaubt, dass es irgendetwas bringt. Die Verschärfung ist erst dann geboten, wenn sie die erhoffte Wirkung nicht erzielen, wenn also eine Situation eintritt, wie wir sie nun im Dezember vorfinden, meine Damen und Herren. Auf Basis dieser Fakten verschärfen wir jetzt.

Weiterhin möchte ich etwas zu den Vorkehrungen für die Alten- und Pflegeheime anführen. Wir haben lange vor dem aktuellen Lockdown umfassende Vorkehrungen zum Schutz der Menschen in diesen Einrichtungen getroffen. Bereits im April dieses Jahres haben wir unseren „Protection-Plan“ vorgelegt mit Hygiene- und Kontaktbestimmungen, mit Testungen und Maßgaben zum Verhalten bei COVID-19-Infektionen oder entsprechenden Verdachtsfällen. Der besondere Schutz von Angehörigen der sogenannten vulnerablen Gruppen stand von Beginn an und steht immer noch im Zentrum unserer Bemühungen. Aus diesem Grund werden wir nun auch in den Alten- und Pflegeheimen zügig und prioritär die verfü-

baren Schnelltests einsetzen. Ab einer Inzidenzrate von 150 werden fortan zweimal wöchentlich umfassende Testungen vorgenommen, um die Betroffenen bestmöglich vor Infektionen zu schützen.

Ich möchte aber auch eines betonen. Dazu habe ich mich sowohl mit den Fachleuten vom Gesundheitsministerium, dem Haus von Monika Bachmann, als auch mit meinem Expertenkreis ausgetauscht. Das Hochfahren der Tests ist eine Möglichkeit, sich einen besseren Überblick über das Infektionsgeschehen zu verschaffen und positive Personen als Infektionsquellen zu erkennen und abzusondern, sodass sich andere nicht infizieren. Es ist ein Navigationssystem, das einem erlaubt zu sehen, wie der Infektionsstand ist. Es ist daher richtig, dass wir Beschäftigte, Bewohnerinnen und Bewohner sowie die ehrenamtlich Tätigen in den Pflegeheimen nunmehr mindestens zweimal wöchentlich testen. Es ist auch richtig, dass wir die Besucher nunmehr zuvor testen. Das machen wir in diesem Konzept verpflichtend im Saarland. Wir dürfen aber nicht vergessen, dass nur die Einhaltung der Abstands- und Hygieneregeln wie etwa das Tragen von Mund-Nasen-Bedeckungen noch wirksamer ist. Testen verhindert in erster Linie nicht die Infektionen, es gibt nur einen besseren Überblick und hilft, das Infektionsgeschehen weiter einzudämmen. Wirksamer sind unsere Hygieneregeln. Deswegen ist es ganz wichtig, dass sie eingehalten werden.

Daher verstärkt das Gesundheitsministerium nochmals die Prüfung durch die Heimaufsicht und achtet ganz besonders darauf, dass mittels Hygiene das Virus aus den Pflegeheimen möglichst ausgesperrt wird. Der wirksamste Schutz ist und bleibt aber die Absenkung des Infektionsgeschehens in der gesamten Fläche, sodass sich das Virus gar nicht erst verbreiten kann. Wir können bei Inzidenzen von annähernd 200 Neuinfektionen pro Woche auf 100.000 Einwohner die Menschen in den Pflegeheimen nicht schützen. Deswegen bringt es alles nichts. Wir müssen alle unsere Kontakte reduzieren und dafür sorgen, dass die Hygieneregeln in der gesamten Gesellschaft eingehalten werden. Das ist der beste Schutz für die Menschen in den Pflegeheimen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Zudem haben wir mit unserem gestuften Rettungsplan unsere Krankenhauslandschaft vor dem finanziellen Kollaps gerettet. Uns war schon früh klar, dass unsere Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie die Finanzlage unserer Krankenhäuser verschärfen würden. Finanzlage klingt relativ lapidar, aber davon ist eben auch abhängig, wie gut medizinische Behandlungen durchgeführt werden können und wie sicher Löhne und Gehälter der Beschäftigten in den Krankenhäusern sind. Deswegen ist es ein wichtiges Kriterium. Aus diesem Grund haben wir uns nicht nur beim Bund für einen finanziellen

(Ministerpräsident Hans)

Ausgleich stark gemacht, vielmehr sind wir dort, wo dies nicht ausreichte oder die Bundesmittel nicht rechtzeitig flossen, in die Bresche gesprungen. Mit über 114 Millionen Euro haben wir unsere Kliniken im Saarland unterstützt. Vor allem die schnelle und unbürokratische Auszahlung war bundesweit beispielhaft. Das haben wir ähnlich wie bei der Wirtschaft in eigener Regie als Land getan. Ich sage das nur mit Blick auf manche kritischen Stimmen im Bund, die den Ländern zu wenig Engagement vorwerfen. Ich habe mich auch für einen erneuten Rettungsschirm des Bundes jetzt in der zweiten Phase der Pandemie stark gemacht, insbesondere für die Wiedereinführung der Freihaltepauschalen - sie haben geholfen. Der Bund hat diese Forderung bis heute nicht aufgegriffen, aber wir werden nicht müde, es weiter für unsere Krankenhäuser und die Beschäftigten einzufordern, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Wir haben darüber hinaus ein 3-Stufen-Konzept, das gestern im saarländischen Ministerrat beschlossen worden ist, aufgelegt, um die Krankenhäuser bestmöglich für die Aufnahme weiterer COVID-19-Patient*innen zu rüsten. Damit schaffen wir zusätzliche Kapazitäten, indem - sofern es medizinisch vertretbar ist - Eingriffe und Behandlungen vorläufig ausgesetzt werden. In der ersten Stufe betrifft das die Krankenhäuser der erweiterten und umfassenden Notfallversorgung, in der zweiten Stufe diejenigen Krankenhäuser, bei denen derzeit noch die Abstimmung mit dem BMG läuft, in der dritten schließlich die Krankenhäuser der Basisnotfallversorgung. Wir wollen dafür sorgen, dass zu jedem Zeitpunkt die Versorgung von Patient*innen, die an COVID-19 erkrankt sind, sichergestellt wird. Das ist eine ganz wichtige Botschaft für die Menschen in unserem Land. Wir handeln, wir warten nicht auf die Hilfe anderer! Wir als Bundesland gehen in die Vorleistung, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Meine Damen und Herren, ich betone all das nicht zuletzt deswegen, weil uns von manchen Seiten immer wieder vorgehalten wird: Ihr habt euch nicht hinreichend auf eine zweite Welle vorbereitet. - Ich kann nur sagen - und da schließe ich meine Kolleginnen und Kollegen aus dem saarländischen Landeskabinett und aus den anderen Bundesländern ausdrücklich ein -: Das Gegenteil ist der Fall. Wir haben auf Hochtouren gearbeitet. Wir haben an zahlreichen Stellschrauben gedreht und Dinge in Bewegung gebracht. Ich kann an dieser Stelle nur all denen im Namen der Landesregierung ganz herzlich danken, die all das gemeinsam mit uns in den letzten Wochen und Monaten gestemmt haben. Da hat niemand auch nur ein ganz kleines bisschen Atem geholt und durchgeschnauft. Nein! Wir im Saarland haben wirklich alles gegeben, um uns auf diese Welle vorzubereiten.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Herr Präsident, meine Damen und Herren, die akute Pandemie-Situation gebietet deutschlandweit weitere einschneidende Maßnahmen. Von daher war es nur folgerichtig, dass wir uns in der Ministerpräsidentenkonferenz mit der Kanzlerin am Sonntag ohne große Diskussion und in großer Einigkeit auf einen härteren Lockdown verständigt haben. Diese Beschlüsse haben wir gestern im Ministerrat in eine neue Rechtsverordnung für das Saarland überführt. Diese gilt ab heute. Sie konnten das in der medialen Berichterstattung verfolgen. Lassen Sie mich die wichtigsten Punkte aufgreifen und erläutern.

Wir setzen nach wie vor auf die Mund-Nasen-Bedeckung als eine der mildesten und gleichsam effektivsten Maßnahmen gegen das Virus. Deswegen ist die Mund-Nasen-Bedeckung nun im gesamten öffentlichen Raum zu tragen, wenn der Mindestabstand zu anderen Personen, die nicht dem eigenen Haushalt angehören, nicht eingehalten werden kann. Das ist relativ logisch zu erklären. Wenn man keinen Abstand hat, muss man eine Maske tragen. Wenn man miteinander redet, wenn man alleine oder nur mit der Familie unterwegs ist, muss man dies nicht. Es wird hier niemand bei einem Waldspaziergang gegängelt. Das gilt also überall dort, wo sich Menschen aus welchem Grund auch immer begegnen, insbesondere im Freien. Manche sagen, dass es im Freien keine Gefahr gibt. Das ist nicht so! Im Sommer ist sie deutlich niedriger, aber im Winter bei den jetzigen Temperaturen wissen wir, dass das Virus ansteckender ist. Deswegen muss auch im Freien ab sofort eine Maske getragen werden, wenn man zusammenkommt, in einer Schlange steht oder miteinander redet.

Zudem empfehlen wir - alles andere wäre inkonsequent -, dass die Menschen auch im privaten Raum bei Besuchen von Personen aus anderen Haushalten eine Mund-Nasen-Bedeckung tragen, um ihre Lieben zu schützen. Es ist völlig klar, dass man mit einer Maske nicht so gut eine Tasse Kaffee trinken kann. Dafür kann man sie absetzen. Es geht wirklich darum, an die Menschen zu appellieren. Selbstverständlich ist das Virus auch gefährlich, wenn man sich in den eigenen vier Wänden befindet.

Uns ist bewusst, dass die weitgehende Schließung des Einzelhandels erneut ein gravierender Eingriff ist. Hier gibt es ähnlich wie im Lockdown des Frühjahrs zur Sicherstellung der Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln und mit Gütern des täglichen Bedarfs Ausnahmen. Es ist völlig klar, niemand muss Sorge haben, dass er sich nicht mit diesen notwendigen Dingen eindecken kann. Auch werden Abhol- und Lieferdienste sowie der Onlinehandel nicht eingeschränkt. Beim Onlinehandel sei mir der Hinweis gestattet, dass dies nicht nur eine große Plattform ist, sondern viele mittelständische Betriebe im Saarland auch Onlinehandel betreiben. Da sollte

(Ministerpräsident Hans)

man sich umschauen, da kann man ganz viele tolle Dinge kaufen - auch in unserem Land, vor der Haustür, mit Wertschöpfung und bei den Menschen vor Ort.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Manch einer wird bei den Ausnahmen sicher die Baumärkte vermissen. Aber im Gegensatz zum Lockdown im Frühjahr haben wir diesmal die Baumärkte nicht ausgenommen. Wir konnten damals und gerade in den letzten Tagen wieder einen wahren Run auf die Baumärkte erleben. Es sind Bilder herumgeschickt worden, auf denen man das gesehen hat. Nun sind mir Menschen, die gerne zu Hause etwas selber machen, ausgesprochen sympathisch. Das ist sozusagen ein Markenzeichen der Saarländerinnen und Saarländer. Nur müssen wir einsehen, eine lange Warteschlange vor dem Eingang ist im Winter etwas anderes als im Sommer. Hier ist in dieser Jahreszeit die Infektionsgefahr weitaus höher. Deswegen konnten wir uns diesmal nicht dazu durchringen, die Baumärkte offenzulassen. Ich denke aber, mit der geltenden Bestell-Liefer-Regelung werden auch die Heimwerker*innen diese Zeit einigermaßen überbrücken können. Es muss sich niemand sorgen, dass kein Brennstoff mehr gekauft werden kann. Das kann man über Anruf, Abholung oder Lieferung kontaktlos hinkommen. Deswegen haben wir uns dazu entschieden, diesen Schritt zu gehen und den Einzelhandel konsequent zu schließen.

Geschlossen sind auch wieder Betriebe für körpernahe Dienstleistungen wie Friseure, Kosmetiker, Fußpfleger, Nagelstudios und Massagestudios. Ausnahmen bilden wie auch schon im Frühjahr medizinisch notwendige Dienstleistungen wie Physiotherapie oder Podologie.

Zur Entzerrung des notwendigen Einkaufsgeschehens - das gibt es nun mal einfach - schaffen wir die Möglichkeit, bei Bedarf die Ladenöffnungszeiten anzupassen. Es ist nicht sinnvoll, wenn zu lange Schlangen gerade vor den Festtagen entstehen oder wenn es zu eng wird, weil der Ansturm so groß ist. Deswegen wird es erweiterte Ladenöffnungszeiten geben, zumindest die Möglichkeit dazu. An Werktagen wird es dem noch zulässigen Einzelhandel bis zum 02. Januar 2021 - wir machen es bewusst bis dahin, weil wir davon ausgehen, dass der Ansturm vor den Festtagen und zwischen den Festtagen groß ist und sich danach wieder normalisiert - ermöglicht, in der Zeit von 06.00 Uhr bis 22.00 Uhr zu öffnen.

Ich möchte noch das Folgende dazu sagen: Ich blicke Eugen Roth in die Augen. Uns geht es dabei auch darum, dass wir die Beschäftigten, die im Einzelhandel tätig sind, nicht über Gebühr belasten. Ich möchte jeden bitten zu überlegen, was diese Menschen in der Versorgung mit Lebensmitteln und den

notwendigen Gütern leisten. Wenn wir ihnen diese zusätzlichen Stunden zumuten, erwarte ich, dass die Arbeitgeber*innen, die für sie Verantwortung tragen, das honorieren. Schließlich werden mehr Umsätze gemacht. Längere Öffnungszeiten heißen nicht, dass man das auf dem Rücken des Personals austragen muss. Das ist uns hier im Saarland immer ein Anliegen gewesen. Deswegen waren wir nicht für längere Öffnungszeiten, wir waren immer für das Sonntagsverkaufsverbot. Bei dieser Haltung bleiben wir. Hier geht es einzig und allein um die Entzerrung des Einkaufsgeschehens, um Infektionen zu vermeiden. Hier leisten die Beschäftigten einen großen Anteil, deswegen erwarte ich, dass dies nicht ohne ihre Honorierung geht.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Die Kontaktbeschränkungen im öffentlichen und privaten Raum - das wird viel diskutiert und nachgefragt, auch die Kolleginnen und Kollegen hier im Landtag werden viele Anfragen in ihren virtuellen Bürgersprechstunden dazu bekommen - gestalten sich wie folgt: Zu einem bestehenden Haushalt dürfen nur Angehörige eines weiteren Haushalts hinzukommen. Insgesamt darf die Zahl von 5 Personen nicht überschritten werden. Kinder im Alter bis 14 Jahre müssen nicht mitgerechnet werden. Ein Beispiel: Eine Familie mit 2 Kindern von 7 und 9 Jahren darf eine Dreier-WG zu sich einladen, nicht jedoch eine Vierer- oder Fünfer-WG, oder die alleinstehende Schwester darf ihren Bruder mit seiner Frau und seinen 5 Kindern im Alter von 2 bis 13 Jahren einladen. Also: Immer nur ein weiterer Haushalt und insgesamt nicht mehr als 5 Personen über 14 Jahren. Es ist nicht ganz so schwer, wenn man sich darüber Gedanken macht. Die Beispiele sollen zeigen, dass es praxisgerecht ist und ein bisschen Kommunikation möglich macht.

Die ursprünglich für die Weihnachtsfeiertage vorgesehenen Lockerungen können zwar nicht in der Form kommen, wie wir es vor zwei Wochen ins Auge gefasst haben, aber wir haben eine Möglichkeit gefunden, um Weihnachten im engsten Kreis feiern zu können. Deshalb gilt für die Weihnachtsfeiertage vom 24. bis zum 26. Dezember: Es dürfen zum eigenen Hausstand 4 weitere Personen hinzukommen, allerdings in der Regel nur aus dem familiären Bezugskreis. Auch hier werden Kinder im Alter bis zu 14 Jahren nicht mitgezählt - diese Regelung bleibt gleich. Um aber auch Alleinstehenden die Möglichkeit zu geben, mit einer anderen Familie zusammen zu sein, darf statt eines Familienmitgliedes auch eine andere Person mitfeiern. Das kann man zum Beispiel durch einen Nachbarn ersetzen, der alleinstehend ist und den man gerne an den Tisch nehmen würde. Wir wollen Vereinsamung an den Festtagen vorbeugen. Vereinsamung ist eine große gesundheitliche Gefahr, meine Damen und Herren. Insgesamt gilt für Weihnachten die Regel, dass maximal

(Ministerpräsident Hans)

weitere 4 Personen zusätzlich zum Hausstand dazu kommen können.

Auch hier ein Beispiel: Eine Lebensgemeinschaft kann ihren Sohn mit Partnerin und den gemeinsamen Kindern, 6 und 8 Jahre alt, seine Tochter und den alleinstehenden Nachbarn von gegenüber einladen. Das heißt, es ist schon eine Weihnachtsfeier, die durchaus würdig ist. So kann man Weihnachten verbringen, ohne zu vereinsamen. Natürlich kann man auch zwei Großelternpaare einladen. Das geht immer. Ich möchte aber auch deutlich sagen, dass man das nicht ausschöpfen muss. Es gibt viele Familien, die an Weihnachten unter sich bleiben und Kontakte auf ein Minimum reduzieren wollen. Natürlich ist es für niemanden schön, wenn man jetzt vor Weihnachten erst mal rechnen und überlegen muss, wen man einlädt und wer nicht kommen darf, aber leider wäre alles andere nicht verantwortbar. Wir wissen, dass das Virus vor Weihnachten, Festen, Wünschen und Bedürfnissen nicht haltmacht. Ich glaube, wir haben eine Lösung gefunden, mit der Menschen zusammenkommen können, aber Weihnachten nicht zum Infektionsbeschleuniger wird. Ich glaube, das ist uns damit gelungen.

Für Silvester gilt das Verbot von Feuerwerkskörpern auf öffentlichen Plätzen, die von den Kommunen im Einzelnen festgelegt werden. Auch der Verkauf von Silvesterfeuerwerk wird seitens der Bundesregierung verboten. Hier geht es uns einzig und allein darum, dass die Krankenhäuser nicht zusätzlich mit Verletzten durch Pyrotechnik belastet werden. Ich will das erläutern, denn viele ziehen das ins Lächerliche. Natürlich kann man nicht alle Gefahren ausschließen, aber an keinem anderen Tag im Jahr verletzen sich so viele Menschen wie an Silvester! Das sind Fakten. Größere Krankenhäuser verzeichnen 50 bis 60 Notaufnahmen allein wegen Verletzungen mit Pyrotechnik. Und ich habe eben die Situation in den Krankenhäusern dargestellt, das können wir uns in diesem Jahr nicht leisten, deswegen wird Feuerwerk in diesem Jahr untersagt. Das ist der einzige Grund.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Gottesdienste sind im Innen- und Außenbereich weiterhin zulässig. Die Teilnehmerzahl muss jedoch begrenzt werden, und weiterhin sind auch Hygienekonzepte umzusetzen. Der Gemeindegesang in der Kirche ist untersagt. Wir wissen, dass gerade das gemeinsame Singen, so schön das ist, die Viren besonders intensiv verbreitet. Wie während der gesamten Pandemie stehen wir auch aktuell im engen Kontakt zu den Kirchen und Religionsgemeinschaften und bitten die Gläubigen, besonders vorsichtig zu sein. An dieser Stelle will ich auch noch mal ganz herzlich Danke sagen an die Glaubensgemeinschaften für die konstruktive Unterstützung, das kommt von ganzem Herzen. Das hat bisher in der Pandemie wirklich ganz und gar reibungslos funktioniert.

Ich kann an dieser Stelle bestätigen: Die Glaubensgemeinschaften Vertretenden machen das wirklich ganz hervorragend und passen auf. Deswegen: Danke an dieser Stelle an die Glaubensgemeinschaften und an die Kirchen, die teilweise heute hier zu Gast sind.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

An den Hochschulen und an der Saarländischen Verwaltungsschule wird der Studien- und Lehrbetrieb in Präsenzform ausgesetzt. Ebenso wird der Präsenzs Schulbetrieb in der Zeit vom 16. bis 19. Dezember 2020 sowie vom 04. bis zum 10. Januar 2021 eingestellt - dazwischen sind ja Ferien. Die Schülerinnen und Schüler aller Schulformen erhalten von der Schule in dieser Zeit ein pädagogisches Lernangebot zur häuslichen Bearbeitung. Hier zählt sich jetzt aus meiner Sicht unsere gute Vorarbeit, insbesondere im Bildungsministerium, aus. Ich glaube, dass das noch sehr viel besser funktionieren wird, als das im Frühjahr der Fall war. Wir haben ja auch bereits weitere Maßnahmen beschlossen.

Bis einschließlich der Klassenstufe 6 der allgemeinbildenden Schulen wird an der Schule im Vormittagsbereich ein angepasstes pädagogisches Angebot vorgehalten. Das betrifft vor allem Schüler*innen, die eine entsprechende Betreuung benötigen, die keinen geeigneten häuslichen Arbeitsplatz haben oder für die die häusliche Lernsituation nicht ausreichend förderlich ist. Bei Bedarf wird am Nachmittag ein Angebot im Rahmen des freiwilligen und gebundenen Ganztags gewährleistet.

Ab der Klassenstufe 7 der weiterführenden Schulen wird bei Bedarf ein schulischer Arbeitsplatz zur Verfügung gestellt für Schüler*innen, die keinen geeigneten häuslichen Arbeitsplatz haben; ein angepasstes pädagogisches Angebot kommt auch in Betracht für die Schülerinnen und Schüler, für die die häusliche Lernsituation nicht ausreichend förderlich ist.

Ausgesetzt wird auch der Regelbetrieb in den Kitas. Für Kinder, die nicht zu Hause betreut werden können, wird eine Betreuung eingerichtet, wir wollen, dass diese unbürokratisch genutzt werden kann. Wir tun unser Möglichstes, um es berufstätigen Eltern in dieser Situation nicht noch schwerer zu machen. Das ist wichtig, damit wir ausreichend Personal in den Krankenhäusern, im geöffneten Einzelhandel, bei den Paketzustellern, bei der Polizei und bei den Ordnungsdiensten vorhalten können. Diese Menschen, die für uns den Laden am Laufen halten, dürfen aus meiner Sicht nicht noch unnötig durch bürokratische Hemmnisse belastet werden. Ich sage ganz deutlich, natürlich erwarten wir, dass die Menschen ihre Kinder nur dann in die Betreuung bringen, wenn es nicht anders zu bewerkstelligen ist. Und vielleicht wird der eine oder andere davon Gebrauch machen, obwohl es eigentlich nicht sein muss. Aber ich sage Ihnen jetzt mal eins: Ich habe

(Ministerpräsident Hans)

eben die Menschen im Einzelhandel genannt, in den Krankenhäusern, die Paketzusteller*innen, sollen wir denen in dieser stressigen Zeit wirklich noch auftragen, dass sie sich um Formulare bemühen müssen und sich erklären müssen, wieso sie für ihre Kinder Betreuung brauchen? Das betrifft in den allermeisten Fällen gerade die Frauen in unserem Land. Ich sage: Ich stehe voll und ganz hinter dieser Lösung, die wir hier gefunden haben. Es ist sinnvoll, das so zu machen. Natürlich appellieren wir an die Menschen, nur dann die Betreuung in Anspruch zu nehmen, wenn es sein muss. Aber die Beschäftigten haben auch verdient, dass für ihre Kinder etwas getan wird! Und es gibt Hygienekonzepte. Ich bin sicher, dass das so ein richtiger und ein guter Weg ist, den wir gefunden haben.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Es ist uns klar, wie sehr diese Maßnahmen einige Wirtschaftsbereiche wieder hart treffen werden. Daher wird der Bund die betroffenen Unternehmen, Soloselbstständigen und selbstständigen Angehörigen der freien Berufe auch weiterhin finanziell unterstützen. Die bis Ende Juni 2021 geltende Überbrückungshilfe III wird entsprechend angepasst und nochmals verbessert, das ist uns in der Konferenz mit der Bundesregierung zugesagt worden. Das ist eine Botschaft für die Beschäftigten und für die Unternehmer*innen im Saarland, die ganz wichtig ist. Die saarländische Landesregierung wird auch darauf achten und Druck machen, dass die Hilfen unbürokratisch und zeitnah ausgezahlt werden. Das ist die klare Ansage hier aus diesem Haus.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

So viel zu den wichtigsten Bestimmungen für diesen Lockdown. Meine Damen und Herren, wie es nach dem 10. Januar weitergeht, wissen wir derzeit nicht, das sage ich offen. Auf jeden Fall werden wir uns spätestens zu Beginn der ersten Januarwoche noch mal gemeinsam mit der Bundeskanzlerin zusammenschalten. Wir werden dann eine Bilanz ziehen über die Wirkungen dieser Maßnahmen und vor diesem Hintergrund Weiteres beschließen. Ich bin nach wie vor der Meinung, das geht nicht im Alleingang der Bundesländer, sondern das geht nur gemeinsam.

Ich möchte in diesem Zusammenhang auch noch mal auf kritische Anmerkungen eingehen, wir hätten keine langfristige Strategie und würden immer nur auf Sicht fahren. Ja, meine Damen und Herren, ich frage mich: Wie anders sollen wir in dieser Situation verfahren? Es gibt nicht für alles den perfekten Plan! Das Auf-Sicht-Fahren, diese Redewendung aus der Seefahrt, kommt ja eben aus der Zeit, wo man in schwierigen Situationen am Steuerrad nur so weit Entscheidungen treffen konnte, wie das reichte, was man unmittelbar vor Augen gesehen hat. Und dieses Auf-Sicht-Fahren ist auch heute noch in allen mögli-

chen Situationen nötig, nicht nur in der Seefahrt, auch in der Luftfahrt. Deswegen ist es durchaus übertragbar. Nicht immer hat man Instrumentarien, nicht immer hat man die Datenlage so zur Hand, dass man sich langfristig vorbereiten kann. Es kommt jetzt nach wie vor auf kurzfristiges Handeln an.

Niemand kann jetzt schon vorhersagen, wie sich die Pandemie in den nächsten Monaten entwickelt. Von daher können wir auch nicht jetzt Maßnahmen ergreifen, die, was auch kommen mag, über Monate in Stein gemeißelt sind. Das funktioniert nicht! Vielmehr sind wir gehalten, um den Geboten der Verhältnismäßigkeit und Nachvollziehbarkeit gerecht zu werden, unsere Maßnahmen immer wieder der Situation entsprechend neu auszurichten und anzupassen. Orientierungsgröße - das ist unser Navigationssystem - ist dabei das Infektionsgeschehen in unserem Land. Dieses bestimmt weitgehend darüber, wie wir einerseits dem Gesundheitsschutz der Menschen und andererseits dem Schutz unserer Grund- und Freiheitsrechte bestmöglich gerecht werden.

Das wird auch in der Phase gelten, die wir uns alle miteinander herbeisehnen, dem allmählichen Abklingen der Pandemie im Zuge der bald beginnenden Impfungen. Aber natürlich ist nicht mit der ersten Impfung, die jemand bekommt, alles gut. Natürlich braucht es dann weiterhin Hygienekonzepte und Kontaktbeschränkungen, bis wir einen Durchimpfungsgrad der Bevölkerung erreicht haben, der es uns erlaubt, auf all das zu verzichten. Aber ich sagte es bereits in meiner letzten Regierungserklärung: Wir sind gut vorbereitet auf den Tag, an dem mit dem Impfen begonnen werden kann, und das wird bald der Fall sein. Unsere Impfstrategie steht. Die Einrichtung der Impfstandorte läuft auf vollen Touren, die sind bereit, die Vorbereitungen zur Lagerung und zum Transport der Impfstoffe sind getroffen. In Bezug auf dessen Verteilung werden wir natürlich den Empfehlungen der Ständigen Impfkommission, des Deutschen Ethikrates und der Nationalen Akademie der Wissenschaften Leopoldina folgen. Da würfeln wir nicht, so etwas folgt klaren Vorgaben. Eine solche Impfstrategie, meine Damen und Herren, ist die doch beste Langzeitstrategie, die man haben kann. Natürlich fahren wir ein Stück weit auf Sicht, aber mit der Impfstrategie haben wir unsere Langzeitstrategie für die kommenden Monate. Es werden aber noch einige Monate sein, bitte nehmen Sie das zur Kenntnis.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Und ich bleibe dabei: Bei allen harten Einschränkungen, die wir jetzt wieder vornehmen müssen, sehe ich Licht am Ende des Tunnels. Das gehört eben auch zu dieser Strategie dazu, es wird sicherlich mit der Impfstrategie und der Verfügbarkeit des Impfstoffes deutlich besser werden. Wir werden aus dem

(Ministerpräsident Hans)

Jahr 2021 ganz anders, sehr viel aufrechter, heraus-schreiten, als wir aus diesem Jahr heraus- und ins neue Jahr hineinschreiten. Es gibt die Hoffnung, dass es im nächsten Jahr deutlich besser wird; diese Hoffnung wird sicherlich vielen helfen, über die Entbehrungen der Weihnachtsfeiertage hinwegzu-kommen. Das wird nicht das Weihnachten, das wir uns gewünscht haben, das wird nicht der Jahres-wechsel, den wir uns ersehnt haben, aber ich bin ganz sicher, dass die Menschen spüren werden, dass das nächste Jahr ein besseres Jahr werden wird.

Vielleicht können die Familien, die Menschen in die-sem Land diese sehr viel ruhigeren Tage, die jetzt kommen, ein wenig füreinander nutzen, um ein biss-chen mehr aufeinander zu hören, um ein bisschen mehr aufeinander aufzupassen, um ein bisschen mehr miteinander ins Gespräch zu kommen, und sich trotz der Distanz, die notwendig ist, im Saarland wieder näherzukommen. Ich glaube, viele werden das auch dafür nutzen. Ich wünsche jedenfalls den Menschen alles Gute, vor allem Gesundheit und ei-nen guten Start ins neue Jahr. - Vielen Dank.

(Lebhafter Beifall von den Regierungsfraktionen.)

Präsident Toscani:

Ich danke dem Herrn Ministerpräsidenten. Ich eröff-ne nun die Aussprache. - Wie vorhin besprochen, geht es in dieser Aussprache um die Regierungser-klärung des Ministerpräsidenten, aber auch um die beiden Anträge, die die Fraktion DIE LINKE und die AfD eingebracht haben. Das Erweiterte Präsidium hat sich für die Aussprache auf ein doppeltes Rede-zeitmodul verständigt, das heißt, es stehen für die Aussprache rund 3 Stunden zur Verfügung.

Die beiden Anträge lauten wie folgt:

Beschlussfassung über den von der DIE LIN-KE-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Menschen in Alten- und Pflegehei-men besser schützen (Drucksache 16/1537)

Beschlussfassung über den von der AfD-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag be-treffend: Einrichtung einer Kommission zur Erarbeitung einer saarländischen Langzeit-strategie zur Bekämpfung von COVID-19 (Drucksache 16/1536)

Zur Begründung des Antrages seiner Fraktion erteile ich nun das Wort dem Vorsitzenden der DIE LINKE-Landtagsfraktion Oskar Lafontaine.

(Aufgrund der durch die Corona-Pandemie not-wendigen Hygienemaßnahmen wird das Redner-pult bei jedem Rednerwechsel desinfiziert und die Mikrofon-Schaumstoffhülle gewechselt.)

Abg. Lafontaine (DIE LINKE):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! In der jetzigen Situation war es unvermeid-lich, die Notbremse zu bedienen, das hat der Kolle-ge Flacus bereits am Montag gesagt, ich wiederho-le es hier noch einmal. Deshalb muss ich mich mit vielem, was der Ministerpräsident hier vorgetragen hat, nicht weiter beschäftigen.

Unsere Aufgabe ist es, darauf hinzuweisen, wo nach wie vor Fehler gemacht werden. Erstaunlicherweise war der Ministerpräsident heute sehr euphorisch. Wenn man die Regierungserklärung zusammen-fasst, ist alles bestens gelaufen. Das sehen wir na-türlich anders, aber nicht, weil wir als Opposition ir-gendetwas anders sehen, sondern weil auch in der ganzen Bundesrepublik, auch breit in der Öffentlich-keit und den Medien, darüber diskutiert wird, welche Fehler die Bundesregierung und die Ministerpräsi-denten gemacht haben. Natürlich weiß jeder, dass in solchen Situationen die Entscheidungen nicht ein-fach sind und, Herr Ministerpräsident, in solchen Si-tuationen immer auch Fehler gemacht werden. Das ist schlicht unvermeidlich. Das gilt für die Wissen-schaft, aber auch für die Politik. Wir sind ein lernen-des System, und deshalb, ich muss es immer wieder sagen, brauchen wir auch Selbstkritik in dieser Si-tuation, sonst kommen wir nicht zu vernünftigen Ent-scheidungen.

(Beifall von der LINKEN.)

Damit komme ich zum ersten Punkt, der mir ein An-liegen ist. Herr Ministerpräsident, Sie haben sich einmal auf den demokratischen Rechtsstaat beru-fen. Wir hatten angeregt, dass das Parlament stär-ker beteiligt werden solle, dem haben Sie teilweise entsprochen. Was ich bis zum heutigen Tag nicht verstehe, ist, dass die Entscheidungen, die Sie letzt-lich getroffen haben, nicht vom Parlament abgeseg-net werden oder auch nicht. In anderen Parlamenten ist das so. Warum gibt es hier im Saarland nicht eine Beschlussfassung im Landtag? Die Mehrheiten ha-ben Sie ja, wir unterstützen die Maßnahmen der Landesregierung.

(Beifall von der LINKEN und den Regierungsfrak-tionen.)

Ich rate auch deshalb, so vorzugehen, meine Da-men und Herren, weil es Juristen geben könnte, die darauf hinweisen, dass die Einschränkungen so nicht ausreichend abgesichert sind. Ich merke das nur an, ob das so ist, weiß ich nicht. Aber der demo-kratische Rechtsstaat ist der erste Punkt, den ich ansprechen wollte.

Der zweite Punkt, da haben wir seit Langem eine Kontroverse, ist die sogenannte 7-Tage-Inzidenz, die Sie zum Hauptkriterium Ihrer Politik gemacht haben. Sie haben gesagt, dass es keine andere Möglichkeit

(Abg. Lafontaine (DIE LINKE))

gibt, als auf diese Inzidenz zu schauen, und dass alle, die eine andere Sichtweise haben, falsch liegen.

Ich widerspreche dem grundsätzlich und will versuchen, das aufgrund Ihrer Ausführungen zu belegen. Sie haben stolz gesagt, die 7-Tage-Inzidenz ist von 171,5 am 01. November auf 123,8 am 30. November gesunken. Im gleichen Zeitraum ist auch die Zahl der aktiv Infizierten gesunken. Dies sei eine Veranlassung gewesen, Hoffnung zu schöpfen. - Da fehlt, Herr Ministerpräsident, eine ganz entscheidende Zahl! Es tut mir leid, aber wenn wir diese Zahl nicht heranziehen, ist diese Betrachtungsweise wertlos. Die entscheidende Zahl ist die Anzahl der Tests, die durchgeführt werden, und zwar pro Kopf der Bevölkerung! Wenn man diese Zahl nicht vorträgt, sind die Inzidenz-Zahlen für irgendeine EntschlieÙung schlicht nicht heranzuziehen, das ist das Entscheidende.

(Beifall von der LINKEN.)

Ich versuche, das verständlich zu machen. Nehmen wir die 50-Tage-Inzidenz. Wir haben zwei Landkreise, die ähnlich strukturiert sind, Merzig und St. Wendel. Der eine Landrat lässt bei 100.000 Einwohnern 1.000 Tests in der Woche machen - die absoluten Zahlen stimmen nicht, ich gebe nur ein Rechenbeispiel -, der andere 2.000 Tests in der Woche. Da dürfte doch klar sein, bei wem die 50-Tage-Inzidenz viel früher erreicht ist. Ich beziehe mich da auf den Nobelpreisträger Kahneman, der darauf hingewiesen hat, dass statistische Betrachtungen der Bevölkerung äußerst schwierig sind. Wir müssen wirklich, wenn wir solche Betrachtungen anstellen, auch die Anzahl der Tests angeben, und zwar pro Kopf, sonst führen diese Zahlen zu überhaupt keinem Ergebnis.

(Beifall von der LINKEN.)

Wenn Sie Luxemburg betrachten, muss Ihnen doch auffallen, dass in Luxemburg die Zahlen deutlich höher sind! Nun könnte man sich zurücklehnen und sagen: „Oh, wir sind im Saarland ganz gut!“, und das war es dann. Man muss aber doch näher hinsehen! Es muss einen doch beschäftigen, warum die Zahlen dort deutlich höher sind. Da kommt man sehr schnell zu dem Ergebnis, dass die viel, viel häufiger testen. Wenn man nach anderen Zahlen sucht, landet man schließlich bei der Belegung der Intensivbetten, und dann merkt man, dass sich die Zahlen einander annähern.

Deswegen sage ich noch einmal, ich bin der Meinung, dass die Wissenschaftler, die sagen, wir brauchen eine Corona-Ampel, die mehrere Indikatoren ausweist als diese sogenannte 50er-Inzidenz, die beispielsweise die Belegung der Krankenhausbetten oder der Intensivbetten oder die Zahl der Beatmungspatienten oder der Todesfälle mit berücksichtigt, richtig liegen. Wir bleiben dabei, es wäre eine bessere Situation. Dann könnte man bei Betrachtung der Belegung der Intensivbetten und Beat-

mungsplätze im Saarland sehen, dass die Situation zwar Anlass zur Besorgnis gibt, aber dass sie nicht so dramatisch ist, wie viele immer wieder sagen, weil sie immer nur auf eine Zahl starren und nicht auf diese Schlüsselzahlen. Das will ich hier einmal ganz deutlich sagen!

(Beifall von der LINKEN.)

Dass es so eine Sache ist, mit der Wissenschaft zusammenzuarbeiten, beweist ja auch die Aussage, man habe nicht früher erkennen können, dass es so kommen würde. Es ist mehrfach in der überregionalen Presse gesagt worden - ich will niemandem zu nahe treten, ich weiß nicht, ob das in der Saarbrücker Zeitung auch mal gestanden hat -, dass in den letzten Wochen die Anzahl der Tests zurückgefahren wurde. Dann ist doch klar, dass dann niedrigere Ergebnisse kommen.

Die Physikerin Viola Priesemann, die am Max-Planck-Institut arbeitet und der Pandemie-Arbeitsgruppe der Nationalen Akademie der Wissenschaften angehört, sagt, es sei spätestens am 20. November klar gewesen, dass es nicht reichen würde. Unterstellt, diese Wissenschaftlerin - und sie ist immerhin in der Akademie der Wissenschaften - hat valides Zahlenmaterial, das heranzuziehen gewesen wäre, dann sind wir fast einen Monat zu spät. Ich sage das nur, um deutlich zu machen, wie schwierig es ist, die richtigen Entscheidungen zu treffen, und um deutlich zu machen, dass aus der Wissenschaft zumindest unterschiedliche Ratschläge kommen und dass man daher immer wieder Veranlassung haben muss, die eigenen Entscheidungen zu überprüfen und verschiedene Auffassungen zu hören. - Ich habe also bisher zwei Punkte angesprochen, einmal die demokratische Frage, zum anderen die 50er-Inzidenz. Wir kritisieren die Haltung der Landesregierung zu beiden Punkten.

Ich komme jetzt zu einer Frage, die viele beschäftigt, nämlich der Frage der Altenheime. Da war es ja nun einmal so, dass es Kritik an der Landesregierung gab. Sie haben jetzt gesagt, alles sei bestens gewesen, sie hätten umfassende Vorkehrungen getroffen. Sie sprachen von einem „Protection Plan“, da schrillen bei mir immer schon alle Alarmsirenen, noch aus meinen Studienzeiten; wenn irgendein Professor unbedingt Fremdwörter verdichten musste, hatte man den Eindruck, er hat keine Ahnung, wovon er redet.

(Ministerpräsident Hans: Ich habe es übersetzt.)

Sie haben es übersetzt, ja, ich danke Ihnen dafür. Aber es geht mir um etwas anderes, um die Mode, mit irgendwelchen englischen Begriffen irgendetwas zudecken zu wollen. - Ich sage Ihnen, was die Altenheime betrifft, sehen das alle ganz anders, als Sie das hier vorgetragen haben, zum Beispiel die Gewerkschaft Verdi, die die Beschäftigten dort vertritt. Nun muss man nicht alles nachbeten, was die Gewerkschaft sagt, aber das ist ein solcher Unter-

(Abg. Lafontaine (DIE LINKE))

schied zu dem, was Sie hier vorgetragen haben: „Wir haben hervorragend gearbeitet.“

Ich lese Ihnen mal vor, was der zuständige Gewerkschaftssekretär vor zwei Tagen gesagt hat: Die Lage in den Altenheimen, der Behindertenhilfe und den Krankenhäusern ist ernst. In Kleinblittersdorf sind bei der Lebenshilfe 124 der 200 Bewohner und 27 der rund 100 Mitarbeiter infiziert. Im Kreiskrankenhaus St. Ingbert sind 10 Prozent der Beschäftigten betroffen. Im Wallerfanger St.-Kleinblittersdorf-Nikolaus-Hospital in der Geriatrie sind 32 Patienten und 20 Mitarbeiter betroffen. Jedes dritte Pflege- und Altenheim ist vom Virus befallen. Über 150 Kolleginnen und Kollegen sind erkrankt. - Er weist darauf hin, dass immer noch planbare Operationen ausgeführt werden. Das ist natürlich auch ein Widerspruch, das müssen Sie ja sehen. In einzelnen Bereichen sind Chefärzte, das weiß doch jeder, interessiert, möglichst viele Operationen durchzuführen! Und jeder weiß auch, warum. Und diese Operationen führen natürlich dazu, dass Personal auf der Intensivstation in Anspruch genommen wird. Darüber muss man doch reden, Sie haben ja einen Hinweis gegeben, darüber muss man reden. Deshalb ist der Hinweis des Verdi-Sekretärs richtig.

Ich kann nicht alles vorlesen. Er weist darauf hin: Nun erklärt alle Welt ihre Verbundenheit mit den Pflegepersonen, darunter auch jene, die jahrelang Krankenhaus für Krankenhaus geschlossen und Tausende Stellen vernichtet haben und die Krankenhäuser wie eine Fabrik führen, die gegen einheitliche Tarife auftreten und die unseren Pflegestreik als unmoralisch bezeichnen. - Man muss sich nicht den Standpunkt der Gewerkschaften allein zu eigen machen, aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist doch klar, dass Pflegekräfte seit vielen Jahren fehlen. Es nützt daher nichts, dass wir den Pflegekräften danken, sondern, verdammt noch mal, wir brauchen jetzt einen Plan, wie viele Pflegekräfte wann aufgebaut und wann eingestellt werden!

(Beifall von der LINKEN.)

Dabei weiß ich, dass die Ausbildung guter Pflegerinnen und Pfleger auf Intensivstationen eine lange Vorlaufzeit braucht. Man muss sich da hineinlesen. Mir hat der zuständige Gewerkschaftssekretär gesagt, man braucht fast sieben Jahre zur Ausbildung! Wenn wir das betrachten, wissen wir doch, in welcher Situation wir sind. Dann wissen wir auch, warum die Pflegerinnen und Pfleger an dieser Stelle sehr unzufrieden sind mit dem, was sich in den letzten Jahren da so entwickelt hat. Also wenn Sie wenigstens teilweise die Argumente des Verdi-Sekretärs akzeptieren, ist es eben nicht so, dass alles richtig gelaufen ist.

Ich habe die Wirtschaftsministerin hier links von mir.

(Lachen der Wirtschaftsministerin Rehlinger.)

Ich wollte Sie heute Morgen mal erfreuen. Der Ministerpräsident sitzt natürlich rechts von mir, wie es sich gehört.

(Heiterkeit.)

Sie haben doch selbst kritisiert, dass im Gesundheitssystem nicht alles richtig gelaufen ist. Das ist doch nicht so schlimm. Sie haben das hier sogar verteidigt. Der Fraktionsvorsitzende der CDU hat kritisiert, dass es bei der Bedienung der Schülerinnen und Schüler mit Bussen nicht richtig gelaufen ist. Das ist doch nicht so schlimm. Es ist dann nur zu spät angelaufen. Wir haben über die Belüftungsanlagen geredet und gerade über die Altenheime. Es ist doch nicht schlimm zu sagen: „Wir haben das eine oder andere versäumt.“ Wenn wir uns hier hinstellen und sagen: „Wir haben bestens gearbeitet, alles ist bestens vorbereitet worden“, dann reden wir an der Bevölkerung und an großen Teilen der Öffentlichkeit vorbei. Das möchte ich hier in aller Klarheit einmal sagen.

(Beifall von der LINKEN.)

Bei den Altenheimen haben wir also einen erheblichen Nachholbedarf. Auch jetzt noch gibt es Altenheime, in denen nicht getestet wird. Das ist einfach die Wahrheit, darüber kann man nicht einfach hinwegtäuschen.

Mich würde eines interessieren. Wir kennen die Zahl der Toten. Mich würde jetzt wirklich mal interessieren, wie viele dieser Toten in den Pflege- und Altenheimen gestorben sind. Nur dann hat man doch in irgendeiner Form eine Ausgangsbasis, nur dann kann man einschätzen, ob unser Handeln dort richtig ist oder ob die Lage immer noch sehr besorgniserregend ist. Das ist eine ganz wichtige Zahl.

Ich bekomme immer diese wunderbaren Berichte, vielen Dank. Ich möchte Ihnen danken, Frau Ministerin Bachmann. Sie sehen, wie Sie Erfolg haben mit Ihrer Aufforderung, zu danken. Aber da würde ich gern, um die Zahlen einzuordnen, die Anzahl der Tests sehen. Ich habe das eben schon gesagt, diese Zahl habe ich noch nie gesehen. Luxemburg liefert das. Ich würde gerne einmal sehen, wie sich die Belegung der Intensivstationen im Jahresverlauf entwickelt, wie sich die Belegung der Beatmungsplätze im Jahresverlauf entwickelt, damit ich eine Grundlage habe. Dann würde ich auch gern etwas wissen zur Übersterblichkeit. Ich spreche hier noch einmal zur Statistik.

(Der Redner hält eine Seite der Bild-Zeitung hoch.)

Es ist doch wirklich schon fast peinlich, dass dieses Boulevardblatt hier, was die Statistik angeht, von den deutschen Medienorganen mit am besten berichtet. All die Zahlen, die ich hier moniert habe, finden Sie dort, und Sie finden dort selbst bei der Übersterblichkeit in der Kalenderwoche 46 den Hin-

(Abg. Lafontaine (DIE LINKE))

weis, dass die 8 Prozent beträgt, das sind abgerundet 19.000, aber Sie finden dort auch den ganz wichtigen Hinweis, dass von diesen 19.000 nur 1.400 auf Corona zurückzuführen sind. Mal unterstellt, dass diese Zahlen richtig sind, dann sind das doch Statistiken, von denen man etwas ableiten kann! Solange man bei den Zahlen nicht differenziert, hat man keine ordentliche Grundlage, um politische Entscheidungen zu treffen. Es war mir wichtig, das hier einmal anzumerken.

Also noch einmal: Unsere Zahlenkolonnen sind nicht unbedingt ausreichend, sie sind zumindest lückenhaft. Deshalb müssen wir uns weiter anstrengen. Das ist ja auch Gegenstand unseres Antrages, nämlich den Schutz der Alten im Saarland zu verbessern. Wenn wir uns an der Wissenschaft orientieren - ich habe Ihnen ja einiges dazu gesagt -, dann muss man wissen, dass es in der Wissenschaft unterschiedlichste Auffassungen gibt. Was sollen wir denn sagen, wenn es unterschiedliche Auffassungen gibt? Soll man sagen: „Ich schließe mich der Meinung dieses Wissenschaftlers an, dessen Nase gefällt mir besser.“? Ich kann nur sagen, ich finde es gut, dass es unterschiedliche wissenschaftliche Auffassungen gibt, und ich finde es gut, dass diese unterschiedlichen wissenschaftlichen Auffassungen öffentlich diskutiert werden. Denn Wissenschaft heißt letztendlich eben auch, Fehler zu machen und diese Fehler zu korrigieren. Deshalb brauchen wir gegenteilige Positionen. Und deswegen möchte ich einmal all diejenigen danken, die den Mut hatten, als Wissenschaftler der herrschenden Lehre zu widersprechen. Ich will das in aller Klarheit sagen!

(Beifall von der LINKEN.)

Ich will das sogar mal an einem Namen deutlich machen. Der Chefvirologe der letzten Monate, Herr Drosten, hat mir aus verschiedenen Gründen nicht sonderlich imponiert, weil er auch zu wenig Selbstkritik geübt hat. Er hat beispielsweise zu Beginn der Pandemie gesagt, wir brauchen keine Masken, die sind nutzlos. Da habe ich gedacht: Hat der sie noch alle? - Ich bin zwar kein Virologe, das möchte ich zu meiner Entschuldigung sagen, trotzdem habe ich gesagt: Hat der sie noch alle? Denn jeder, der Alltagserfahrung hat, weiß, dass es nicht gut ist, wenn ich jemandem die volle Ladung meines Hustens oder meines Niesens ins Gesicht hineinpfeffere. Also wie kommt der auf sowas? Bei der Schweinegrippe hat er die Empfehlung gegeben, weltweit zu impfen, und damit lag er gründlich daneben! Die Entwicklung bei der Schweinegrippe war in doppelter Hinsicht anders als bei Corona. Zum einen ist sie dann doch im Sande verlaufen, und zum anderen sind insbesondere in Schweden erhebliche Folgewirkungen des Impfens eingetreten. Wenn man also solche Erfahrungen hat, wäre es doch ganz gut, dass man dann ein bisschen selbstkritisch ist. Und wenn er dann sagt, die Empfehlungen seiner Kolle-

gen Streek oder Schmidt-Chanasit zur Ampel müsse er zurückweisen, ist das für mich nicht unbedingt ein Anlass, zu sagen: Ja, wenn der Drosten das sagt, dann wird das richtig sein. - Also ich bin froh, dass es Leute mit abweichenden Meinungen gibt.

Ich möchte noch einmal auf die Pflegeheime zu sprechen kommen. Ich hatte in der letzten Sitzung den Tübinger Bürgermeister erwähnt. Das ist durch die ganze Bundespresse gegangen. Dann ist herausgekommen, dass dort eine CDU-Politikerin im Kreistag und Notärztin namens Lisa Federle die erste war, die im April gesagt hat, wir müssen in den Alten- und Pflegeheimen systematisch testen.

(Zuruf.)

Sie rufen ständig dazwischen. Im Bundestag bekämen Sie dafür einen Rüffel. Ich sage das nur einmal. - Sie war Ihnen schlicht und ergreifend weit voraus. Frau Ministerin, Sie müssen auch einmal lernen, Selbstkritik zu üben und nicht nur zu danken und zu loben und glücklich zu sein, dass Sie Ministerin sind. Das genügt nicht.

(Beifall von der LINKEN.)

Selbstkritik ist wirklich notwendig. Bei den Altenheimen im Saarland sind Fehler gemacht worden, sonst gäbe es nicht so viele Infektionen und Todesfälle.

(Beifall von der LINKEN.)

Da begrüße ich, dass auch aus der SPD-Fraktion ab und zu deutliche Hinweise kommen, dass man mit der Vorgehensweise nicht ganz zufrieden ist. Das ist kein ungebührlicher Angriff auf die Ministerin. In diesem Fall stehen wir alle - die Opposition eingeschlossen - in der Verantwortung. Wenn wir Fehler machen und auch in unserem Aufgabenbereich Fehler hervorgehen, dann sind wir mitverantwortlich, wenn falsche Entscheidungen getroffen werden. Falsche Entscheidungen führen zu Todesfällen. Deswegen sind wir alle gehalten, höchste Sorgfalt anzuwenden. Dafür werbe ich in diesem Kontext.

(Beifall von der LINKEN.)

Nun möchte ich noch etwas zur Fortführung in diesem Punkt sagen. Natürlich kann man die Zukunft nicht vorausplanen in dem Sinne, dass man alle Eventualitäten kennt und alles weiß. Wir haben zum Beispiel die Diskussion um das Impfen. Da gibt es wiederum die unterschiedlichsten Sachen. Zum Beispiel hat sich der Bundesgesundheitsminister weit aus dem Fenster gehängt und gesagt, dann und dann seien wir mit 60 Prozent durch. Sofort gab es erheblichen Widerstand von anderen unter Verweis auf die jetzt vorhandenen Zahlen. Das wird es in Zukunft geben. Aber dem Bundesgesundheitsminister muss ich zumindest ein Kompliment machen, dass er mehrfach seine eigenen Fehler zugegeben hat. Er hat jetzt gesagt: Ich habe hinausposaunt, wir wer-

(Abg. Lafontaine (DIE LINKE))

den den Einzelhandel nicht mehr schließen; ich muss also dieses Wort fressen. Es ist anerkennenswert, wenn einer einen Fehler zugibt. Das will ich einmal unterstreichen.

(Beifall von der LINKEN.)

Beim Impfen hoffen wir natürlich alle, dass sich die Erwartungen erfüllen, die damit verbunden sind. Im Interesse der Menschen wäre das sehr gut. Es ist auch sehr gut, dass man bei denen von mehr als 80 Jahren beginnt. Jetzt kommt das erste Problem, das jetzt in Frankreich diskutiert wird. In den Altenheimen hat man Umfragen gemacht. Ein Drittel ist dafür, ein Drittel ist unentschieden oder zögernd und ein Drittel ist strikt dagegen. Dieses Problem werden wir nicht nur in Frankreich haben.

Es ist die Frage, wie wir mit all diesen Dingen umgehen. Was ist denn, wenn beispielsweise beim Pflegepersonal dasselbe auftritt? Ich habe hier keine perfekte Antwort. Ich will nur die Frage stellen und sie niemandem als Vorwurf präsentieren. Ich will sie nur zum darüber Nachdenken stellen. So sehr ich dafür bin zu werben, dass sich die Leute impfen lassen, insbesondere die Älteren - ich habe Ihnen gesagt, wenn ich 30 wäre, würde ich es nicht machen -, so sehr möchte ich doch darum bitten, dass wir nicht versäumen, darauf hinzuweisen, dass es bei der Impfung auch Risiken gibt.

Das ist ein erhebliches Problem, denn natürlich können die Langzeitfolgen nicht bekannt sein. Wenn einer das sagt, dann ist er nicht jemand, der gegen die Impfung sein will; das ist nur redlich. Intellektuelle Redlichkeit und Wahrhaftigkeit sind in dieser Situation besonders geboten, weil wir das Vertrauen der Bevölkerung doch nur gewinnen, wenn wir wirklich den Eindruck erwecken, wir geben ihr die Informationen, über die wir verfügen, damit die Leute selber urteilen können.

(Beifall von der LINKEN.)

Zur Langfristplanung möchte ich einen Hinweis geben, der mir auch erst vor 14 Tagen gekommen ist, weil ich immer wieder darüber gegrübelt habe, was man noch machen kann. Da ist mir Folgendes durch den Kopf gegangen: Was ist denn, wenn sich wider Erwarten herausstellen würde, dass die Impfung dann doch nicht so gut ist, wie wir alle hoffen? Ein verantwortlich Entscheidender müsste das doch dann zumindest überlegen.

Es gibt dazu einen sehr interessanten Artikel in der FAZ, der dieses Thema in dem Sinne behandelt. Demnach weisen große Teile der pharmazeutischen Industrie - natürlich die, die nicht an den Impfdosen beteiligt sind, darunter große Konzerne - darauf hin, dass es richtig gewesen wäre, mit genauso vielen Fördermitteln Entwicklungen zu unterstützen, infolge derer Tabletten produziert werden, die die Ausbreitung des Virus im Körper sofort stoppen.

Würde es also gelingen, solche Tabletten zu haben, dann wären wir ein erhebliches Stück weiter. Sie kritisieren, dass die Forschungsministerin - also der Bund ist in erster Linie angesprochen - auf der einen Seite große Mittel aufgewandt hat, um die Impfentwicklung zu fördern. Auf der anderen Seite ist bei der Förderung solcher Projekte vergleichsweise wenig Geld ausgegeben worden. Ich will daher für unsere Fraktion sagen, die Entwicklung solcher Tabletten - ich sage es in der Sprache des Volkes -, die die Ausbreitung des Virus stoppen würden, wäre ein erheblicher Durchbruch und würde der Bevölkerung ebenfalls helfen.

(Beifall von der LINKEN.)

Es könnte zum Beispiel denen helfen, die es aus welchen Gründen auch immer ablehnen, geimpft zu werden. Es könnte insbesondere den älteren Jahrgängen helfen, die sagen, ich traue mich doch nicht so. Hier ist also eine erhebliche Lücke. Ob die einmal auf Bundesebene besprochen worden ist, weiß ich ja nicht. Das wissen Sie besser als ich. Ich wollte es hier aber angesprochen haben.

Was uns in der nächsten Zeit Probleme machen wird, sind die Ungerechtigkeiten, die entstehen. Herr Ministerpräsident, Sie haben zu Recht darauf hingewiesen, dass wir nicht wissen, was am 10.01. ist. Das weiß kein Mensch. Stimmt. Es sollte auch keiner so tun, als wüsste er das. Aber eines müssen wir doch überlegen: Wie lange wollen wir das wirtschaftlich verkraften? Das ist eine wirklich ernstzunehmende Frage. Deshalb sind Alternativkonzepte gemacht worden. Wenn die Bild-Zeitung schreibt, die 7-Tage-Inzidenz von 50 wird man auch in Monaten nicht einhalten, und wenn ein Professor, der früher stellvertretender Vorsitzender des Gesundheitsbeirates beim Ministerium in Berlin war, sagt, das ist völlig unrealistisch, sich solche Ziele vorzunehmen, dann könnte er ja recht haben. - Könnte.

Aber es ist die Frage, was wir mit der Wirtschaft machen. Wir haben zum Beispiel die Produktion richtigerweise nicht stillgelegt. Dabei geschieht das jetzt freiwillig, wie wir heute gelesen haben. Das Handwerk haben wir richtigerweise auch nicht stillgelegt. Dann kommen die einzelnen Berufssparten, die wir stillgelegt haben. Beim Einzelhandel wird sich auch mancher fragen - ich spreche von den Ungerechtigkeiten -, warum sie schließen müssen und Amazon jetzt bombig ins Geschäft kommt. Ich weiß, das ist ein Thema in der Bevölkerung. Die Gewerkschaften weisen darauf hin, dass einzelne Amazon-Zentren Hotspots sind. Wieso bleiben die weiter offen? Wieso werden Einzelhandelsgeschäfte geschlossen, die ordentlich gearbeitet haben und denen man nicht nachweisen kann, dass von ihnen eine Gefahr ausgeht? Das ist eine Frage.

(Beifall von der LINKEN.)

(Abg. Lafontaine (DIE LINKE))

Damit komme ich noch einmal zu unserem Kernthema. Das ist jetzt keine Kritik - ich habe das beim letzten Mal auch schon so gemacht - nur an der saarländischen Landesregierung, die mittelfristig gesehen die geringsten Möglichkeiten hat. Aber wenn zum Beispiel ein größeres Land wie Bayern, das beim Tönen immer ganz vorne ist, die Möglichkeit hätte, repräsentative Untersuchungen zu machen, dann sollte es das doch machen. Das wurde ja einmal angekündigt, aber es liegt nichts vor. Ich habe gesagt, es wäre doch gut, wenn wir irgendwelche Arbeiten vorliegen hätten, die sagen würden, dort ist die Ausbreitung besonders gefährlich, dort ist sie weniger gefährlich und dort ist sie praktisch ungefährlich. Es gibt solche Ansätze. Aber für die Entscheidung, die wir jetzt getroffen haben, fehlt es an repräsentativem Material. Wir haben das von Anfang an gefordert. Ich mahne es erneut an.

(Beifall von der LINKEN.)

Es gibt kein gründliches wissenschaftliches Arbeiten ohne verwertbare Daten. Ich glaube, dazu habe ich jetzt wirklich einiges gesagt.

Natürlich ist es gut, dass man den Leuten hilft. Sie haben sich dafür eingesetzt; ich habe das beim letzten Mal anerkannt; ich erkenne es wieder an. Aber es gehört dazu zu sagen, dass im Bundeswirtschaftsministerium - ich sage jetzt einmal nicht, wer es leitet, um dieses Geheimnis nicht zu lüften - gesagt wird, aufgrund eines Softwarefehlers können die Hilfen viel zu spät ausgezahlt werden. Das ist einfach ärgerlich. Deswegen darf man sich nicht wundern, wenn in der Wirtschaft der Unmut steigt. Das ist ja keine Böswilligkeit; da darf man sich aber nicht wundern.

(Beifall von der LINKEN.)

Dabei denke ich nicht in erster Linie an Betriebe, denen es besonders gut geht. Ich denke in erster Linie immer an die, die auf der Kippe stehen. Ich versuche, mir vorzustellen, wie es mir ginge, wenn ich in der Situation wäre. Diese Zahl nimmt ja zu. Die haben in der Regel keine starke Lobby und können sich in der Regel auch nicht großartig zur Wehr setzen.

Dasselbe gilt natürlich für die kleinen Leute, wie das immer so schön heißt. Ich habe schon davon gesprochen. Ich erwähne es trotzdem immer, weil über sie so gut wie gar nicht gesprochen wird. Warum sieht man nicht, in welchen Problemen diejenigen sind, die ganz niedrige Löhne haben und jetzt vielleicht auch noch in Kurzarbeit sind? Da kann ich nur sagen, es müsste doch im Bundestag - also nicht hier - gelingen, eine Mehrheit zustande zu bringen, um denen eine größere Zuwendung etwa beim Kurzarbeitergeld und so weiter zukommen zu lassen.

(Beifall von der LINKEN.)

Das ist doch wirklich notwendig. Ich habe gelesen, dass im Bundestag die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einen Bonus für ihre Belastung bekamen. Das ist alles wunderbar. Aber ich möchte sagen, diese Mitarbeiter sind überwiegend im Homeoffice. Es gibt viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, denen es wirklich dreckiger geht und die solche Boni nicht bekommen. Wir als Politiker müssen vorsichtig sein, dass wir das Vertrauen der Menschen nicht verspielen. Deshalb habe ich das ganz kurz angesprochen.

(Beifall von der LINKEN.)

Die soziale Lage muss immer wieder ein großes Thema sein. Wenn ich es jedes Mal - - Ich sehe, es blinkt rot. Das soll wahrscheinlich eine Sympathiebekundung sein.

(Vereinzelt Lachen.)

Die soziale Lage muss ein großes Thema sein; sie ist es Gott sei Dank außerhalb vieler Beratungen sehr wohl. Wenn ich zum Beispiel Schlagzeilen lese - das wird die große Aufgabe der nächsten Zeit sein - -

Was bedeutet diese Anzeige? Habe ich noch 5 Minuten?

Präsident Toscani:

Sie haben noch 5 Minuten.

Abg. Lafontaine (DIE LINKE):

Ach so. Dann ist es doch nur eine Sympathiebekundung. Es blinkt hier so, als wenn ich mich in einen Gefahrenbereich begeben würde.

Wenn ich Schlagzeilen sehe, dass jetzt die Vermögenswerte wieder explodieren, also vor allen Dingen Aktien und andere Titel in der Finanzwelt, dann stelle ich mir die Frage, wie das bei Menschen ankommt, die so betroffen sind, wie ich das gerade gesagt habe. Die Vermögenspreise, so nennt man das, also die Preise für die Güter, die die Vermögenden haben, schießen nach oben. Ich hatte immer Amazon oder so als Beispiel genannt, aber es gibt viele Amazons. Man braucht nicht nur Amazon. Dass die Vermögenspreise nach oben schießen, ist in der Situation doch unglaublich.

Außerdem öffnet sich in dieser Situation auch noch die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter. Deswegen sage ich sicherlich für einen Teil dieses Hauses, wie es so schön heißt: Wir brauchen eine gerechte Verteilung der Lasten. Da müssen diejenigen, die starke Schultern haben - wie das wunderbare Beispiel immer sagt -, mehr tragen als die, die schwache Schultern haben. Auf Deutsch: Man muss sich endlich an eine ordentliche Belastung der Vermögenden herantrauen.

(Beifall von der LINKEN.)

(Abg. Lafontaine (DIE LINKE))

Ich habe das schon beim letzten Mal gesagt. Ich sage noch einmal, da handelt es sich nicht um Umverteilung - das ist ein großes Falschwort der politischen Linken und damit überhaupt in Europa -, sondern um Rückverteilung.

(Vereinzelt Beifall von der LINKEN.)

Wenn man nicht begreift, dass das Rückverteilung ist, dann begreift man eben nichts und es geht endlos so weiter. Diese absurden Zahlen, die immer wieder nach oben gehen, werden endlos weiter steigen. Das sollte doch jedem, der um Gerechtigkeit bemüht ist, ein Anliegen sein.

Die Zusammenfassung ist also wie folgt. Mir ging es heute nicht darum, unbedingt die Regierung pauschal anzugreifen oder sonst irgendetwas. Mir ging es ernsthaft darum zu sagen, bitte versuchen wir jetzt eine Fehlererkennung. Das ist doch die Systematik in jeder Arbeit, die man überhaupt macht. Versuchen wir, die Fehler zu sehen, und versuchen wir, sie auszubügeln. Ich habe das demokratische Problem angesprochen. Ich habe das Problem in den Altenheimen angesprochen. Uns ist das soziale Problem ein besonderes Anliegen. Ich sage es, dann können Sie mich irgendwann noch einmal darauf ansprechen. Wenn die soziale Spaltung immer weitergeht, dann destabilisiert sich die Gesellschaft weiter. Das ist ein Problem der gegenwärtigen Situation. Dann destabilisiert sich die Gesellschaft weiter, woraufhin die demokratische Ordnung in Gefahr ist. Das alles sollte uns doch ein Anliegen sein, sozial gerecht vorzugehen und unsere demokratische Ordnung zu stabilisieren.

(Anhaltender Beifall von der LINKEN.)

Präsident Toscani:

Nächster Redner in der Aussprache ist der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion Alexander Funk.

Abg. Funk (CDU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Einer der bedeutendsten Persönlichkeiten der deutschen Kulturgeschichte, nämlich Wilhelm von Humboldt, hat einmal gesagt, man muss die Zukunft abwarten und die Gegenwart genießen oder ertragen. Ich glaube, in diesen Tagen ist es mehr ein Ertragen der Gegenwart. In diesen Tagen spüren wir alle, wie uns diese Pandemie, die nunmehr seit acht Monaten auf uns lastet, auch zunehmend an den Nerven zehrt. Es gibt eine wachsende Unruhe in der Bevölkerung. Die Politik bekommt gut gemeinte Ratschläge, besserwisserische Vorschläge und was auch immer.

Ich will an dieser Stelle deutlich sagen: Wir alle leiden. Die Politik, Wirtschaft, Unternehmer, Kulturschaffende, Pflegekräfte, Ärzte, Lehrer, alle leiden

weltweit unter dieser Pandemie. Niemand von denen hat sich dieses Virus ausgesucht. Niemand von denen wollte dieses Virus. Bundeskanzlerin Merkel hat an einer anderen Stelle vor Wochen einmal gesagt, sie hatte sich für ihr letztes Amtsjahr anderes vorgenommen.

Auch diese Landesregierung sowie die CDU-Landtagsfraktion haben für 2020 andere Pläne gehabt. Ich glaube, ich spreche für alle in diesem Land, wir hatten 2020 anderes vor als nur diese Pandemiebekämpfung. Insofern habe ich Verständnis für diese fehlende Geduld und die zunehmende Ungeduld, sowie auch damit einhergehende Vorwürfe an die Regierenden, wenn gesagt wird, was hätten wir in der Vergangenheit alles anders und besser machen können. Aber der Ministerpräsident hat es deutlich gemacht. Es gibt ja keinen Masterplan für diese Pandemie. Wir müssen auf Sicht fahren. Wir müssen jedes Mal wieder neu begründen, warum wir welche Maßnahmen machen und immer wieder am Infektionsgeschehen ableiten, was richtig und wichtig ist.

Herr Lafontaine, Sie haben gesagt, man muss doch auch über Fehler sprechen können. Man muss die Fehler erwähnen. Man muss die Fehler sehen, um daraus zu lernen. Das ist richtig. Insofern kann ich Ihnen schon fast ein Kompliment machen. In Ihrer Rede haben Sie wirklich meisterhaft Ihre Vorstellungen dargestellt, die aber meisterhaft eigentlich nur Nebel waren.

(Beifall von der CDU.)

Sie sitzen auf dem Beifahrersitz, während wir am Steuer versuchen, auf Sicht zu fahren. Sie sitzen auf dem Beifahrersitz mit der Nebelmaschine und machen noch mehr Nebel, verwirren und verunsichern die Menschen in diesem Land. Ich will darauf eingehen.

(Abg. Lafontaine (DIE LINKE): Wenn das Auto an den Baum fährt, dann ist man als Beifahrer auch betroffen. - Vereinzelt Lachen.)

Es ist vollkommen richtig, dass man als Beifahrer betroffen ist, wenn das Auto am Baum landet, aber es wäre vielleicht hilfreich, wenn der Beifahrer keinen Nebel macht und damit die Sicht versperrt.

(Beifall bei der CDU.)

Wir haben gesagt: demokratischer Rechtsstaat, Beteiligung des Parlaments. Das ist vollkommen richtig. Deswegen sind wir heute Morgen erneut in einer Sondersitzung. Deshalb war der Ministerpräsident am Sonntag im Erweiterten Präsidium und hat für die Vorhaben geworben. Selbstverständlich kann man jetzt eine Beschlussfassung machen, die Sie ja gefordert haben. Es gibt aber Juristen in diesem Land, die sagen, durch das Bundesinfektionsschutzgesetz hat die Landesregierung rechtlich die Handhabe, diese Rechtsverordnung zu machen.

(Abg. Funk (CDU))

Wir haben immer gesagt, selbstverständlich kann dieses Parlament jederzeit entweder eine neue Rechtsverordnung erlassen oder auch eine neue Regierung wählen. Das ist unser Recht als Parlament. Ich sehe keine neue Rechtsverordnung, weder von der Großen Koalition noch von der Opposition, auch nicht von Ihnen, Herr Lafontaine. Das wäre doch dann Ihr gutes Recht, darüber abstimmen zu lassen.

Warum haben wir als Große Koalition keinen Beschlussantrag oder keine neue Rechtsverordnung gemacht? Ich kann Ihnen die Antwort ganz klar sagen: Weil wir zu dieser Rechtsverordnung stehen! Auch Sie haben gesagt, es gibt jetzt keine Alternative zu dieser Rechtsverordnung und zu diesem Lockdown. Deswegen ist es doch richtig und nur eine theoretische Diskussion, ob wir jetzt noch einmal darüber abstimmen oder nicht. Wir stehen zu dieser Rechtsverordnung. Wir stehen zu diesem Lockdown, auch wenn es für uns alle und für die Bevölkerung im Saarland schwierig ist.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Sie haben die Wissenschaft und die Anzahl der Tests angesprochen. Wir stellen noch einmal ganz deutlich für alle fest: Tests bedeuten keine Heilung. Ja, es ist das Navigationsgerät, wenn wir auf Sicht fahren. Selbstverständlich können wir durch Tests erfahren, wo die Infizierten sind, und sie dann besser schützen beziehungsweise sie isolieren, damit sie andere nicht anstecken können. Es ist aber falsch, dass bei uns nur die Tests zurückgegangen sind. Wir sind im Saarland mit 10 Prozent bei den Testungen bundesweit gesehen überdurchschnittlich. Wir haben in den vergangenen drei Monaten die Testungen in den Einrichtungen nahezu verdoppelt. Waren es vor elf Wochen noch 12.000 Testungen in den Einrichtungen, so sind wir mittlerweile bei über 23.000.

Ich kann an dieser Stelle sagen, wir testen alle, die getestet werden wollen. Wenn Sie mehr testen wollen, dann müssten Sie in Ihrer virtuellen Rechtsverordnung, die Sie ja nicht vorgelegt haben, eine Testpflicht für alle machen. Das kann man natürlich fordern. Ob wir die Kapazitäten haben und wer die Kosten tragen soll, sei mal dahingestellt, aber dann tanzt jeder Saarländer morgens zu einem Test an. Auch das kann man machen, aber man muss es konkret fordern!

Sie stellen sich hin und sagen, wir haben keine Zahlen, wir testen zu wenig. Die Rechtsverordnung ist zwar richtig und es gibt keine Alternative, aber wirklich etwas an dieser Rechtsverordnung und dem Vorgehen kritisiert haben Sie nicht. Sie haben vielmehr Nebel gemacht und die Sicht versperrt.

(Sprechen bei der LINKEN.)

Zur Wissenschaft an sich und zur Ampel wird später die Kollegin Jutta Schmitt-Lang darlegen, auf welcher Grundlage wir diese Entscheidung treffen. Wir setzen uns selbstverständlich mit allen auseinander - mit Wissenschaftlern, Juristen und Unternehmern. Das sage ich mit Blick in Richtung AfD, die ebenfalls einen Antrag vorgelegt hat und eine Kommission fordert. An der Stelle das Kompliment, dass Sie einmal einen konkreten Vorschlag gemacht haben. Aber ich kann Ihnen sagen, das machen wir seit Wochen und Monaten ohnehin. Wir treten mit all diesen Menschen in Kontakt und sind im Gespräch, um die richtigen Entscheidungen für dieses Land zu treffen.

Sie haben die Altenheime und den besseren Schutz angesprochen. Das ist etwas, was wir zunehmend in der Bevölkerung hören, die jetzt ungeduldig und so langsam all dieser Einschränkungen müde wird. Da hört man: Macht eine Langzeitstrategie und schützt die Risikogruppen. Abgesehen davon empfehle ich jedem den Leserbrief von Dr. Schwarzkopf vom Uniklinikum Homburg, der heute in der Saarbrücker Zeitung abgedruckt war, dass es nicht nur eine Risikogruppe betreffen kann und dass es auch junge Menschen ohne jegliche Vorerkrankung sind, die auf den Intensivstationen landen.

Es ist eine besondere und schwierige Situation in den Altenhilfeeinrichtungen. Ich empfehle, dass man mit den Menschen redet, die dort arbeiten. Selbstverständlich machen wir eine verbesserte Teststrategie. Sie sprechen über Fehler, vielleicht hätten wir früher dort noch mehr testen müssen. Aber all das heilt nicht! All das wird nicht verhindern, dass das Virus auch in Altenhilfeeinrichtungen Einzug hält. Wenn es erst einmal drin ist, dann ist es verdammt schwierig, es noch einmal loszuwerden, weil oftmals weder das Personal noch die Raumkapazitäten da sind, um alle zu isolieren. Das muss man ja alles erst einmal leisten, Herr Lafontaine!

Wenn ein Mensch demenzkrank ist, können wir ihn nicht einfach wegsperren. Er läuft über den Flur und verbreitet gegebenenfalls das Virus. Das gehört doch zur Wahrheit dazu. Es sind Altenhilfeeinrichtungen, die auch Besucher empfangen wollen, und keine Seniorenknäste, wo wir die Leute einfach wegsperren können. Das gehört zur Ehrlichkeit dazu. Und dann der Sozialministerin zu sagen, sie schütze die Altenheime zu wenig und sie sei indirekt verantwortlich für die Toten, dann ist das wirklich unanständig! Das will ich in diesem Parlament nicht so stehen lassen!

(Anhaltender Beifall von den Regierungsfractionen. - Sprechen bei der LINKEN.)

Als sei das nicht genug Nebel, den Sie in unserem Fahrzeug verbreiten, kommen Sie jetzt und verunsichern in Sachen Impfung. Wenn wir über Langzeitstrategien sprechen, dann ist die Impfung sicherlich die Strategie, auf die wir setzen. Es ist nämlich not-

(Abg. Funk (CDU))

wendig, dass sich möglichst viele Menschen impfen lassen. Ohne jegliche wissenschaftlichen Erkenntnisse einfach einmal zu sagen, wir wissen aber noch nicht, wie der Impfstoff wirkt, wir wissen noch nicht, wie langfristig das ist und welche Folgen das haben könnte, Herr Lafontaine, das halte ich an der Stelle für unverantwortlich.

Sie sagen einfach, wir hätten gerne eine Tablette, die dieses Virus im Körper stoppt. Die hätte ich auch gerne. Jeder darf sie auch entwickeln. Niemand verbietet das den Wissenschaftlern und den Pharmakonzernen. Aber einfach nur von einer virtuellen Tablette zu reden, ist ein Niveau wie das des noch amtierenden US-Präsidenten Trump, der sagt, das Virus wird irgendwann wie ein Wunder verschwinden. Ich glaube, auf diesem Niveau brauchen wir nicht zu diskutieren, Herr Lafontaine.

(Abg. Lafontaine (DIE LINKE): Da haben Sie recht. - Sprechen und Beifall.)

Das ist wirklich nur Nebel. Wir werden weiterhin unsere Forschung hochhalten und selbstverständlich auch für neue Medikamente Forschungsgelder bereitstellen. Herr Lafontaine, an der Stelle sage ich aber auch: Das alles sind Themen, mit denen sich auch der Sozialausschuss im Landtag befasst. Dort informieren und berichten Wissenschaftler regelmäßig. Ich habe es schon erwähnt, die Kollegin Jutta Schmitt-Lang wird die wissenschaftliche Sicht später darlegen.

Sie haben die Wirtschaft und die Schwierigkeiten angesprochen, die der Einzelhandel natürlich hat. Das ist uns auch bewusst. Trotzdem sind wir uns einig, dass der Lockdown jetzt kommen muss. Insofern ist es richtig und wichtig, dass auch die Bundesregierung die Wirtschaftshilfen dargestellt hat und diese verbessern möchte. An der Stelle gebe ich Ihnen recht: Diese Gelder müssen natürlich schnell ausgezahlt werden.

Ich glaube, es war richtig, dass der Bundesfinanzminister Scholz diese November-Hilfen schon vorgestellt hat. Ich glaube auch, dass es eine gute Idee war, diese Bundesplattform zu machen. Es ist nur leider für die Betroffenen schwierig, wenn das der Grund ist, warum es diese Verzögerung gibt. Deswegen ist es gut, dass wir im Saarland gesagt haben, zur Not helfen wir. Unsere Wirtschaftsministerin und die Landesregierung helfen mit, dass es schnelle und unbürokratische Hilfe geben kann.

Eben sind die Schulen angesprochen worden, auch das natürlich gerade unter dem sozialen Aspekt ein schwieriges Thema. Wir unterstützen die Entscheidung der Bildungsministerin Frau Streichert-Clivot ausdrücklich, dass lange am Präsenzunterricht festgehalten wurde. Es gibt nämlich Betroffene, es gibt Eltern, für die es wichtig ist, dass die Kinder in Präsenzform in der Schule am Unterricht teilnehmen können. Deswegen ist die jetzige Lösung wichtig

und richtig, die Verpflichtung des Präsenzunterrichts auszusetzen, aber auch die Möglichkeit zu geben, weiter in die Schule zu gehen. Wir haben als Parlament mit dem Nachtragshaushalt viel Geld bereitgestellt, um das digitale Lernen und den Heimunterricht voranzubringen. Da ist noch nicht alles perfekt, es ist noch nicht alles umgesetzt, aber auch ich zeige nicht mit dem Finger und mache Vorwürfe, sondern sage, das dauert auch seine Zeit, bis das alles umgesetzt ist. Vielleicht hilft an dieser Stelle noch einmal das Gespräch mit Bundesaußenminister Heiko Maas. Im Auswärtigen Amt haben sie nämlich Erfahrung mit dem Heimunterricht für alle Schulformen für die Diplomatenkinder überall auf der Welt. Vielleicht kann man auch aus diesen Erfahrungen etwas lernen und Lehren ziehen.

Insgesamt, meine Damen und Herren, bleibt es dabei: Wir müssen auf Sicht fahren. Wir ringen dabei regelmäßig sowohl in der Landesregierung als auch in den Fraktionen mit Wissenschaftlern um die richtigen Lösungen. Ein wesentlicher Punkt sind die Kontaktbeschränkungen, die gerade jetzt über Weihnachten, über das Fest der Liebe besonders treffen. Zur Liebe gehört, dass man Menschen begegnet, um diese Liebe auch schenken zu können. Das ist in diesem Jahr anders. Trotzdem sage ich ganz klar, man muss die Zukunft abwarten - wir wissen nicht, was am 10. Januar sein wird - und die Gegenwart genießen und ertragen. Ich wünsche uns allen, dass wir trotz dieser schwierigen Situation das Weihnachtsfest genießen können. - Vielen Dank.

(Beifall von den Regierungsfraktionen.)

Präsident Toscani:

Zur Begründung des Antrages seiner Fraktion und zur Aussprache zur Rede des Ministerpräsidenten darf ich dem Vorsitzenden der AfD-Landtagsfraktion Josef Dörr das Wort erteilen.

Abg. Dörr (AfD):

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Saarländerinnen und Saarländer! Der Kollege Alexander Funk hat es eben richtig gesagt, unser anderer Kollege, der ehemalige Ministerpräsident Oskar Lafontaine, ist ein meisterhafter Rhetoriker, aber die beste Rhetorik wirkt dann, wenn man etwas zu sagen hat. Es gibt Leute, die reden, aber nichts zu sagen haben. Bei unserem Kollegen Oskar Lafontaine hätte ich eben gerne an vielen Stellen Beifall geklatscht, aber das ist bei uns in diesem Hause nicht üblich, da klatscht man immer nur bei der eigenen Fraktion.

Wenn man in einen Kampf eintritt, muss man ein Ziel haben. Beim Fußball ist das einfach, man will gewinnen, man gewinnt dann, wenn man ein Tor mehr schießt als der Gegner. Bei Corona ist es schwieriger, das Ziel festzulegen. Wenn das Ziel ist, das Virus auszurotten, dann muss man sich auf ei-

(Abg. Dörr (AfD))

nen lang andauernden und sehr schwierigen Kampf vorbereiten. Stichworte sind dann Impfung, Medikamente oder Herdenimmunität. Dieser Kampf braucht sehr viel Zeit und kann auch nur weltweit geführt und gewonnen werden. Das Ziel der Regierungsmaßnahmen ist schon bescheidener: Das Gesundheitssystem darf nicht zusammenbrechen. Es darf nicht dazu kommen, dass ein Arzt entscheiden muss, diesen Patienten kann ich nicht beatmen, aber diesen will und werde ich beatmen. Diese Entscheidung wünscht man sich selber nicht und auch keinem Arzt.

Ein weiteres und wichtiges Ziel, das wichtigste, ist, es soll möglichst wenig Tote geben. Im Straßenverkehr ist es auch wünschenswert, dass es möglichst wenig Tote gibt, aber niemand fordert die Einstellung des Straßenverkehrs. Es werden Maßnahmen ergriffen, um die Zahl der Toten zu senken, und diese Maßnahmen müssen verhältnismäßig und vernünftig sein. Beim Verkehr sind die Kennzahlen die Toten und Verletzten, bei Corona ist es bedeutend schwieriger. Es ist eben einige Male ausgeführt worden, wie schwierig es ist und welche Kennzahlen wie bewertet werden, zum Beispiel positiv getestete Personen. Wenn diese Zahl exponentiell ansteigt - - Jetzt habe ich auch das Wort gebraucht, vorher hat man bei Steigerung „linear“ gesagt, also gleichmäßig: 1, 2, 3, 4, oder im Quadrat: 1, 4, 9, 16, 25, jetzt ist es exponentiell. Ich sage ganz einfach nur „schnell“. Wenn also die Zahlen schnell ansteigen, dann wird Alarm geschlagen.

Es gibt einen Streit um Kennzahlen, nicht nur unter Politikern, sondern auch unter Wissenschaftlern. Ich persönlich halte mich an folgende Tatsachen: Wie viele Betten stehen in den Intensivstationen zur Verfügung, wie viele Betten sind mit Geräten ausgerüstet, die eine künstliche Beatmung ermöglichen, und - was ganz wichtig ist - wie viele Menschen haben wir, die diese Geräte bedienen können? Das sind wichtige Zahlen, ich schaue immer genau nach, wie es aussieht. Der Kollege Funk hat eben auch einen Artikel der Saarbrücker Zeitung erwähnt, ich habe ihn auch gelesen, in dem angegeben ist, wie alt die Menschen sind: 27, 30, 36, 48 bis 92 Jahre. Das ist ein Mosaiksteinchen, ein kleines Mosaiksteinchen des großen Ganzen, das man braucht, um Entscheidungen zu treffen.

Was nun die Maßnahmen der Landesregierung betrifft, so fühlt man sich zurückversetzt auf eine Kirrmeis. Sie darf im Augenblick nicht stattfinden, aber man kann sich das in der Fantasie vorstellen. Es gibt Schleuderbahnen, bei denen man in Schlingenkurs gerät, es gibt Berg- und Talbahnen oder Autoscooter, wo es nach vorne und nach hinten geht. So ungefähr kommt mir die bisherige Verhaltensweise der Regierungen vor, unsere Regierung ist ja nicht die einzige, bei der das so ist. Da nutzt es auch nichts, dass es große Konferenzen auf Bundesebe-

ne gibt mit der Bundeskanzlerin, die weder befugt noch befähigt ist, Vorschriften zu machen, wie es im Saarland gehen soll, ganz nach dem Motto: Wir schaffen das. - Das haben wir schon mal gehört, das hat auch damals nicht funktioniert.

Die Ministerpräsidenten von Bayern, Brandenburg, Hamburg und Hessen können dem Saarland auch wenig helfen. Die Lage ist in jedem Bundesland anders. Niedersachsen ist ein großer, dünn besiedelter Flächenstaat, Hamburg ist ein Stadtstaat, Hessen liegt nicht an irgendeiner Außengrenze. Deshalb ist es für uns Saarländer verhältnismäßig unwichtig, was in Schleswig-Holstein passiert. Es ist für uns aber schon wichtig, was in Rheinland-Pfalz, in Lothringen oder in Luxemburg passiert. Dabei ist das Saarland viel zu groß, obwohl es klein ist, dass man das alles über einen Kamm scheren könnte. Es macht nämlich schon einen Unterschied, ob ich in Saarbrücken an der französischen Grenze oder in Leidingen bin, ob ich in Homburg an der rheinland-pfälzischen Grenze oder in Freisen bin, ob ich in Perl an der luxemburgischen Grenze oder an der französischen Grenze bin oder etwa in Mettlach. Einen Quierschiedler zum Beispiel interessiert das herzlich wenig, weil er weder mit der rheinland-pfälzischen Grenze noch mit der lothringischen Grenze oder mit der luxemburgischen Grenze etwas zu tun hat. Das Virus muss dort bekämpft werden, wo es auftritt, und zwar den örtlichen Gegebenheiten entsprechend.

Deshalb ist eine umfassende, ins Einzelne gehende Information der gesamten Bevölkerung unerlässlich. Es ist eben der Bericht angesprochen worden, der immer vom Gesundheitsministerium kommt. Den lese ich jeden Tag, das ist schon interessant, was da steht, aber dieser Bericht ist keine Grundlage für eine Handlung. Das ist keine Handlungsgrundlage. Auf dieser Grundlage getroffene Entscheidungen können nur grob und fehlerhaft sein. Es braucht ständig angepasste Entscheidungen vor Ort bei den Betroffenen selber. Es gibt nicht d i e Altenheime, es gibt auch nicht d i e Krankenhäuser oder d i e Schulen, sondern es gibt das Altenheim in Quierschied in der Klostersgasse, das Knappschaftskrankenhaus in Sulzbach, eine Grundschule in Fischbach und ein Berufsbildungszentrum in Saarbrücken. Das sind alles verschiedene Dinge, dann muss auch verschieden gehandelt werden.

Nehmen wir einmal als Beispiel die Schulen. In jeder Schule gibt es Mitbestimmungsgremien, Mitbestimmungsorgane. Die wesentlichen sind Gesamtkonferenz und Schulkonferenz. In der Schulkonferenz sind alle Beteiligten vertreten, es sind die Schüler, die Lehrer, die Eltern, der Schulträger und auch das Bildungsministerium vertreten. Das heißt, das ist doch so ein Ort, wo Fachleute in Kenntnis der Sachlage beraten können und aufgrund von Informatio-

(Abg. Dörr (AfD))

nen, die sie sehr gerne beim Kultusministerium erfahren können, dann Entscheidungen treffen.

(Herr Abgeordneter Müller (AfD) steht auf.)

Mein Kollege hat mir gerade gezeigt, dass er auch noch etwas sagen will, ich mache es also sehr kurz. - Willy Brandt hat einmal gesagt: Mehr Demokratie wagen. Ich habe oft darüber nachgedacht. Man muss es aber noch ergänzen: Mehr Demokratie fordern. Mehr Demokratie wagen ist von oben nach unten, während mehr Demokratie fordern von unten nach oben ist. Wir sollten auch einfordern, dass diese Gremien wirklich demokratische Befugnisse haben, dass man ihnen zuhört, und wenn sie Entscheidungen vorschlagen oder Entscheidungen treffen, dass man diese mitträgt. Das ist ganz wichtig.

(Zuruf: Das haben wir doch schon.)

Ich muss schauen, was ich alles noch kürze. Das ist eine Denke, wenn ich es zusammenfassend sage, die Regelungsbesessenen auf der einen Seite und auf der anderen Seite die Verantwortungsscheuen. Leider gibt es das nämlich auch, dass viele Menschen immer von demokratischen Entscheidungen sprechen, die sie einfordern, sie selber aber nicht treffen wollen und immer um Hilfe rufen. Das heißt, diese Denkweise müssen wir aus den Köpfen herausbringen. Ich will es dabei belassen. Es ist leider wegen der Zeit sehr wenig gewesen, was ich Ihnen sagen konnte. - Herzlichen Dank. Vergessen will ich nicht: Frohe Weihnachten an alle Saarländerinnen und Saarländer. Genießen Sie trotzdem das Fest in Ihrer Familie. - Danke schön.

(Beifall von der AfD.)

Präsident Toscani:

Als nächstes spricht für die SPD-Landtagsfraktion der Abgeordnete Dr. Magnus Jung. - Ich will der guten Ordnung halber darauf hinweisen, dass der Antrag der AfD-Landtagsfraktion nachher vom Abgeordneten Rudolf Müller begründet wird.

Abg. Dr. Jung (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Abgeordneter Dörr! Willy Brandt zu zitieren, ist ein bisschen in die Hose gegangen bei Ihnen, glaube ich, das hatte ich auch schon vermutet. „Demokratie wagen“ ist das richtige Motto, aber das heißt nicht, dass nicht für ein Land insgesamt Entscheidungen getroffen werden könnten. Sie sind der Meinung und tragen das immer wieder vor, jedes Einzelne sei so besonders, dass Entscheidungen immer nur vor Ort getroffen werden könnten. Dann unterschätzen Sie eigentlich die Aufgabe von Wissenschaft und einer gewissen Intelligenzleistung, unterschiedliche Dinge gemeinsamen Merkmalen zuzuordnen und damit

schon ein Handeln auch auf übergeordneter Ebene zu erlauben. Die Bemerkung wollte ich vorneweg machen.

Wir sind heute noch mal zu einer Sondersitzung des Landtages zusammengekommen, liebe Kolleginnen und Kollegen, weil das eingetreten ist, was wir eigentlich alle vermeiden wollten, dass nämlich am heutigen Tag der zweite harte Lockdown in diesem Land in Kraft tritt. Das ist erneut ein einschneidendes Ereignis für uns alle, weil der zweite Lockdown in vielfältiger Weise die weitere Einschränkung von Freiheitsrechten der Bürgerinnen und Bürger bedeutet. Der zweite harte Lockdown bedeutet die weitere Schließung von Geschäften, Betrieben, Schulen und Kindertageseinrichtungen. Der zweite Lockdown bedeutet, dass nach dieser Corona-Welle sicherlich auch eine Pleitewelle folgen wird. Er bedeutet für viele Unternehmen, für viele Freiberufler den Verlust der Existenz. Er bedeutet für viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer den weiteren Verlust von Einkommen. Er bedeutet für viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, das können wir heute schon absehen, auch den Verlust von Arbeitsplätzen.

Dieser zweite Lockdown, das ist erwähnt worden, hat auch Auswirkungen auf die Art und Weise, wie die Menschen in unserem Land Weihnachten feiern können. Ich will auch sagen, ich habe großes Verständnis für diejenigen, die mit diesen Einschränkungen Probleme haben. Es ist keine reine Gefühlsduselei, wenn man an Weihnachten mit der Familie zusammen sein will, es aber dieses Jahr nicht so sein kann, wie man es gewohnt ist. Deshalb tut mir besonders leid, dass Weihnachten in den Familien in diesem Jahr nicht so gefeiert werden kann, wie viele Menschen sich das wünschen.

Dennoch hat sich die Landesregierung, haben sich alle Landesregierungen entschlossen, in Deutschland diesen Lockdown umzusetzen. Sie haben dabei auch die Unterstützung des saarländischen Landtages und der SPD-Landtagsfraktion. Mit dieser Entscheidung, mit diesen Maßnahmen geht es nämlich darum, Menschenleben zu retten. Wir müssen unbedingt verhindern, dass wir wieder in ein exponentielles Wachstum hineinkommen, mit dem die Zahlen in einigen Tagen explodieren könnten. Natürlich ist es unser Ziel, die Zahl der Neuinfektionen so zu reduzieren, dass wir irgendwann mal wieder unter eine Inzidenz von 50 pro 100.000 Einwohner in der Woche kommen. Der Ministerpräsident hat in seiner Regierungserklärung die Lage und die Maßnahmen ausführlich erläutert. Das, was hier vorgestellt worden ist, ist auch das, was notwendig ist. Die Lage ist ernst, die SPD-Fraktion trägt dies alles auch mit.

Es ist unsere Aufgabe als Parlament, gerade wenn solche Maßnahmen ergriffen werden, diese auch kritisch zu würdigen und öffentlich zu diskutieren. Nach wie vor gilt der Grundsatz, dass, wenn man so stark in das Leben der Bürgerinnen und Bürger eingreift,

(Abg. Dr. Jung (SPD))

man als Staat alles tun muss, was möglich ist, um die Gesundheit zu schützen und das Maß der Eingriffe auf das Notwendigste und das Verhältnismäßige zu beschränken. Deshalb ist es auch durchaus unsere Aufgabe, am heutigen Tag zum wiederholten Mal die Dinge anzusprechen, bei denen es noch Probleme gibt.

Nach meiner Auffassung ist es ein Problem - zumindest aus meiner Sicht -, dass wir zu wenig testen und dass es oft zu lange dauert, bis Testergebnisse vorliegen, weil häufig erst dann gehandelt werden kann. Deshalb will ich noch mal deutlich sagen, warum ein Test notwendig ist. Natürlich ist ein Test keine Heilung, aber ein Test ist eine Information, die dazu dienen soll, ob in der Familie, im Betrieb oder in einem Altenheim, dass eine weitere Infektion unterbunden wird. Wenn wir wissen, wer positiv ist, dann können wir auch sofort Maßnahmen ergreifen, dass Neuinfektionen verhindert werden. Deshalb ist testen eines der wichtigsten Instrumente zur Bekämpfung der Pandemie.

Wir haben nach wie vor die Aufgabe, die Gesundheitsämter personell und organisatorisch zu stärken. Es wird daran gearbeitet, es muss weiter daran gearbeitet werden. Wir haben das Problem, dass die Kontaktverfolgung, die wir immer als eines der wichtigsten Instrumente genannt haben, im Moment an vielen Stellen nicht mehr funktioniert. Ein weiteres Problem ist, dass es in den Einrichtungen ein besonders großes Infektionsgeschehen gibt. Ich begrüße sehr, dass die Anzahl der Tests in den Altenheimen angehoben wird. Ich rege bei der Regierung an, darüber nachzudenken, ob die mehrmaligen Tests wirklich nur dann gemacht werden sollen, wenn die Inzidenz-Größe 150 ist. Ich glaube, man braucht das grundsätzlich und im stärkeren Maße als zweimal in der Woche.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Wir haben lange Zeit gebraucht, um die Antigen-Schnelltests in den Einrichtungen, in den Organisationen, in der Fläche zu verteilen. Das muss zukünftig schneller gehen. Ich glaube, wir werden deutlich mehr brauchen, als wir zunächst berechnet hatten. Wir haben zudem das Problem, dass diese Corona-Warn-App letztlich nicht das bringt, was wir uns erhofft haben. Auf meinem Handy ist seit Wochen überhaupt kein Kontakt mehr angezeigt worden, obwohl ich nicht nur zu Hause bin, noch nicht mal ein entfernter Leichterisiko-Kontakt. Ich weiß nicht, wie es den Kolleginnen und Kollegen geht, das ist auf jeden Fall ein Thema, bei dem nachgearbeitet werden muss.

Was mich in der letzten Woche gewundert hat, ist, dass wir nach wie vor zu viele Menschen auf Intensivstationen haben, die im Moment nicht unbedingt dort sein müssten. Es ist nach wie vor operiert worden, es sind nach wie vor Behandlungen gemacht

worden, die nicht notwendig waren. Deshalb unterstütze ich eindeutig die Forderung, die auch der Ministerpräsident hier gestellt hat, nach der sofortigen Wiedereinführung der Freihaltepauschale. Es ist aber auch sinnvoll, dass das Land jetzt mit dieser Verordnung reagiert und entsprechende Freihaltungen in den Krankenhäusern angeordnet hat. Es ist eben nicht so, dass wir heute eine Gefährdung durch volle Intensivstationen haben, weil es dort viele Corona-Fälle gibt, sondern weil in der Vergangenheit andere Dinge versäumt worden sind. Wenn man so gesteuert hätte, wie das im Frühjahr der Fall war, dann hätten wir heute massenhaft Platz auf den Intensivstationen. Noch funktioniert es, aber es ist höchste Zeit, dass an dieser Stelle gehandelt wird. Das gilt ebenso für den Aufbau von Personalreserven für die Krankenhäuser und die Intensivstationen. Das müsste noch systematischer und engagierter umgesetzt werden. Dies ist auch im Frühjahr erfolgreich praktiziert worden. Das läuft auch in anderen Bundesländern. Wir müssen für den Notfall gut gerüstet sein. Über das Thema der Statistik, mit der man besser planen kann, haben wir an dieser Stelle schon häufig gesprochen, ich will mich heute nicht wiederholen. Ich spreche diese Probleme zum wiederholten Mal an. Ich sage das zum wiederholten Mal, damit wir gemeinsam besser werden und das Bestmögliche für unsere Bürgerinnen und Bürger erreichen bei der Bekämpfung der Pandemie, aus keinem anderen Grund.

Wichtig ist nämlich: Der Lockdown ist zwar im Moment das letzte Mittel, das wir haben, aber er ist eben nicht das einzige Instrument, das uns zur Verfügung steht. Es gibt auch viele andere Instrumente, von denen ich gerade gesprochen habe, die wir optimal einsetzen müssen.

(Beifall bei der SPD.)

Klar ist, liebe Kolleginnen und Kollegen, am Ende werden wir trotz aller Probleme das Virus besiegen. Davon bin ich felsenfest überzeugt. Das, was jetzt ist, und das, was in den nächsten Tagen und Wochen auf uns zukommt, kann man aushalten. Gesellschaften vor uns, Generationen vor uns haben wahrlich schon Schlimmeres erlebt als das, was wir jetzt durchstehen. Wenn man heute in andere Teile der Welt schaut und das Elend sieht, das dort vorherrscht, dann ist auch das ein Beleg dafür, dass wir das, was uns bevorsteht, sicherlich durchstehen können. Dennoch gibt es viele Einzelschicksale, die uns nicht kalt lassen können. Ich denke da insbesondere an die Hinterbliebenen der Menschen, die an Corona gestorben sind, und an die vielen, über die selten gesprochen wird, die bleibende Schäden durch Corona mit sich tragen werden.

Deshalb ist heute erneut die Frage zu stellen, was jetzt zu tun ist. Ich glaube, wir sollten uns gemeinsam vornehmen, mehr und schneller zu testen. Ich denke, wir sollten damit fortfahren, die Gesundheits-

(Abg. Dr. Jung (SPD))

ämter personell und organisatorisch weiter zu stärken. Wir sollten alles tun, um die Intensivstationen so schnell wie möglich, ich will nicht sagen, leerzuräumen, aber auf das zu begrenzen, was unbedingt notwendig ist. Wir sollten Personal entlasten und Reserven für die Krankenhäuser aufbauen. Wir sollten vor allen Dingen die vulnerablen Gruppen in den Einrichtungen optimal schützen, ob es Altenheime oder Behinderteneinrichtungen sind.

(Beifall bei der SPD.)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es kommt aber besonders darauf an, dass es mit dem Impfen funktioniert. Ich will zunächst einmal einen großen Dank und ein Lob aussprechen an das Gesundheitsministerium, an die Landkreise, an die Kassenärztliche Vereinigung. Das, was dort in den letzten Wochen geleistet worden ist, um diese Impfzentren aus dem Boden zu stampfen und das Personal, die Räume und die Abläufe zu organisieren, ist eine hervorragende Leistung in kurzer Zeit und verdient hohen Respekt und herzlichen Dank aus diesem Haus.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Wir haben natürlich den Wunsch, und er darf an dieser Stelle nicht fehlen, dass neben den drei Impfzentren, die Land und Landkreise mit der KV gemeinsam organisieren, auch die Bundeswehr eines ihrer 25 Impfzentren im Saarland niederlässt, am besten im Norden des Saarlandes. Das haben wir nicht selbst zu entscheiden, aber wir sind guter Dinge, dass die Entscheidungen in Bonn und Berlin so getroffen werden, dass ein viertes Impfzentrum hinzukommt.

Meine Sorge ist aber, wie wir es schaffen, dass die Impfmöglichkeiten von Anfang an optimal genutzt werden. Ich habe mir immer die Frage gestellt, wie entschieden wird, welcher Bürger, welche Bürgerin an welchem Tag um soundsoviel Uhr geimpft wird. Es scheint wohl so zu sein, dass sich die Bürgerinnen und Bürger selbst melden und in einem EDV-gestützten System einen Impftermin buchen müssen. Es könnte etwas schwierig sein bei den 80-Jährigen und Älteren, mit denen wir beginnen wollen, dass alle in der Lage sind, sich mit einem entsprechenden EDV-System selbst einen Impftermin zu buchen und in das Impfzentrum zu begeben.

Vielleicht bin ich etwas altmodisch, wenn ich Sorge habe, ob diese Selbstorganisation funktionieren wird. Es wäre schade, wenn der Impfstoff zur Verfügung steht, die Ärzte und das Personal in den Impfzentrum stehen, aber die Kapazitäten, die wir haben, in den ersten Tagen nicht zu 100 Prozent ausgenutzt werden. Deshalb muss man vor allen Dingen informieren, informieren und informieren! Man muss den Bürgerinnen und Bürgern aber auch helfen, dass die zur Verfügung stehenden Impfkapazitäten zu 100 Prozent ausgelastet werden. Das ist ei-

ne wichtige Aufgabe, die in den nächsten Tagen mit großem Engagement angegangen werden muss.

(Beifall von der SPD.)

Was ist noch zu tun? Wir müssen an den Strategien weiterarbeiten, um auch in Zeiten des Lockdowns gute Bildungsangebote zu ermöglichen und Betreuung sicherzustellen. Wir müssen dafür sorgen, dass die Betriebe die Hilfen, die sie erhalten sollen, auch tatsächlich erhalten. Eine Novemberhilfe, die im Januar ausgezahlt wird, hat ihren Namen nicht verdient. Man fragt sich schon, warum man sich im Bundeswirtschaftsministerium nicht früher darauf vorbereitet hat. Es war im August oder September vielleicht durchaus vorstellbar, dass es eine zweite Welle geben könnte und möglicherweise Novemberhilfen geben müsste.

Ich finde, wir müssen gemeinsam darauf achten, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu schützen und zu unterstützen in dieser Zeit der Krise, die für viele auch eine Zeit der Arbeitslosigkeit ist. Deshalb sollten wir zum Beispiel auch sehr schnell mit dem Bund darüber reden, dass wir Qualifizierungsmaßnahmen sofort zu Verfügung stellen für Leute, die wegen Corona arbeitslos werden. Eine solche Qualifizierungsoffensive sollte schon in wenigen Wochen losgehen. Wir müssen auch diejenigen in besonderer Weise unterstützen und ihnen helfen, die wegen Corona in Armut geraten. Ich danke unserem Verbraucherschutzminister Reinhold Jost, der das Thema Stromsperrungen schon mehrmals öffentlich genannt hat. Er hat deutlich gemacht, dass die Unternehmen denjenigen, die zahlungsunfähig sind, nicht auch noch den Strom abdrehen dürfen, dass diejenigen, die jetzt obdachlos werden, nicht ohne Hilfe dastehen sollen. Dafür müssen wir sorgen.

Ich glaube, am Ende brauchen wir einen echten Not-
helfekatalog für die Unternehmer, die jetzt von einem auf den anderen Tag kurz vor der Insolvenz stehen, für diejenigen, die wirklich von einem auf den anderen Tag durch den Lockdown kein Geld mehr auf dem Konto haben und nicht mehr weiterwissen. Hier brauchen wir, glaube ich, auch als Land, sowohl was Geld betrifft als auch die Beratungsangebote für die Bürgerinnen und Bürger, Instrumentarien, mit denen wir im Januar den Menschen tatsächlich helfen können.

Viele Bürgerinnen und Bürger fragen uns natürlich - und wir fragen uns das selbst -, wie es jetzt weitergeht. Ich glaube nicht daran, dass dieser Lockdown am 10. Januar beendet werden kann. Ich kenne eigentlich niemanden, der daran glaubt. Ich glaube auch nicht, dass wir zum 01. Februar eine Inzidenz von 50 erreichen oder unterschreiten werden. Auch wenn wir natürlich weiterhin auf Sicht fahren müssen, ist aber die Wahrscheinlichkeit groß, dass harte Maßnahmen und Einschränkungen uns wahrscheinlich eher bis Ostern begleiten werden, als dass sie in

(Abg. Dr. Jung (SPD))

wenigen Wochen wieder zurückgenommen werden können. Ich kann mir aber nicht vorstellen, dass wir Schulen und Kindergärten bis Ostern dichtmachen werden. Ich glaube auch nicht, dass wir es uns leisten können, viele Betriebe über Monate dichtzumachen. Deshalb sind kluge Debatten und kluge Fragestellungen auch in den nächsten Wochen noch notwendig, um zu schauen, wie wir uns in den nächsten Wochen und Monaten verhalten werden und was die Bürgerinnen und Bürger zu erwarten haben. Auf jeden Fall wird mit dem Frühling nicht nur die Sonne, sondern auch die Hoffnung kommen.

Doch jetzt steht uns - auch das ist eine bittere Wahrheit - sicherlich ein harter Winter bevor. Was wir deshalb brauchen, liebe Kolleginnen und liebe Kollegen und auch liebe Bürgerinnen und Bürger, das ist vor allen Dingen Solidarität. Hier gibt es Vorbilder in unserer Gesellschaft. Da nenne ich vor allen Dingen die Menschen im Gesundheitswesen, die Krankenschwestern und Krankenpfleger, die Ärztinnen und Ärzte und viele, die in der Pflege arbeiten. Das ist jeden Tag gelebte Solidarität. Das ist Dienst an den Mitmenschen. Diese Menschen sollten wir uns zum Vorbild nehmen. Solidarität ist das, was wir in dieser Krise brauchen.

(Beifall von den Regierungsfractionen. - Vizepräsidentin Ries übernimmt den Vorsitz.)

Zur Solidarität gehört aber auch, dass die Menschen sich impfen lassen. Impfen wird freiwillig bleiben. Es wird keine Impfpflicht geben. Aber derjenige, der sich impft, der schützt möglicherweise auch andere. Deshalb, Herr Kollege Lafontaine, hätte ich mir gewünscht, dass Sie nicht die Zweifel am Impfen unterstützt hätten, sondern dass Sie sich hier klar zur großen Bedeutung von Impfen zum Schutz der Bevölkerung, jedes einzelnen, bekannt hätten.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Solidarität betrifft aber auch die vielen staatlichen Hilfen, die im Moment geleistet werden, und Solidarität ist dann erforderlich, wenn entschieden wird, wie diese Hilfen organisiert und finanziert werden, dass tatsächlich die starken Schultern mehr tragen als die schwachen. Darauf werden wir Sozialdemokraten achten. Solidarität ist am Ende nicht nur die Hilfe des Staates, sondern das ist auch das Handeln des Einzelnen, der sich an die Regeln hält und damit seine Mitmenschen schützt. Auch daran will ich appellieren, auch an diejenigen, die die Maßnahmen nicht akzeptieren. Denen will ich sagen, seid solidarisch, schützt nicht nur euch, sondern schützt auch eure Mitbürgerinnen und Mitbürger.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Am Ende, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist Solidarität auch das beste Mittel gegen Panik, gegen Angst und auch gegen die Einsamkeit, die viele Menschen in den nächsten Tagen und Wochen erle-

ben werden. Einer der bewegendsten Termine im Sozialausschuss war der Besuch der Telefonseelsorge, die uns berichtet hat, wie viele Tausend Menschen, im Übrigen auch viele jungen Menschen, sich an die Telefonseelsorge wenden, weil sie einsam sind, weil sie die Einsamkeit nicht mehr ertragen können, manche auch mit dem Gedanken, sich etwas anzutun. Ich bin mir sicher, dass Weihnachtstage in einem Corona-Lockdown die Einsamkeit bei den Menschen in unserem Land noch verstärken werden. Wir alle sind deshalb aufgerufen, etwas gegen diese Einsamkeit zu tun und auf diejenigen zuzugehen, von denen wir die Sorge haben, dass sie unter Einsamkeit in besonderer Weise leiden.

Ich hatte vor einer Woche gesagt, Weihnachten muss auch in Corona-Zeiten Weihnachten bleiben. Ich habe mir dabei ein anderes Weihnachten vorgestellt als das, das wir jetzt begehen werden. Aber auch so kann Weihnachten etwas Besonderes für uns sein, wenn wir nämlich diejenigen, die wir an Weihnachten vermissen, wenn wir das, was wir nicht tun können, vermissen, dann wird uns vielleicht auch wieder klar, wie wichtig uns vieles ist. Insofern kann Weihnachten auch wieder ein besonders schönes Weihnachten sein. - In diesem Sinne herzlichen Dank und Glück auf!

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Vizepräsidentin Ries:

Vielen Dank. - Der nächste Redner ist der fraktionslose Abgeordnete Lutz Hecker.

Abg. Hecker (fraktionslos):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kollegen! Der Kollege Oskar Lafontaine hat sich sehr differenziert mit vielen Aspekten dieser Pandemie auseinandergesetzt. Ich kann mich mit vielen seiner Aussagen anfreunden. Allein, es ist mir nicht möglich, alle Aspekte zu beleuchten. Ich möchte mich daher auf einige wenige Aspekte beschränken, die mir wichtig sind, und bitte, das aber als - gleichwohl kritische - Ergänzung zu diesen bisherigen Debattenbeiträgen zu betrachten.

Vorab Folgendes. Ja, auch mir machen die aktuellen Zahlen erhebliche Sorgen. Der Ministerpräsident hat mir gerade letzte Woche erst wieder gesagt, man dürfe eine Corona-Pandemie nicht mit einer Grippevergleichen, wobei er selbst im weiteren Verlauf natürlich genau das getan hat. Warum sollte man das auch nicht dürfen? - Nein, man muss natürlich genau das tun. Eine Analyse wäre ohne einen solchen Vergleich unvollständig.

Natürlich bringt ein solcher Vergleich auch einen erheblichen Erkenntnisgewinn. Diesen Vergleich also per Dekret zu verbieten, ist in höchstem Maße unwissenschaftlich. Stattdessen verlässt sich unser Mi-

(Abg. Hecker (fraktionslos))

nisterpräsident lieber auf die Erklärungen der Leopoldina, wie zuletzt letzte Woche, oder auch auf den COVID-Simulator der Uni. Auf den unsäglichen Blödsinn, den die versammelte Presse des Saarlandes im Mai verbreitet hatte, als sie unter Berufung auf genau dieses Cosim-Projekt der UdS behauptete, die Landesregierung habe bis August 60.000 Tote im Saarland verhindert, hatte ich hier schon mehrfach hingewiesen.

Zurück aber zur Leopoldina, der Deutschen Akademie der Naturforscher. Selbst „Welt online“ hat letzte Woche das Papier der Leopoldina, das von Bundes- wie Landesregierungen zur Grundlage ihrer letzten Entscheidungen gemacht wurde, verrissen und ihm weitgehend jeden wissenschaftlichen Anspruch abgesprochen. Ich habe dazu auch einen aktuellen Artikel von Professor Michael Esfeld gefunden. Er ist selbst Mitglied der Leopoldina und Professor für Wissenschaftsphilosophie an der Universität in Lausanne. Er schreibt - ich zitiere mit Ihrer Erlaubnis -: „Kurz, die Evidenz und das Argument fehlen, wieso bei der jetzigen Ausbreitung des Coronavirus alles anders sein sollte als in früheren ähnlichen Fällen (wie zum Beispiel die Hongkong-Grippe von 1968 bis 1970), die allein medizinisch bekämpft wurden und durch spontane, freiwillige Verhaltensanpassung in der Bevölkerung. An all diesem zeigt sich wiederum, dass Wissenschaft stets ein Prozess der Erkenntnissuche ist, in dem es eine Pluralität von mit Vernunft vorgetragenen Stimmen gibt. Folglich kann es keine wissenschaftliche Politikberatung geben, die zentrale staatliche Planung des Lebens von Menschen mit dem damit verbundenen Zwang als ‚aus wissenschaftlicher Sicht unbedingt notwendig‘ erweist. Eine solche Behauptung ist ein eklatanter Missbrauch von Wissenschaft, und zwar durch Wissenschaftler selbst (...). Die Alternativen bestehen nicht darin, entweder nichts zu tun oder zu Notrecht zu greifen. Wenn eine Infektionswelle anrollt, die eine bestimmte Gruppe von Personen bedroht, dann passen diese und alle anderen Personen spontan ihr Verhalten an, und dann ist es Aufgabe des Staates, einen rechtlichen Rahmen zu schaffen für Solidarität mit der gefährdeten Personengruppe, um diese vor Infektion zu schützen. Aber aus deontologischer Sicht, aus Respekt vor der Freiheit und der Würde auch gerade dieser Personen muss man jedem die Freiheit lassen, selbst abzuwägen, welche Risiken sie oder er einzugehen bereit ist für ein Leben, das sie oder er als lebenswert erachtet. Niemand hat das Recht, hier Zwang zu ergreifen, seinen persönlichen Schutz absolut zu setzen und sich über die Lebensperspektiven anderer hinwegzusetzen.“

Eine effektive Kontaktnachverfolgung ist vielleicht nicht mehr möglich, sagt die Leopoldina. Auch das ist natürlich Unfug, denn eine effektive Kontaktnachverfolgung und der damit verbundene Anspruch, das Infektionsgeschehen kontrollieren zu können, war

noch nie möglich. Das liegt daran, dass zum einen nur bei einem Bruchteil der positiv Getesteten tatsächlich die Quelle der Übertragung ermittelt wird und zum anderen natürlich an der Dunkelziffer, die so dunkel ist, dass man nicht weiß, ob sie bei 3 oder bei 100 liegt. Das heißt, selbst wenn die Gesundheitsämter bei allen positiv Getesteten die Infektionskette unterbrechen könnten, würde immer noch der übergroße Anteil von infektiösen Menschen herumlaufen, die gar nicht wissen, dass sie infektiös sind und von denen es die Gesundheitsämter natürlicherweise auch nicht wissen können.

Hinzu kommt natürlich die beschränkte Aussagefähigkeit des PCR-Tests. Ein positiver PCR-Test weist das Vorhandensein gewisser RNA-Segmente eines SARS-COV-Virus nach. Ob die Person jedoch infiziert, infektiös oder krank ist, dazu kann ein PCR-Test keinerlei Aussage treffen. In der Beurteilung dieser Tatsache sind andere Landesregierungen möglicherweise schon weiter. Meine grundsätzliche Kritik an der Diskussion, die wir hier betreiben, nachdem die Verordnung eben schon in Kraft ist, erhalte ich aufrecht. Wir führen hier eine Scheindebatte, die ausschließlich dazu dient, den Menschen zu suggerieren, der Landtag hätte irgendein Mitspracherecht, was die Maßnahmen betrifft. Das ist natürlich nach wie vor nicht der Fall.

(Abg. Thielen (CDU): Quatsch!)

Ich muss hier noch anmerken, dass ich erhebliche Ungereimtheiten und Widersprüche zwischen den Zahlen des Gesundheitsministeriums zur Belegung und Verfügbarkeit der Intensivbetten und denen des DIVI-Intensivregisters gefunden habe. Das macht eine Beurteilung der Situation auf den Intensivstationen nicht leichter. Vielleicht kann die Ministerin da etwas zur Aufklärung beitragen. Als Quintessenz aus den Überlegungen verbleibt mir, die altbekannten Forderungen zu wiederholen. Erstens: Schützen Sie effektiv die Risikogruppen. Zweitens: Klären Sie die Saarländer umfassend und vor allem evidenzbasiert auf und setzen Sie auf Eigenverantwortung. Drittens: Gastronomie und Hotellerie, Einzelhandel mit Hygienekonzepten umgehend wieder öffnen! - Vielen Dank.

Vizepräsidentin Ries:

Die nächste Rednerin ist die Ministerin für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Verkehr Anke Rehlinger. - Frau Ministerin, Sie haben das Wort.

Ministerin Rehlinger:

Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Saarländerinnen und Saarländer! Wir stehen erneut schweren Herzens an dieser Stelle, auch gestern nach der Ministerratssitzung, nachdem das, was wir vorbesprochen haben, und in Umsetzung dessen, was die Ministerpräsidentinnen und die Mi-

(Ministerin Rehlinger)

nisterpräsidenten mit der Bundesregierung vereinbart haben, in Rechtsverordnungsform gegeben worden ist, weil wir vor nicht allzu langer Zeit auch hier gestanden haben und mit Ihnen über ein Maßnahmenpaket diskutiert haben, von dem wir geglaubt haben, dass es ausreichend sein könnte, um das Infektionsgeschehen ganz maßgeblich einzudämmen. Wir müssen mit Blick auf die ganz konkreten Zahlen feststellen, dass das, was wir angenommen haben - im Übrigen auch mit breiter Zustimmung hier im Haus bis auf wenige einzelne Stimmen -, was damals für richtig und notwendig erachtet worden ist, bisweilen sogar von der einen oder anderen Stimme vielleicht als zu weitgehend infrage gestellt worden ist, nicht ausgereicht hat.

Jetzt stellt sich natürlich die Frage, warum wir alle miteinander das geglaubt haben und warum es dann nicht eingetreten ist. Das kann daran liegen, dass wir vielleicht in wesentlichen Punkten geirrt haben, dass wir zwar die richtigen Annahmen hatten, aber die falschen Maßnahmen, oder es kann daran liegen, dass wir sowohl die richtige Analyse als auch die richtigen Maßnahmen hatten, aber sich nicht alle und nicht in ausreichendem Maße daran gehalten haben. Ich meine, wir können diese Frage nicht abschließend aufklären. Wir haben aber auch nicht die Zeit, sie abschließend zu diskutieren, sondern müssen jetzt schon wieder erneut handeln. Das ist auch für diejenigen, die das zu tun haben und die Verantwortung dafür tragen, nicht sehr befriedigend.

Aber der Blick in den Rückspiegel hilft nur bedingt, wenngleich ich sagen will, es ist trotzdem auch notwendig. Ich will das nicht in Abrede stellen. Aber man darf eben nicht bei diesem Blick verharren. Da wir ja eben schon viele Auto-Beispiele hatten und ich auch Verkehrsministerin bin, will ich sagen: Wer allzu lange in den Rückspiegel blickt, der hat das Verkehrsgeschehen vor sich nicht mehr im Blick und ist auch in der Gefahr, einen Totalschaden zu verursachen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Ich finde, es gibt einen weiteren Punkt, der zur Differenzierung anrät, nämlich die Frage von Selbstkritik und auch die Frage, wer sie zu üben hat, in welchem Zusammenhang, mit welchem Zwecke und bezogen auf was. Denn ich finde, es macht einen Unterschied, ob ich in meiner Selbstkritik zur Erkenntnis komme, dass ich falsch gehandelt habe trotz richtiger Erkenntnisse, die vorgelegen haben, oder ob sich im Nachhinein etwas als nicht zutreffend herausstellt, weil man es zu diesem Zeitpunkt nicht anders oder besser hätte wissen können. Letzteres trifft nach meiner Einschätzung sehr oft auf den gesamten Prozess zu, den wir miteinander durchlaufen, denn es ist auch ein Prozess des ständigen Erkenntnisgewinns. Wir haben es mit einer völlig neuen Situation zu tun. Es gibt keine Blaupau-

se, es gibt nichts Vergleichbares, das man heranziehen muss.

Ich rate uns auch sehr dazu, die Vielstimmigkeit der Wissenschaft zur Kenntnis zu nehmen, denn auch sie hat keinen Absolutheitsanspruch. Auch Wissenschaft ist eine Profession des ständigen Erkenntnisgewinns über die Länge der Zeit und manchmal auch innerhalb kürzester Zeit. Ohne, dass das als Kritik zu verstehen ist, gehört zur Erklärung der letzten Wochen und Monate dazu, dass es hier nicht nach dem einfachen Muster geht, die Politik hätte nur auf die Wissenschaft hören müssen und dann wäre alles gut geworden. Denn es ist ja heute deutlich geworden, es gibt nicht die Wissenschaft und auch die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in ihrer unterschiedlichen Positionierung haben Erkenntnisgewinne. Einiges, was heute an Entscheidungen der Vergangenheit kritisch diskutiert wird, ist damals auch auf Empfehlung von einigen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern mit auf den Weg gebracht worden. Insofern ist es ein gemeinsamer Erkenntnisgewinn, an vielen Zahlen ausgedrückt allerdings ein sehr trauriger Erkenntnisgewinn.

Das Infektionsgeschehen kann uns nicht kaltlassen, insbesondere die Zahl der Toten kann und darf uns nicht kaltlassen. 952 Tote an einem Tag in Deutschland! Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich finde, das gibt einem schon ein bisschen Gänsehaut mit auf den Weg und fordert uns alle miteinander, noch einmal gut nachzudenken, was zu tun ist und worauf wir uns konzentrieren müssen. Sehen Sie sich die Gesamtzahl an - vorgestern 18 Tote alleine im Saarland -, nicht als statistische Größe, sondern als Saarländerinnen und Saarländer mit Namen, Geburtsort, mit Familie und Freunden, Tote, die sich nicht mehr die Frage stellen, mit wie vielen sie Silvester feiern dürfen!

Ich finde, an dieser Stelle gilt allen Familien und Freunden derer, die mit oder wegen COVID-19 jetzt gestorben sind, unser Mitgefühl. Ich hoffe, dass sie mit uns zumindest das Gefühl haben, dass wir alles versucht haben, das zu verhindern. Es gehört aber auch zur bitteren Wahrheit dieser Tage, dass es nicht überall gelungen ist - für 18 Saarländerinnen und Saarländer vorgestern -, in der Gesamtschau ist es noch für mehr nicht gelungen. Aber ich hoffe, dass die Familien, die Angehörigen mit uns der Auffassung sind, dass wir alles versucht haben. In diesen Fällen ist es leider nicht gelungen. Wenigstens unser Mitgefühl ist bei den Familien und bei den Freunden.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Die Länder - im Übrigen in den unterschiedlichsten Regierungskonstellationen zusammen mit der Bundesregierung - haben auch entschieden, da die Zahlen sie nicht kalt lassen, dass man nicht auf das

(Ministerin Rehlinger)

Prinzip Hoffnung setzen darf nach dem Motto, es wird schon irgendwie gutgehen, sondern dass man jetzt noch einmal handeln muss und dass auch harte Schritte gegangen werden müssen. Es ist gar nicht mehr die Wahl, ob man es lieber jetzt macht oder ob man es irgendwann vielleicht nach Weihnachten macht, weil es jetzt nicht passend ist. Ich will auch gar nicht mehr darauf zurückgreifen, ob Weihnachten vielleicht ein guter Zeitpunkt oder ein schlechter Zeitpunkt ist. Es geht nur noch um die Frage des notwendigen Zeitpunkts. Der ist jetzt, meine sehr verehrten Damen und Herren. Wir fahren das gesellschaftliche Leben und das wirtschaftliche Leben wieder weitgehend herunter. Schulen, Einzelhandel, Dienstleistungen und vieles andere mehr ist davon betroffen.

Ich will, weil ich natürlich wie viele andere auch jetzt wieder unmittelbar darauf angesprochen worden bin - das war schon zum Zeitpunkt, als im November die ersten Schritte insbesondere für Gastronomie und Hotellerie wieder auf den Weg gebracht worden sind, ein wichtiger Punkt, mit dem ich immer wieder konfrontiert gewesen bin - darauf hinweisen, dass das, was jetzt gemacht worden ist, keine Frage von Schuld gegenüber irgendwelchen Branchen ist. Es gibt sicherlich einige, die sich nicht an die Regeln halten. Die tragen Schuld. Die tragen auch Verantwortung für das, was sie tun. Aber es geht nicht darum, bei der Auswahl der Branchen und der Bereiche unseres wirtschaftlichen oder gesellschaftlichen Lebens insgesamt ein Etikett des Schuldseins daran zu hängen und sie deshalb jetzt noch einmal mit schärferen Maßnahmen zu belegen.

Der einzige Maßstab, der in diesem Zusammenhang eine Rolle spielt, ist derjenige zu sagen, wo wir es vertreten können, dass jetzt Einschränkungen erfolgen, damit Kontaktbeschränkungen und Kontaktreduzierungen stattfinden. Das ist ein wesentliches Instrument. Die Geschäfte, die jetzt schließen müssen, haben nicht Schuld an dieser Pandemie. Auch die Friseurläden - als Beispiel einmal genommen -, die allesamt Hygienekonzepte ausgearbeitet haben und sich peinlichst genau daran gehalten haben wie viele andere auch, tragen keine Schuld und sie werden jetzt nicht quasi bestraft. Aber es sind die Bereiche, bei denen wir gesagt haben: Ja, sie können, wenn man sie jetzt schließt, einen maßgeblichen Beitrag dazu leisten, dass es zu einer massiven Reduzierung von Kontakten kommt, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Wir haben das in anderen Bereichen differenzierter und anders bewertet und beurteilt. Das war insbesondere der Bereich der Schulen und der Kitas. Ich finde das nach wie vor richtig. Ich finde es auch nach wie vor richtig, dass wir das sehr differenziert machen. Es ist keine Abkehr von dem, was wir für richtig erachtet haben, sondern es ist das differenzierte, richtige Vorgehen in diesem Zusammenhang.

Es ist nicht nur eine sprachliche Finesse, wenn wir jetzt sagen, wir schließen nicht die Schulen, sondern wir erlassen den Eltern, den Schülerinnen und Schülern die Präsenzpflcht. Es wird weiterhin Hausaufgaben geben. Die werden zu Hause erledigt werden können. Ich habe meinen Kleinen heute Morgen auch zu Hause gelassen, wie viele andere Saarländerinnen und Saarländer das heute Morgen auch getan haben. Es ist die Klugheit dieser Maßnahme, dass sie sich eben nicht in einer bloßen Schulschließung ausdrückt, damit viele andere, die das vielleicht auch gerne gemacht hätten, die aber keine andere Betreuungsmöglichkeit haben, jetzt nicht in die Bredouille gebracht werden, bei ihrem Arbeitgeber anrufen zu müssen - als Verkäuferin, als Busfahrer oder als Pflegekraft -, um zu sagen, dass sie keine Lösung für die Betreuung ihres Kindes haben, sondern diese Kinder haben kontaktreduziert, weil es sicherlich nicht so viele sein werden, so eine gute Möglichkeit, bis die Eltern wieder zu Hause sind.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich finde, das ist ein außerordentlich kluger Ansatz, gemessen am Idealzustand, den wir alle gerne hätten, natürlich ein Weniger, aber gemessen an dem, was zu tun ist, und gemessen an dem, was man mit dem, was man tut, auch an negativen Folgen verhindern kann, ein außerordentlich kluger Ansatz, meine sehr verehrten Damen und Herren. Er ist in sich konsistent. Die Bildungsministerin hat ihn vorgelegt. Ich finde ehrlich gesagt, die öffentliche Auseinandersetzung mit diesen hochschwierigen Fragen ist teilweise nicht angemessen, denn das, was sie zu entscheiden hat, ist nicht monothematisch.

Es geht nicht nur um die Interessen eines Einzelnen, es geht um das Interesse des Ganzen, um das Wohl der Kinder, natürlich auch von Lehrerinnen und Lehrern. Dies zusammenzubringen, ist die große Kunst. Ich finde, sie hat es geleistet. Einen herzlichen Dank an Christine Streichert-Clivot.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Insofern - ich knüpfe noch einmal an - ist nicht das Kriterium schuld, wenn es um diese Maßnahmen geht. Wenn es überhaupt irgendeine Schuld an der Pandemie gibt und auch an den Schließungen, dann ist die Schuld bei einem tückischen Virus zu sehen. Es ist ein Virus, das keine Nachlässigkeit und auch keine falsche Nachsicht duldet, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Vieles davon - ich habe das schon oft gesagt - fühlt sich unfair an. Ich gehe sogar so weit zu sagen, es ist ein Teil davon auch unfair und ungerecht. Aber gemessen an der Aufgabe, die wir zu leisten haben, sind Schuld und vielleicht auch Binnengerechtigkeit nicht der Maßstab aller Entscheidungen. Dem muss man sich nähern, aber es ist kein Absolutheitsanspruch, denn es geht um etwas deutlich Wichtigeres, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Ministerin Rehlinger)

Ich finde es, um ehrlich zu sein, etwas unangemessen, wenn es von der AfD als ein dahinplätschern des Ziel beschrieben wird. Denn unser Ziel an dieser Stelle ist, dafür zu sorgen, dass die Krankenhäuser nicht überlastet sind, dass die Gesundheitsbehörden in der Lage sind, Nachverfolgung zu gewährleisten, und dass Ärzte eben nicht entscheiden müssen, wer überlebt, meine sehr verehrten Damen und Herren. Ich weiß nicht, ob Sie eben die Nachrichtenlage mitverfolgt haben. Das ist nicht irgendetwas, das wir hier, um Angst zu machen, an die Wand malen, sondern das ist etwas, was in diesen Stunden auch in Deutschland passiert. In Sachsen wurde jetzt zum ersten Mal die Triage angewandt. Ich will nicht, dass das hier im Saarland passiert, meine sehr verehrten Damen und Herren. Und das ist unsere Aufgabe.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Das ist im Austarieren der Maßnahmen nicht einfach. Es ist, um ehrlich zu sein, auch hochgefährlich. Denn ich glaube, dass es bei der Entwicklung dieser Pandemie - am Ende ist auch die Entwicklung dieser Pandemie irgendwann eine Rechenaufgabe - einen Kipppunkt gibt. Wenn man den erreicht oder überschritten hat, wird man nicht mehr in der Lage sein, Maßnahmen zu ergreifen, um Dinge, die man vielleicht zu wenig oder zu spät gemacht hat, nachzuholen. Das ist die ganz große Gefahr, meine sehr verehrten Damen und Herren. Dessen müssen wir uns bei unseren Entscheidungen immer bewusst sein. Trotzdem gibt es Zuversicht. Das will ich auch sagen. Wir schärfen die Maßnahmen nach, stets und ständig, und ja, manchmal auch, wenn vorher angemahnt worden ist. Wir sind auch noch nicht fertig mit dem Justieren dieser Maßnahmen, egal, an welcher Stelle. Viele Punkte sind dazu genannt worden, auch von den Gesundheitspolitikern.

Einer dieser Punkte ist das Thema Impfen. Die Nachrichten, die uns gestern zum Impfstoff erreicht haben, sind sehr ermutigend: Eine frühere Zulassung als gedacht mit der Möglichkeit, auch früher in das Impfgeschehen einzusteigen. Ich halte das für eine wirklich gute Botschaft. Allerdings müssen wir etwas aus diesem Umstand machen. Auch das ist wieder ein Punkt, der am Ende nicht eindimensional zu betrachten ist und der auch einer Abwägung von Risiken zugeführt werden muss. Bei allem Bewusstsein darüber, dass man das tun muss, und bei aller Notwendigkeit, diese Abwägungskriterien transparent zu machen, sind wir am Ende alle miteinander gefordert, für das klare Abwägungsergebnis - für mich persönlich ist das Abwägungsergebnis klar und geht in eine bestimmte Richtung - einzustehen und dann, wenn die Abwägung vorgenommen ist, auch dazu zu stehen und die Menschen nicht in Unsicherheit zurückzulassen. Denn an der Stelle ist Nichtstun möglicherweise das Falsche. Auch das müssen wir wissen.

Es gibt natürlich keine Impfung, die nicht auch ein Restrisiko in sich trägt. Ich glaube aber, dass das Verfahren, das hier gewählt worden ist, die größtmögliche Gewähr dafür bieten kann, dass genau diese Risiken überprüft worden sind. Es sorgt damit für ein Höchstmaß an Akzeptanz. Die Festlegung der Reihenfolge tut dies ebenfalls. Auch wenn wir, die wir hier sitzen, nach den Empfehlungen der Kommission nicht zu den Ersten gehören werden, die geimpft werden, sollten wir doch zu den Ersten gehören, die dafür werben. Ich habe schon gelesen und gehört, dass Leute sagen: „Geht ihr Politiker doch mal zuerst, dann schauen wir, ob das funktioniert!“ - Ich mache das gerne, denn es wäre sicherlich sehr plausibel, das so zu tun, aber umgekehrt sollten wir uns auch nicht dem Vorwurf aussetzen, dass wir uns die Impfung zuerst nehmen, bevor der Rest der Bevölkerung geimpft wird. Es gibt gute Gründe, nicht zur ersten Gruppe zu gehören. Menschen über 80, Menschen in Pflegeeinrichtungen und in Krankenhäusern, die ein deutlich größeres Risiko tragen, infiziert zu werden, sollten zu denjenigen gehören, die als erstes in den Genuss einer Impfung kommen, meine sehr geehrten Damen und Herren!

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Das Folgende will ich ansprechen, weil es meiner Meinung nach zu einem ehrlichen Ausblick dazugehört: An die Maßnahmen, die jetzt ergriffen worden sind, können wir keinen festen Datumsmarker setzen. Die November-Hilfen hießen so, weil sie eigentlich nur für Maßnahmen gelten sollten, die im November ihre Wirkung entfalten sollten. So sehr es das Bedürfnis gibt zu wissen, wann das alles endlich ein Ende hat, so wenig Grundvertrauen erzeugt es, wenn die Aussagen, die dazu gemacht worden sind, selten zutreffen. Deshalb ist es gut, im Januar zu schauen, wo wir stehen. Die gemachten Erfahrungen der Vergangenheit geben vielleicht einen Hinweis darauf, dass nicht am 10. Januar der Tag sein wird, an dem wieder alles zurückgedreht wird. Wenn man sich die Reihenfolge der Ereignisse anschaut und sieht, was für ein Infektionsgeschehen daraus entstehen kann, dann wird der Ablauf eher so sein, dass in der ersten Januarwoche ein schwieriges Infektionsgeschehen zu erwarten sein wird. Ich würde mich natürlich freuen, wenn ich an dieser Stelle Unrecht hätte. Auf dieser Grundlage wird es aber schwierig zu sagen, dass man fünf Tage später wieder anfängt, alles zurückzudrehen. Trotzdem sollten wir uns in der Lage sehen, es zu tun, wenn es so ist. Ich finde es aber nicht gut und nicht fair, wenn man das verspricht.

Wichtig ist jedoch, dass diejenigen, die dafür Verzicht üben, anständig entlohnt werden sollen. Ich glaube auch, dass es die Verantwortung gibt, nicht zu früh zu lockern, denn ehrlich gesagt sollten wir alle miteinander alles dafür tun, dass wir nach vorge-

(Ministerin Rehlinger)

nommenen Lockerungen nicht ein drittes Mal hier stehen, um wieder zu sagen, dass wir in dem Maß wie heute in das gesellschaftliche und wirtschaftliche Leben eingreifen müssen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich will alles dafür tun, dass wir nicht noch einmal in eine solche Situation hineingeraten.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Was jetzt sowohl für den privaten Bereich als auch für die Wirtschaft stattfindet, ist einschneidender als vieles, was wir bislang im Verlauf dieses Jahres erlebt haben. Ich will für den Bereich der Wirtschaft einige Anmerkungen machen, denn ich glaube, das wird in den nächsten Tagen für viele Saarländerinnen und Saarländer wichtig und von Bedeutung sein. Neben den grundsätzlichen Fragen, den wissenschaftlichen, ethischen und moralischen Fragen, die wir miteinander zu diskutieren haben, haben Saarländerinnen und Saarländer in den nächsten Tagen schlicht ein paar praktische Fragen zu beantworten. Auch damit sollten wir sie nicht alleine lassen. Ich finde es deshalb gut, dass in der Regierungserklärung mit einer Reihe von Beispielen gearbeitet worden ist, wie man den Verordnungstext auf seine Familie anwenden kann, dass man durchdeklinieren kann, wie man das zu Hause macht. Ich finde es wichtig, dass darauf hingewiesen worden ist, dass das Maximale, was laut Verordnung möglich ist, nicht tatsächlich ausgereizt wird. Für einige wird es so sein, für andere wird es vielleicht Möglichkeiten geben, die sich unterhalb dieser Schwelle bewegen.

Mit Blick auf das, was jetzt in den Geschäften stattfindet, ist Folgendes wichtig: Die Lebensmittelversorgung im Saarland wird gesichert sein. Es braucht niemand Hamsterkäufe vorzunehmen. Es wird vielleicht an der einen oder anderen Stelle so sein, dass sich längere Schlangen vor einem Geschäft bilden. Das wird sicherlich nicht auszuschließen sein. Auch da muss man im Übrigen Abstand halten, das gilt nicht nur im Geschäft. Wir haben mit den Maßnahmen versucht, auch dafür Vorsorge zu treffen. Die Ausweitung der Öffnungszeiten ist eine solche Maßnahme, aber eine nicht ganz einfache, um das ganz deutlich zu sagen. Sie verlangt einigen, nämlich den Verkäuferinnen und Verkäufern, die in dieser Krise, wie ich finde, bislang sehr klaglos ihre Aufgabe erledigt haben, sehr viel mehr ab. Ich möchte hinzufügen, dass die Verkäuferinnen und Verkäufer ihre Aufgabe beispielgebend für andere Berufsgruppen erfüllt haben. Auch die Verkäuferinnen und Verkäufer haben Familien, sie haben Kinder, die zu Hause auf sie warten. Sie werden aber erst zu ihren Familien zurückkommen, wenn die Kinder wahrscheinlich schon schlafen.

Ich finde, man sollte bei aller Notwendigkeit zur Ausweitung der Ladenöffnungszeiten aus Infektionsschutzgesichtspunkten sehr bedacht von dieser Op-

tion Gebrauch machen. Das haben wir. Wir haben eine Öffnung bis 22.00 Uhr, was im Übrigen auch schon einfach deshalb sinnvoll ist, weil es in Rheinland-Pfalz bereits so ist. Wir wollen ja nicht noch einen Einkaufstourismus über die Grenze befördern. Gleichzeitig ist die Vorgabe, dass man nicht nur die Öffnungszeiten nach hinten verlängert, sondern die Gesamtstunden der Öffnung erhöht. Nur dann darf man von dieser Maßnahme Gebrauch machen. Das bedeutet: Wenn ich länger als bis 20.00 Uhr öffnen will, muss ich meine Verkaufszeit auch nach vorne ausweiten. Ansonsten bringt die Maßnahme relativ wenig, wenn man das Einkaufsgeschehen entzerren will. Ich finde, das ist eine gute Regel, die Reinhold Jost als zuständiger Minister auf den Weg gebracht hat.

Mindestens genauso wichtig ist die Botschaft, die mit der Tatsache verbunden ist, dass die Ausweitung dieser Öffnungszeiten nicht über Gebühr stattfindet, sondern bis zum 02. Januar befristet ist. Das ist genau der Zeitraum, für den wir unter Einbeziehung der Lage der Feiertage und Wochenenden definitiv damit rechnen müssen, dass es ein erhöhtes Kundenaufkommen gibt. Gleichzeitig sollen die Verkäuferinnen und Verkäufer nicht überfordert werden. Das ist ein Beispiel dafür, wie man Notwendigkeiten Rechnung trägt, wobei man aber diejenigen, die man dazu braucht, nicht über Gebühr fordert. Lieber Reinhold, das ist ein guter Vorschlag. Ich glaube, wir können sagen, wenn die Unternehmen und Betriebe das mit ihren Beschäftigten anständig verhandeln, auch bei der Frage, wer was davon hat, ist das ein wohlabgewogener Vorschlag.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Wir haben darüber hinaus die Frage der Sortimentsbeschränkung relativ breit gefasst. Ich spreche das an, weil dieser Punkt im Frühjahr zu vielen Diskussionen geführt hat. Zu entscheiden, wo ich den Vorhang an den Regalen im großen Lebensmitteleinzelhandel anbringe, führt im Zweifelsfall nicht zu einer besseren Situation. Ich will sagen, warum ich diese Maßnahme für vertretbar halte: Weil wir es ermöglicht haben, dass alle Geschäfte, die ab heute geschlossen haben, über Telefonanrufe oder über Onlineshops, die vielleicht eingerichtet sind, einen Bring- oder Abholservice einrichten können. Ich will plastisch schildern, was der Umkehrschluss bedeutet hätte: Möglicherweise hätte der große Lebensmitteleinzelhandel zum Beispiel keine T-Shirts mehr verkaufen dürfen, sie hätten abgehängt werden müssen. Andere Geschäfte, die eigentlich geschlossen sind, hätten sie jedoch verkaufen dürfen, zumindest über den Onlineshop oder wenn man sie abholt. Ich glaube, das wäre eine Verwerfung gewesen, die zu Diskussionen geführt hätte. Wir haben hier ein klares Ergebnis. Die Fahrt zum Lebensmitteleinzelhändler ist ja nicht zusätzlich. Ich erwähne dies, damit all die Erwägungen, die wir dazu ange-

(Ministerin Rehlinger)

stellt haben, nachvollziehbar werden. Ich hoffe, damit wird auch deutlich, dass es nicht alles nur Federstriche sind, mit denen wir innerhalb von 30 Sekunden alles entschieden haben, sondern dass wir die Dinge sehr praxisnah miteinander besprechen.

Im Übrigen möchte ich hier meinen Dank aussprechen, denn wir haben dies auch mit starker Rückkopplung aus der Branche tun können. Ich habe am Sonntag eine ganze Reihe von Telefonschalten mit Einzelhändlern, Verbandsvertretern und so weiter gemacht, damit wir die Dinge nicht an der Branche vorbei entscheiden, sondern damit wir wichtige Erwägungen von dort mit einbeziehen können.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Ich habe eben über Onlineshops des stationären Einzelhandels gesprochen. In eine breite Debatte gehört die Frage, was mit den großen Onlineriesen zu tun ist. Einer wurde namentlich genannt. Ich habe schon bei der letzten oder vorletzten Plenardebatte breite Ausführungen dazu gemacht, was man meiner Meinung nach dort tun muss. Ich will es deshalb nur in aller Kürze wiederholen: Ich glaube, dass wir uns für die Zukunft nicht leisten können, dass ausschließlich einige in einem weltweit vernetzten Handel Profite generieren, die aber auf der anderen Seite genauso wie alle anderen darauf angewiesen sind, dass Sicherheit und Ordnung im Land herrschen, dass es ausgebildete Fachkräfte gibt, dass erschlossene Industrie- und Gewerbegebiete vorhanden sind, dass die Straßen in Ordnung sind, damit Logistik stattfinden kann. Dann geht es aber nicht, dass sie so gut wie gar nichts in den Topf reinlegen, aus dem all das finanziert wird. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist keine gerechte Aufgabenteilung, das hat nichts mit Steuergerechtigkeit zu tun, sondern das sind Regelungen, die auf den Prüfstand gehören. Jetzt haben wir erst recht einen Anlass dafür, diese Debatte zu führen.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Ich gebe den ausdrücklichen Hinweis, dass wir alleine es nicht regeln können. Das wird nicht ausreichen. Ich finde, an dieser Stelle ist die Europäische Union gefragt. Wenn es alleine nicht funktioniert, dann verweise ich auch auf Frankreich, wo man bereits einen Schritt nach vorne getan hat. Als nächstes wäre in Deutschland ein guter Schritt nach vorne zu machen, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Saarländerinnen und Saarländer, auch in diesen Tagen haben wir wieder Weihnachtskarten geschrieben. Wenn wir uns treffen, natürlich nicht zahlreich und vor allem mit Abstand, wünschen wir uns ein gutes Weihnachtsfest und ein gutes neues Jahr. Wir müssen heute sicherlich feststellen, dass der Wunsch des

letzten Jahres, nämlich ein gutes Jahr 2020 zu haben, nicht in Erfüllung gegangen ist. Wir können hoffen und vor allem als Politik viel dafür tun, dass die Wünsche, die wir jetzt aussprechen, für die Saarländerinnen und Saarländer im kommende Jahr 2021 besser und umfänglicher in Erfüllung gehen.

Dafür müssen wir auch weiterhin bereit sein, harte Maßnahmen zu entscheiden. Dies tun wir gerne selbstkritisch im Rückblick, vor allem aber mit Ausblick und mit Weitblick. Wir müssen uns an die Kontaktbeschränkungen halten, wir dürfen in der Verordnung nach nicht einem Schlupfloch suchen, das man für sich persönlich definiert, nach dem Motto: „Nur ich mache das, sonst niemand, deswegen kann es ja nicht so schlimm sein.“ - Wir müssen uns wirklich überlegen, ob wir uns immer im großen Kreis treffen müssen oder ob es nicht auch die kleine Runde tut. Es gilt, an Weihnachten die Kontakte auf ein soziales Minimum zu reduzieren. Ich will das als Zeichen der Solidarität verstanden wissen mit denjenigen, die vielleicht auch gerne ihre Kontakte auf ein Minimum reduzieren würden. Wir haben über die Verkäuferinnen und Verkäufer gesprochen, über die Pflegekräfte und diejenigen, die in den Krankenhäusern oder jetzt auch in den Impfzentren arbeiten. Es ist auch ein Zeichen der Solidarität mit ihnen. Ich finde es gut, dass wir bei aller Kontaktbeschränkung geregelt haben, dass Einrichtungen der Obdachlosenhilfe, die Suppenküche oder der Kältebus in den nächsten Tagen und Wochen ihre wichtige Arbeit für diejenigen erfüllen können, die keine Alternative haben, als auf diese Unterstützung zurückzugreifen. Deshalb an diejenigen, die das organisieren, ein herzliches Dankeschön!

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Dies ist auch Ausdruck dessen, dass Kontaktvermeidung nicht soziale Kälte bedeuten muss. Vielleicht hat der eine oder andere auch einmal das Bedürfnis, sich eben nicht nur darüber zu unterhalten, wer an Weihnachten nicht kommen durfte, sondern auch einmal diejenigen anzurufen, die vielleicht gar nicht gekommen wären, die man gar nicht eingeladen hätte, von denen man aber weiß, dass sie ziemlich alleine zu Hause sitzen.

Weihnachten ist immer auch eine Zeit der Besinnlichkeit. Ich habe für mich persönlich den Eindruck, dass mir die Bedeutung des Begriffes nie bewusster war als in diesen Tagen. Ich finde, wir sollten in diesem Jahr die Zeit der Besinnlichkeit mehr als je zuvor auch leben, denn wir sollten uns auf das besinnen, was wirklich wichtig ist, nämlich auf unsere Gesundheit und auf die Gesundheit der Mitmenschen. Lassen Sie uns dieses Jahr an Weihnachten gemeinsam daran denken! Herzlichen Dank, alles Gute!

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Vizepräsidentin Ries:

Vielen Dank, Frau Ministerin. - Als nächste Rednerin folgt Jutta Schmitt-Lang von der CDU-Landtagsfraktion.

Abg. Schmitt-Lang (CDU):

Sehr verehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In der letzten Woche stand ich an dieser Stelle mit den Worten, dass 2020 auch in Erinnerung bleiben wird als das Jahr der Wissenschaft, weil - ich zitiere mich nun quasi selbst - Politik, Gesellschaft, Medien, weil wir alle angesichts dieser Pandemie so offen für die Worte der Forscherinnen und Forscher sind und so stark auf diese Ergebnisse und wissenschaftlichen Erkenntnisse vertrauen - zumindest die meisten von uns. Ich sage ausdrücklich, dass wir vertrauen müssen. Denn die Wissenschaft - bleiben wir in dem viel bemühten Seefahrer-Bild des heutigen Tages - ist in diesem schwierigen Jahr unser Kompass. Sie ist unser Kompass, wenn es darum geht, wie die Prognosen für die kommenden Tage und Wochen aussehen, welche Szenarien auf uns zukommen, wenn wir an Stellschrauben drehen oder es eben nicht tun. Wir vertrauen auf sie, weil die besten Wissenschaftler Deutschlands und des Saarlandes mit ihrer wichtigen Arbeit dafür sorgen, dass der Impfstoff, das einzig wirklich wirksame Mittel in dieser Pandemie, in unmittelbarer Reichweite ist. Egal, ob wir Gegenwind bekommen und Rückschläge einstecken müssen wie vielleicht gerade heute oder ob wir Rückenwind haben und es gute Entwicklungen gibt, die wir in dieser Phase ja auch schon hatten, was noch gar nicht so lange her ist, wir tun gut daran, den Kompass immer im Blick zu haben.

Natürlich muss man den Bürgern in dieser Situation die Information zumuten, dass wir auf Sicht fahren. Das bestreitet niemand. Das ist bei schwerer See in einer weltweiten Pandemie auch gar nicht anders möglich, aber - und da möchte ich einigen Aussagen von Kollegen hier im Hause der letzten Tage und Wochen deutlich widersprechen - wir stochern nicht im Nebel! Teil unseres Kompasses im Saarland sind Professor Lehr und sein Team, der COVID-Simulator wurde heute schon mehrfach angesprochen. Er zeigt passgenau die Szenarien für uns, für andere Bundesländer, den Bund, ja auch für andere Länder wie Frankreich, Spanien oder die USA. Er zeigt eindrücklich, was uns bevorsteht, wenn wir an diesem Punkt weiterfahren und nicht einlenken.

Die Fakten sind eindeutig. Der R-Wert lag in dieser Woche bei 1,35. Das sind 100 Menschen, die 135 andere Menschen anstecken. Mathematik! Noch vor einer Woche lag dieser Wert bei 1,01. Die Zahl der Todesfälle hat sich im letzten Monat verdoppelt, Stand gestern waren es im Saarland 354. Wir haben

heute gehört, dass wir in Deutschland innerhalb von 24 Stunden knapp 1.000 Tote zu verzeichnen hatten. Die 7-Tage-Inzidenz, auch wenn Herr Lafontaine den Begriff nicht mag, kratzt an der 200er-Marke. Natürlich schauen wir auch auf diesen Wert, denn anhand der Inzidenz ist ziemlich treffsicher vorherzusagen, wie viele Menschen vier Wochen später in unseren Krankenhäusern liegen. In diesen Punkten sind die Prognosen von Professor Lehr verlässlich. Sie bilden ab, welche Entwicklung die Pandemie nimmt, wenn bestimmte Bedingungen eingehalten werden oder wenn Maßnahmen nicht ausreichend greifen. Seine Erkenntnisse sind offen einsehbar. Das ist keinesfalls Hoheitswissen, das ist Spitzenforschung, die für jeden zugänglich ist. Deswegen ist es mir so unerklärlich, warum manch einer in dieser Debatte so tut, als würde bei den Corona-Maßnahmen gewürfelt, gerade wie man möchte.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Nun werden aus heutiger Sicht und mit Blick auf die steigenden Werte die Rufe laut, dass man den Kurs früher hätte anpassen und eine härteres Vorgehen hätte einschlagen können. Allen voran unsere Bundeskanzlerin, aber auch unser Ministerpräsident haben immer gesagt, auch hier an dieser Stelle, dass ein Lockdown light nur Erfolg haben kann, wenn alle ihn so ernst nehmen, dass wir die Kontakte auf ein Minimum reduziert bekommen. Ich erinnere daran, dass die Bundeskanzlerin noch vor wenigen Wochen nicht nur belächelt, sondern sogar scharf kritisiert wurde dafür, dass sie davon sprach, dass wir an Weihnachten 19.000 Neuinfektionen haben werden. Man hat ihr Panikmache vorgeworfen. Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, diesen Wert haben wir in den letzten Wochen mehrfach um einiges gerissen. Das war keine Panikmache, das war Mathematik! Auch hier hat unser Kompass, die Wissenschaft, von Anfang an aufgezeigt, dass zwar eine reelle Chance besteht, dass wir eine Trendumkehr mit diesen Maßnahmen schaffen könnten, dass es aber ein schmaler Grat ist und dass das Risiko besteht, dass die Maßnahmen nicht ausreichen, sondern dass sie nur aufgehen können mit einem hohen Maß an Selbstbeschränkung.

Ich glaube, niemand hier im Raum und im Land hat nicht gehofft, dass wir es schaffen, mit den mildereren Einschränkungen einen längerfristigen Erfolg zu erreichen. Das zeigt aber nur eines, liebe Kolleginnen und Kollegen: Niemand hat diesen Umweg, den wir nun mit einem harten Lockdown einschlagen, gewollt. Wir haben viel darangesetzt, um die Schulen und Kindergärten, die Läden und Betriebe so offenzuhalten wie bisher, obwohl die Wissenschaftler schon gemahnt und immer eindringlicher gewarnt haben, weil es eben andere Grundrechte und berechnete Interessen gibt, die es immer in die Waagschale zu werfen gilt.

(Abg. Schmitt-Lang (CDU))

Eines ist klar: Der Kompass zeigt die Richtung. Welchen Weg das Schiff wählt und welches Risiko das Schiff eingeht, um zum Ziel zu kommen, ist eine Entscheidung, die der Kapitän und die Besatzung mit Blick auf die Gesamtlage gemeinsam treffen müssen. Diese Entscheidung macht sich ganz sicher keiner leicht. Warum sollten wir also jetzt den Weg anpassen? - Weil die Wissenschaft nicht mehr nur mahnt und warnt. Die Kanzlerin hat es so formuliert: Sie fleht. Von der Leopoldina bis zu den führenden Virologen Deutschlands - die Quelle „Welt online“ lasse ich an dieser Stelle einmal weg - sagen ganz deutlich: Wenn wir jetzt nicht handeln, kommen wir vom Kurs ab. Auch hier können wir auf das Saarland schauen. Der COVID-Simulator von Professor Lehr sagt unmissverständlich: Wenn wir es weiterlaufen lassen, haben wir die 300er-Inzidenz an Weihnachten, die 400er-Inzidenz an Silvester mit den vier Wochen zeitversetzt eintretenden Konsequenzen für Krankenhäuser und die Sterberate. Die Situation wird dann unweigerlich aus dem Ruder laufen.

Herr Lafontaine will sich andere Aspekte anschauen als den Inzidenzwert, beispielsweise das Thema Test. Ich verstehe nicht ganz, welche Information da fehlt. Bei 100 Tests gibt es zehn positive Ergebnisse. Das ergibt die gleiche Linie wie bei 1.000 Tests mit 100 positiven Ergebnissen. Die Kurve bleibt gleich. Diese schöne Kurve haben wir jeden Tag in unserem Überblick, der uns zugeschickt wird. Dieses Bild ist sonnenklar.

Zweitens haben Sie, Herr Lafontaine, in der letzten oder vorletzten Sitzung das Thema Todeszahlen ganz allgemein angesprochen. Sie wollen, dass wir stärker auf die Todeszahlen schauen. Davon haben Sie heute so nicht mehr gesprochen, wahrscheinlich deswegen, weil der Blick auf die Todeszahlen allgemein heute sehr düster ist und als Argumentation in dieser Hinsicht nicht mehr hilft. Heute wollen Sie die Todeszahlen differenzierter betrachten. Aber wenn wir das dann tun, wollen Sie wieder etwas anderes betrachtet haben. Im Moment sprechen doch alle Zahlen die gleiche Sprache: Die Situation ist dramatisch!

(Zuruf des Abgeordneten Lafontaine (DIE LINKE).)

Erkennen Sie doch einmal an, dass all diese Punkte auch in die Überlegungen unserer Politiker mit einbezogen werden, dass das nichts ist, was irgendwo in der Ecke liegt und darauf wartet, entdeckt zu werden. Sie haben über die Sterblichkeit und die Übersterblichkeit gesprochen. Das Ausmaß der absoluten Übersterblichkeit kann man nur in Abhängigkeit von der Entwicklung der Ausbreitung berechnen. Aktuell sind die Prognosen klar. Die Sterblichkeit wird bei COVID mit 1,7 bis 2,2 auf 100 Personen höher bewertet verglichen mit 0,5 auf 100 Personen bei einer Grippewelle. Die Ausbreitung ist offenkundig bei unserem Virus höher. Deshalb ist die Sterblichkeit eine

hohe Bedrohung. Wir werden sicherlich noch einmal darauf schauen, aber zum jetzigen Zeitpunkt ist die Lage einfach klar: Egal, welche Zahlen Sie sich anschauen wollen, die Situation ist bedrohlich.

(Beifall von den Regierungsfraktionen.)

Ich will an dieser Stelle mit Blick auf die Rechenbeispiele auch ein paar Worte zu den Kindertageseinrichtungen und Schulen sagen. Wir haben es vorhin gehört, wir alle haben es betont, die stellvertretende Ministerpräsidentin, der Ministerpräsident, der Fraktionsvorsitzende, die Redner. Es war und ist unser erklärtes Ziel, die Bildungseinrichtungen so lange wie möglich im Präsenzunterricht zu halten. Man hätte sich an der einen oder anderen Stelle mehr Flexibilität und mehr Umsetzung vor Ort gewünscht, aber die Grundsatzentscheidung für offene Schulen war und ist richtig. Warum ist es aber richtig und wichtig, wenn wir doch immer davon sprechen, dass Kinder nicht so infektiös sind, dass auch hier konsequent auf die veränderte Lage reagiert wird und Einschränkungen vorgenommen werden? - Auch wenn das Geschehen in den Schulen in den letzten Monaten noch weitgehend überschaubar war, ist es doch so: Je mehr Menschen sich infizieren, desto mehr Kinder infizieren sich natürlich auch.

Ein einfaches Beispiel aus meinem Landkreis macht es deutlich: Zehn Corona-Fälle an der Gemeinschaftsschule in Mandelbachtal lautete die Nachricht der letzten Woche. Das ist eher Ausnahme, meistens sind es weniger Fälle, aber ein solcher Fall macht es sehr gut deutlich. Auch oder gerade wenn die meisten Kinder symptomfrei sind, bedeutet das potenziell 20 Opas, 20 Omas, die an Weihnachten unterm Tannenbaum angesteckt werden können, Väter, Mütter, Onkel und Tanten nicht mitgerechnet. Ein solches Geschehen, gerade weil Kinder öfter symptomfrei sind, wird vielleicht nicht entdeckt und es kommen noch zehn bis 15 Klassenkameraden in diesem einen Fall hinzu. Dann kann sich jeder die Zahl von Opas, Opas und weiteren Familienmitgliedern ausrechnen. Deshalb war es in dieser Situation auch unumgänglich, keine weiteren Lockerungen für die Feiertage zuzulassen. Wir müssen - dazu forscht Frau Professors Smola mit ihrem Team, sie ist ebenfalls Teil unseres Wissenschaftskompasses - von einer Dunkelziffer ausgehen, die umso stärker ins Gewicht fällt, wenn die gesamten Fallzahlen steigen.

Auch wenn solche Fälle an den Schulen nicht die Regel sind, gerade in der aktuell und immer angespannteren Situation ist das ein Risiko, das wir nicht eingehen können und dürfen. Ja, es gibt Probleme beim Umstellen auf den digitalen Unterricht. Das ist auch eine Mammutaufgabe. Klar ist aber, dass die Schulen jetzt Unterstützung durch ein tragfähiges Konzept des Wechselunterrichts für solche Ausnahmesituationen brauchen. Ja, jetzt müssen die Plattformen auch bei voller Auslastung funktionieren. Die Probleme, die jetzt auftreten, müssen behoben wer-

(Abg. Schmitt-Lang (CDU))

den. Alle Experten im Bereich der Digitalisierung und der digitalen Bildung müssen an Bord, wir haben entsprechende Vorschläge gemacht. Aber daran, dass die Bildungseinrichtungen in dieser bedrohlichen Situation nicht einfach normal weitermachen konnten, besteht kein Zweifel.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Machen wir uns nichts vor, die Erfahrung der Wissenschaft macht klar, dass uns auch mit Lockdown die Spitze der aktuellen Entwicklung im Bereich Krankenhausfälle, Sterbefälle und so weiter erst im Januar bevorsteht. Eine Verdopplung der Zahlen auf den Intensivstationen und eine Verdopplung der Todesfälle stehen bevor, auch wenn wir jetzt entschieden handeln. Ich betone es noch einmal: Diese Erkenntnis ist für jeden leicht nachvollziehbar. Das ist Mathematik. Von denen, die jetzt infiziert sind, werden unweigerlich einige nach dem Jahreswechsel in den Krankenhäusern liegen. Diese Uhr kann man nicht zurückdrehen. Wenn wir aber nichts tun, läuft uns diese Entwicklung davon. Ich bin sicher, auch wenn die anstehenden Maßnahmen schmerzen, die übergroße Mehrheit der Saarländerinnen und Saarländer ist sich der Notwendigkeit der Maßnahmen absolut bewusst, versteht ihre Notwendigkeit und trägt sie mit.

In der Debatte der vergangenen Tage und Wochen war auch immer wieder zu hören: „Na, wenn der Lockdown light nicht mehr gebracht hat, hätte man ihn ja auch bleiben lassen können. Das hat eh nix genutzt“. - Falsch! Umgekehrt wird ein Schuh daraus: Ohne diese Einschränkungen in den vergangenen Wochen wären wir schon viel früher und viel rasanter auf eine solche Entwicklung zugelaufen. Das alles ist mühsam, und es gibt in dieser Pandemie keinen einfachen, keinen leichten Weg. Das ist Fakt, und das müssen wir den Leuten auch sagen, meine lieben Kolleginnen und Kollegen.

Deshalb sage ich es noch einmal: Ja, wir fahren auf Sicht. Aber wir haben ein gemeinsames Ziel - zumindest einige von uns; andere suchen das Ziel noch. Aber der größere Teil dieses Hauses hat ein gemeinsames Ziel: diese Pandemie gemeinsam durchzustehen. Negieren wir die wissenschaftlichen Fakten, werfen wir unseren Kompass also ins Meer, dann - und ich betone: nur dann! - stochern wir wirklich im Nebel und fahren mit voller Fahrt auf den nächsten Eisberg zu.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Zu sagen, die Wissenschaft sei unser Kompass, bedeutet natürlich nicht, die Diskussionen, die es gibt, abzuschneiden oder auch der Wissenschaft blind folgen zu müssen. Das heißt nicht, dass es keine Unwägbarkeiten gäbe. Natürlich gibt es bisweilen Widersprüche, natürlich überholen sich Erkenntnisse auch. Ich sagte das hier auch schon: Genau das ist das Wesen der Wissenschaft. Aber kaum jemals zu-

vor war sich nahezu die komplette Wissenschaftswelt, die in diesem Bereich forscht, so einig.

Eines, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, dürfen wir nicht vergessen: Deutschland hat mehr als 80 Millionen Menschen an Bord. Stellen wir fest, dass wir eben nicht alles bis ins letzte Detail planen können. Können wir eben keine zu 100 Prozent eintreffenden Versprechen für den Januar, den Februar, den März machen, so ist das keineswegs der Fehler der Wissenschaft. Das liegt vielmehr vor allem daran, dass diese 80 Millionen Menschen auch mitmachen müssen. Das liegt daran, dass es unter diesen 80 Millionen auch Menschen gibt, die im Rahmen ihrer Kontakte kaum jemanden anstecken, und Menschen, die Superspreader sind. Je mehr Kontakte Menschen noch haben, desto stärker wirkt sich dieser Effekt aus. Dass Vorhersagen so schwer zu machen sind, liegt daran, dass sich menschliches Verhalten nie komplett berechnen lässt. Und es liegt schließlich auch daran, dass an Bord sehr, sehr viele Vernünftige sind, aber eben auch einige Unvernünftige.

Deshalb, weil wir es eben mit Menschen zu tun haben, bleibt das Geschehen dynamisch. Deshalb muss Politik immer wieder hinterfragen, ob die gewählte Strecke noch zielführend ist oder geändert werden muss. Deshalb muss die Politik auch immer noch einmal auf den Kompass schauen. Wir sind, ich habe es gesagt, an einem Punkt angelangt, bei dem uns die Wissenschaft anfleht, einzulenken. Hier und heute sehen wir den Eisberg vor uns. Es klingt vielleicht dramatisch, aber ich möchte nicht Teil des Orchesters sein, das die Musik zum Untergang der Titanic spielt. Ich will mit Ihnen, ich will mit euch gemeinsam auf der Brücke stehen, mit dem Kompass Wissenschaft in der Hand, und rechtzeitig gegenlenken.

Deshalb habe ich heute in diesem Parlament eine Bitte an alle Kolleginnen und Kollegen, an die Menschen zu Hause an den Bildschirmen, an die Menschen auf der Poesetribüne, an alle, wo auch immer sie gerade sein mögen: Jenseits aller Parteiinteressen, jenseits aller persönlichen Befindlichkeiten und auch, wenn es Entscheidungen auf dieser Strecke gab und Kursanpassungen, die Ihnen nicht gefallen haben, die Sie in den vergangenen Wochen anders gemacht hätten, Anpassungen, die Sie nicht für geeignet hielten, bleiben Sie im gemeinsamen Kampf gegen das Virus an Bord! Folgen wir gemeinsam unserem Kompass! Ich habe es vorhin gesagt: Wir sind mehr als 80 Millionen, aber jeder von uns ist einer von 80 Millionen. Auf jeden kommt es an! - Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall von den Regierungsfractionen.)

Vizepräsidentin Ries:

Vielen Dank. - Die nächste Wortmeldung kommt von Rudolf Müller von der AfD-Fraktion.

Abg. Müller (AfD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Zunächst muss ich eine Zahl korrigieren, die heute Morgen für zusätzliche Aufregung gesorgt hat, die so aber nicht richtig ist: Es wurde gesprochen von 952 Toten an einem Tag. Das ist so nicht richtig, diese Zahl kam zustande durch eine Nachmeldung aus Sachsen, eine Nachmeldung von Daten, die gestern nicht gemeldet wurden.

(Zurufe.)

So ist das nun einmal, das gilt auch für Sie, Frau Rehlinger. Es ist dramatisch genug, wenn es mehr als 800 Tote sind, es sind aber eben nicht 950 an einem Tag. Das zur Korrektur dieser Zahl.

Meine Damen und Herren, am 01. September 2020 verkündete der Bundesgesundheitsminister Jens Spahn, die Politik habe ihre Lehren aus dem sogenannten ersten Lockdown im Frühjahr, nach Beginn der Pandemie in Deutschland, gezogen. Man würde „mit dem Wissen heute, das kann ich Ihnen sagen, (...) keine Friseure mehr schließen und keinen Einzelhandel mehr schließen.“ Auch wenn Herr Spahn hier zunächst einmal seinen Fehler zugibt, was auch sonst, Herr Lafontaine, so war das auch Anlass und praktisch eine Freigabe für Gewerbetreibende aller Art, sich unter Beachtung der Abstands- und Hygieneregeln auf die kommenden Monate vorzubereiten. Insbesondere für Handel und Dienstleistung und auch für die Gastronomie ist die Zeit um Weihnachten und um den Jahreswechsel herum äußerst wichtig und Anlass für konzentrierte Arbeit - einerseits, um die Erwartungen der Kunden und Gäste zu erfüllen, andererseits, um mit den schwachen Monaten des Jahres zurechtzukommen. Es wurden also Textilien, Schuhe und sonstige Waren für Winter und Weihnachten geordert. Beispielsweise durften sich auch die Beschäftigten der Gastronomie auf Arbeit freuen und eben auch auf das Trinkgeld, das in dieser Zeit oft großzügig gegeben wird. Das, meine Damen und Herren, bitte nicht geringschätzen und auch einmal bedenken, dass die Entscheidungen in dieser Frage von solchen Leuten gefällt werden, deren Gehälter stabil bleiben!

Seit heute ist nun fast alles geschlossen. Es entstehen riesige Schäden und die Betroffenen müssen sich in den Kampf mit St. Bürokratus stürzen, um irgendwelche Entschädigungen zu erhalten, um ihren Betrieb zu retten und um auch noch mit der wieder erhöhten Mehrwertsteuer zu rechnen. Zudem müssen sie mit der ab Januar zusätzlich zu leistenden grün inspirierten CO₂-Steuer zurecht kommen, durch

die Treibstoffe und Heizung weiter verteuert werden, sogar in dieser Zeit.

Der Bundesgesundheitsminister Jens Spahn ist nun natürlich nicht schuld am Ausbruch von COVID-19 in Deutschland und damit auch im Saarland. Aber falsche Prognosen und die daraus resultierenden Folgen muss sich der gelernte Bankkaufmann Spahn schon anrechnen lassen. Nichts gegen Bankkaufleute, aber die ganz richtige Qualifikation für das Gesundheitswesen ist das vielleicht nicht.

(Abg. Scharf (CDU): Haben Sie die?)

Ich auch nicht. Ich würde mich auch nicht zum Gesundheitsminister machen lassen, Herr Scharf, das sage ich zu Ihrem Zwischenruf sehr gerne. - Um Fehler dieser Art künftig zu vermeiden, um die allgemeine Verunsicherung nicht noch zu vergrößern und um eine Langfriststrategie gegen COVID-19 mit möglichst viel Sachverstand zu entwickeln und diese zu vertreten, beantragen wir, eine Kommission zur Erarbeitung einer saarländischen Langzeitstrategie zur Bekämpfung von COVID-19 einzurichten. Diese Kommission soll Handlungsempfehlungen erarbeiten, und zwar nach den Maßstäben: Erstens, was ist erforderlich? Zweitens, was ist geeignet? Drittens, was ist angemessen? In der Summe also: Was ist verhältnismäßig?

Mitglieder dieser Kommission sollen jeweils ein Virologe, ein Internist, ein Betriebswirtschaftler, ein Volkswirtschaftler, ein Unternehmer, ein Gewerkschafter der Industrie, ein Gewerkschafter aus Handel und Dienstleistung, ein Schulleiter, ein Leiter eines Pflegeheims und ein Jurist des Landesverfassungsgerichts sein.

(Abg. Commerçon (SPD): Und ein Bankkaufmann?)

Auf den können wir verzichten. - Die Auswahl der betreffenden Damen und Herren erfolgt durch das Kabinett unter Führung des Ministerpräsidenten. Die Entscheidung der Volksvertreter auf einer solchen Grundlage zeugt für alle sichtbar - und das ist wichtig - von Verantwortungsbewusstsein und dem Willen, die entstandene Lage bestmöglich unter Berücksichtigung möglichst vieler Interessen und etwaiger Notlagen zu meistern.

Meine Damen und Herren, wir sitzen in dieser Krise alle in einem Boot. Kein Leiter eines Pflegeheims und kein Schulleiter kann die jeweilige Einrichtung betreiben, ohne von der Gesellschaft getragen zu sein. Kein Unternehmer kommt ohne seine gesunden Mitarbeiter aus. Kein Mediziner kann ohne funktionierende Wirtschaft und ohne Bezahlung arbeiten. Und ohne die Leistungen der modernen Medizin wären viele von uns jetzt schon tot. Wir wollen und wir können uns auf unseren Gemeinschaftsgeist stützen und auf ihn vertrauen, um gemeinsam aus dieser

(Abg. Müller (AfD))

Krise herauszukommen. Ich bitte also um Zustimmung zu unserem Antrag. - Ich danke Ihnen.

(Beifall von der AfD.)

Vizepräsidentin Ries:

Ich bitte Sie, die Maske auf dem Weg zu Ihrem Platz anzuziehen. - Der nächste Redner ist Eugen Roth von der SPD-Landtagsfraktion.

Abg. Roth (SPD):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Persönlich bin ich sehr angetan von dieser Debatte, die so faktenreich geführt wird. Ich muss sagen, bei aller Dramatik, die einen ohnehin emotional sehr aufwühlt, übertrifft diese Debatte in qualitativer Hinsicht meine Erwartungen - und ich bin ja schon ein paar Tage länger in diesem Haus. Ich will nun auch niemanden ausnehmen, das wäre ungerecht.

Stellvertretend möchte ich aber unserem Regierungschef, aber auch seiner Vizechefin sagen: Ich bin froh, dass ihr dieses Steuerrad so fest in der Hand haltet, dabei aber auch eine völlig überzeugte Demokratin und ein völlig überzeugter Demokrat seid, die sich dreimal überlegen, bevor sie irgendwelche schwierigen Maßnahmen dem „Volk“ aufoktroyieren, wenn es aber sein muss, das dann wohlüberlegt tun. Angesichts dessen fühle ich mich sicher. Und ich sage den Saarländerinnen und Saarländern: Gott sei Dank haben wir solche Leute an der Spitze, sonst könnte das auch anders laufen!

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Ich möchte vermeiden, dass nun ein Geruch des Eigenlobs entsteht. Die Gefahr besteht ja immer, wenn man etwas Positives zu sagen hat; diesbezüglich sind wir teilweise ja auch schon ein wenig medial beeinflusst vom Motto „only bad news are good news“. Deswegen möchte ich den Blick nun ein wenig weiten: Nach meiner Auffassung muss die Kernbotschaft von alledem lauten, dass das Wir entscheidet. Das ist an sich ein ganz simpler Satz. Dass das Wir entscheidet, bedeutet aber auch, die Kärnerarbeit, die nunmehr seit Monaten von den Mitgliedern der Landesregierung, aber auch von den Mitgliedern dieses Parlaments, das derzeit in einer von mir noch nicht erlebten Schlagzahl tagt, anzuerkennen. Das bedeutet auch, und das muss auch in die Gesellschaft übertragen werden, dass wir respektvoll miteinander umgehen müssen. Wir müssen dabei diese Krise ernst nehmen, ohne in Angst zu verfallen, denn dann wären wir nicht mehr handlungsfähig. Gerade aber auch in dieser Adventszeit sollten wir das Wir in den Mittelpunkt allen Handelns stellen.

Einen Punkt möchte ich dabei herausgreifen. Ich formuliere das nun einmal in Abwandlung eines Ausdrucks, den wir „über den großen Teich hinweg“ in der Vergangenheit immer wieder gehört haben: Arbeitsschutz first! - Es geht jetzt nicht darum, irgendwelche Gewinnmargen zu erzielen. Jetzt geht es darum, dass wir alle mithelfen - und das sage ich auch an die Adresse von Vorstandsetagen -, in größtmöglicher Solidarität dafür zu sorgen, dass diese Wirtschaft und ihre Beschäftigten nicht absaufen, um das mal in aller Deutlichkeit auszudrücken. Dazu gehört, dass wir wirklich mit größtmöglicher Flexibilität und nicht blockiert durch zahlreiche „Wenn“ und „Aber“ alle Leute, die mobil arbeiten können, auch in die Lage versetzen, das zu tun. Es geht jetzt nicht darum, bis zum Geht-nicht-mehr zu kontrollieren. Jetzt zählt es, eine Vertrauenskultur zu leben. Es gilt, Homeoffice zu ermöglichen, wo immer das möglich ist.

Es gilt, die Leute, die an den Betten stehen und die Schwerstkranken drehen müssen, soweit als möglich zu schützen. Wir müssen ihnen alles geben, was sie brauchen. Ich will da nun gar nicht den Schlaumeier spielen, wenn wir aber von ihnen gesagt bekommen, was gebraucht wird, müssen wir dafür ein offenes Ohr haben und sagen: Ihr bekommt das! Wir alle, die wir hier im Parlament sind, sorgen dafür, dass ihr das bekommt! Klar, gestern wäre besser gewesen, aber bis spätestens übermorgen bekommt ihr, was ihr braucht!

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Ich denke dabei an die Ärztinnen und Ärzte, an die Pflegerinnen und Pfleger, ich denke aber auch in das ganze Hilfspersonal. Man zieht dabei leicht falsche Trennlinien: Ohne die Reinemachefrauen und -männer - es sind aber überwiegend Frauen - wären die Kliniken schlicht am Ende. Auch darauf sei einmal hingewiesen; wir wissen ja noch aus dem Frühjahr, wie sich die Grenzschließungen auf die Arbeit der vielen in diesem Bereich tätigen Grenzgängerinnen und Grenzgänger ausgewirkt haben. Ich denke aber auch an diejenigen, die Transportdienste leisten. Bei den Lieferdiensten zum Beispiel geht es ja nicht nur um Weihnachtsgeschenke, es geht auch darum, notwendiges medizinisches Material anzuliefern.

Was erwarte ich nun? Wir 51 hier im Landtag, die Landesregierung und alle, die uns zuhören, können doch eines leisten: Begegnen wir allen diesen Leuten mit besonderem Respekt und mit besonderer Höflichkeit! Machen wir es positiv vor! Stellen wir uns in der Reihe hinten an! Tragen wir die Maske überall, wo das notwendig ist!

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Eines hört sich eigentlich selbstverständlich an, ist es aber nicht; das kennt ihr alle: Wenn wir in dieser doch sehr stressigen Zeit in den Geschäften unter-

(Abg. Roth (SPD))

wegs sind, sagen wir doch einfach einmal ein Dankeschön! Wenn ich das mache, merke ich immer wieder, dass die Kassiererinnen völlig überrascht sind. Wieso sagt der denn Danke? Weil ich hinter der Maske stecke, wissen sie oft ja auch gar nicht, wer ich bin. „Danke“, das ist ein kleines Wort, das aber sehr wichtig ist angesichts dessen, was geleistet wird.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Einen weiteren Punkt möchte ich herausgreifen, der mir heute sehr gut gefallen hat: Die Wahrnehmung der Bedeutung des Lebensmittelhandels hat in einem Maße zugenommen, die ich mir nie hätte vorstellen können. Plötzlich beginnt man ja zu überlegen - nun werden einige lachen und sagen: der braucht das doch nicht zu überlegen, der trägt persönliche Reserven mit sich -, was man eigentlich übermorgen zu essen hat. Meine Familie hatte früher ein kleines Einzelhandelsgeschäft, von dem ein ganzer Wohnbezirk versorgt wurde. Das war ein sogenannter Tante-Emma-Laden, diese Läden gibt es nicht mehr. Damals musste man noch genau planen, auch weil man nur begrenzte finanzielle Mittel hatte: Was kann ich einkaufen, damit meine Familie in der kommenden Woche jeden Tag etwas auf dem Tisch hat? - Diese Wahrnehmung wird gerade wieder etwas zugespitzt erlebt, auch bedingt durch die Lage der Feiertage.

Angesichts dessen finde ich es äußerst wohltuend, und das werde ich nicht nur hier so deutlich sagen, was unser Ministerpräsident Tobias Hans und seine Stellvertreterin Anke Rehlinger zu den Beschäftigten gesagt haben, die das jetzt betrifft. Lieber Bernd Wegner, ich habe auch schon Kontakt mit Fabian Schulz aufgenommen. Mit ihm habe ich natürlich einen guten Ansprechpartner; er ist ein „Sozialer“, man muss ja aufpassen, wenn man jemanden lobt, dass das Lob nicht anders ankommt, als es gemeint ist. Mein Eindruck ist, dass wir hier auch mit diesem Thema äußerst verantwortungsvoll umgehen. Chapeau! Das muss wirklich so auch einmal gesagt werden.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Ich möchte nun noch einen Gesichtspunkt ansprechen, der mich beim Thema Testung schon die ganze Zeit beschäftigt. Ich will dieses Thema nun gar nicht wieder von A bis Z aufmachen, einen Aspekt vermissem ich allerdings bislang: Was ist denn eigentlich mit den Betreibern, mit den Heimbetreibern? Sind die dabei völlig außen vor? Sind die dabei für nichts verantwortlich? Das verstehe ich überhaupt nicht. Ich will nun gar keine Zahlenspiele betreiben; ich bin, liebe Jutta, nicht so gut in Mathematik wie du. Ich stehe zu meinen Schwächen; es ist ja Selbstkritik gefordert, insoweit oute ich mich. Wir müssen aber doch auch darauf achten, diejenigen, die originär verantwortlich sind, nicht aus dieser Ver-

antwortung zu entlassen. Die Betreiber arbeiten ja auch nicht nur für Gottes Lohn, deshalb müssen sie auch dafür sorgen, dass die Leute ordentlich versorgt werden, das schließt die Testungen ein. Hier stellt sich nach meiner Auffassung eine unterstützende Regierungsaufgabe, aber mit Sicherheit nicht eine Aufgabe alleine der Regierung, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Es bedarf nunmehr eines Kraftakts sondergleichen. Viele werden wohl sagen, das hätten wir zum Abschluss des Jahres nicht gebraucht. Allein schon das, was uns jenseits von Corona der Strukturwandel abverlangt, wäre völlig ausreichend. Das ist ein Wandel, den wir täglich zu bewältigen haben, der uns täglich fordert.

Ich finde es ja auch gut, dass viele, die früher weniger Staat! gefordert haben, plötzlich nach dem Staat und nach der Politik schreien. Eine solche Wiedergeburt, und das auch noch im Zeichen von Jesus Christus, der am 24. Dezember auf die Welt gekommen ist, das hätte ich nicht erwartet! Selbst von den härtesten Wirtschaftsvertretern wird nach dem Staat und nach dem öffentlichen Dienst geschrien. Halleluja, kann ich dazu nur sagen. Halleluja!

In dieser Phase sage ich: Selbstkritik, ja. Selbstkritik, jeden Tag, jede Minute. Wir müssen aber schon aufpassen, wie wir damit umgehen. Aus der Selbstkritik darf keine öffentliche Verunsicherung resultieren. Ich nenne dazu ein Beispiel, und insoweit darf überhaupt nichts wackeln und wanken: Ich werde mich impfen lassen! Ich werde mich impfen lassen, sobald ich an der Reihe bin! Nicht früher, da ich kein Politikerprivileg begründen möchte, aber auch nicht später, weil ich eben älter als 60 Jahre bin und einer vulnerablen Gruppe angehöre. Eugen Roth lässt sich impfen. Ich gehe davon aus, das gilt auch für die Mehrheit des Parlaments.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Zum Abschluss: Ich wünsche uns allen, die wir hier sitzen, von Herzen Gesundheit! Das ist heute nicht mehr nur eine Floskel, das sagt mehr. Ich wünsche uns Gesundheit, ich wünsche uns eine besinnliche Weihnachtszeit. Adveniat - Weihnachtszeit, das ist die Zeit der Hoffnung. Da wurde jemand geboren, der größer war als wir. - Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall von den Regierungsfractionen.)

Vizepräsidentin Ries:

Das Wort hat nun die Ministerin für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie Monika Bachmann.

Ministerin Bachmann:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Eigentlich war das, lieber Eugen, schon ein gutes Schlusswort. Sieh es mir aber bitte nach, dass ich als Gesundheitsministerin jetzt noch sagen muss, dass mir dieses Infektionsgeschehen wirklich Sorgen bereitet. Ja, wir sitzen jeden Tag zusammen mit den Hausärzten, mit den Fachärzten, mit der Kassenärztlichen Vereinigung, mit der Ärztekammer, mit den Virologen, mit den Landkreisen und den Gemeinden.

Wir müssen aber unseren Blick auch nach vorne richten und uns fragen, wie es um die bestellt ist, die unserer Hilfe bedürfen. Das sind zum Beispiel die Menschen im Bruder-Konrad-Haus. Das sind die Menschen in der „Herberge zur Heimat“, die Menschen im Elisabeth-Zillken-Haus. Das sind die Menschen in der Einrichtung für ehemalige Strafgefangene in Saarbrücken, die Menschen in der Notschlafstelle der AWO, in der Notschlafstelle OASE, die Menschen in der Wärmestube Saarbrücken und die Menschen in den Frauenhäusern. Auch diese Menschen haben wir im Blick. Alle stationären Einrichtungen der Wohnungshilfe sind mit uns im Gespräch, sie unterstützen sich aber auch gegenseitig - im Fall von Quarantäne, aber auch generell. In diesen Einrichtungen werden nun aber auch die Schnelltests durchgeführt.

Zu einem weiteren Punkt. Wir haben natürlich viel gesprochen über die Einrichtungen, über die Heime. Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten der LINKEN, natürlich bin ich dankbar für jeden Hinweis. Natürlich bin ich auch dankbar für fundierte Kritik. Denn diese Kritik hilft mir, die Infektionslage an der einen oder anderen Stelle besser zu handhaben und sie zu beeinflussen.

Ich möchte Ihnen jetzt auch einmal die aktuellen Zahlen nennen: Aktuell haben wir unter den 13.000 Bewohnern der Altenhilfeeinrichtungen 344 akut Infizierte. Das sind 344 Fälle zu viel. Wir haben aber insgesamt auch 305 Tote. Und auch darüber müssen wir einmal sprechen: Natürlich bedauern wir die Toten, wir haben aber auch die Menschen, die wieder genesen sind. Wir haben die Menschen, die in Krankenhäusern waren, die Menschen, für die die Ärzte und Pfleger alles unternommen haben, damit sie wieder zurückgehen konnten, sei es in ihr Haus, sei es in die Einrichtung. Die 2,6 Prozent akut Infizierten der 13.000 Bewohner sind angesichts dessen ohne Zweifel 2,6 Prozent zu viel. Deshalb unternehmen wir alles, um den Virus aus den Häusern herauszuhalten.

62 Einrichtungen melden derzeit aber auch Corona-Fälle unter den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Das sind Frauen und Männer, die Familie haben - wie wir auch. Das sind Frauen und Männer, die am Heiligabend, an den Weihnachtstagen, an Silvester

arbeiten. Sie gehen in den Nachtdienst, kommen anschließend nach Hause, haben zu Hause möglicherweise selbst noch eine zu pflegende Person oder auch kleine Kinder. Sie haben vielleicht einen Ehemann oder eine Ehefrau oder auch andere Angehörige, und auch an alle diese Menschen sollten wir denken.

Vor diesem Hintergrund müssen wir alles Erforderliche unternehmen, und ich bitte um Begleitung dabei, auch um Kritik. Ich bitte darum, uns bei der Bewältigung dieser schwierigen Aufgabe zu helfen. Die Landräte rufen zur Hilfe auf: Helft uns in den Impfzentren! Helft uns in den Testzentren! - Die Zentren sind an Silvester geöffnet. Sie arbeiten an Weihnachten. Wir impfen. Jeder kann sich zur Unterstützung melden, wir machen bei dieser Arbeit keine Unterbrechungen. Da gibt es zum Beispiel Leute, die früher einmal als Direktoren am Krankenhaus gearbeitet haben und uns nun helfen. Leute, die früher einmal beim Winterberg-Krankenhaus in führender Funktion tätig waren - nicht nur zwei Jahre, sondern mehr als 20 Jahre -, die sitzen jetzt bei uns an der Hotline. Sie helfen. Wir haben Medizinstudenten, die sich zu Hause eine schöne Zeit machen könnten - nein, sie sitzen bei uns in den Häusern und helfen, den Menschen ihre Sorgen zu nehmen.

Deshalb die herzliche Bitte: Helfen Sie uns dabei, den richtigen Weg zu gehen! Helfen Sie uns, damit alle Betroffenen wieder gesund werden und diejenigen, die gesund sind, nicht krank werden! Nur darum bitte ich. Dabei akzeptiere ich auch jeden begründeten Einwand, und ich bin dankbar für jeden Anruf - den ich allerdings aus gewissen Fraktionen bislang leider nicht bekommen habe. Ich bin dankbar für alle, die mir aufzeigen, dass es auf diese und jene Art weitergehen kann.

Ich bin dankbar für alle diejenigen, die an den Testzentren ihre Arbeit verrichten. Ich würde mich freuen, wenn wir genug Leute finden, die in den Impfzentren tätig werden. Ich würde mich freuen, wenn sich die Leute wie Eugen Roth verhielten, der sagt: Jawoll, wenn ich dran bin - nicht privilegiert, aber wenn ich dran bin -, werde ich mich impfen lassen. Lieber Eugen, ich auch! Ich werde mich impfen lassen, denn das ist zurzeit nach Auskunft der Wissenschaft die einzige Chance, eventuell ein besseres 2021 zu haben.

Aus diesem Grund danke ich jedem Einzelnen, der sich mit dieser Thematik befasst. Ich finde es großartig, wie in unserem Ministerrat ressortübergreifend gearbeitet wird. Ich finde es großartig, wie wir hier mit dem Parlament diskutieren und die verschiedenen Aspekte wirklich substanziell aufgreifen.

Denkt aber bitte auch daran, dass wir einen Armutsbeirat haben, dass wir Menschen haben, die auf der Straße leben. Denkt bitte daran, dass wir Menschen haben, die alt sind, die alleine sind. Bevor Sie mich

(Ministerin Bachmann)

rügen, Frau Präsidentin, weil ich die Redezeit nicht einhalte, sei ein letztes Wort erlaubt: Der VdK hat recht, wenn er moniert, dass die Leute vereinsamen. Deshalb haben wir seit vielen, vielen Jahren in allen Kommunen dieses Landes, in allen 52 Kommunen - ich wüsste keine Kommune, die das nicht macht -, helfende Hände. Das sind Menschen, die rausgehen zu den Leuten. Ich meine nicht diejenigen, die das Mittagessen bringen; die haben nämlich keine Zeit. Ich meine die Leute, die einfach da sind, um ein Gespräch zu führen mit denjenigen, die alleine zu Hause sind.

Ich bitte Sie herzlich um Begleitung in dieser schwierigen Lage. Ich wünsche Ihnen alles Gute und uns, dass wir alle gesund bleiben. - Vielen Dank.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Vizepräsidentin Ries:

Vielen Dank. Sie sind voll in der Redezeit geblieben, Frau Bachmann. - Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe damit die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der DIE LINKE-Landtagsfraktion, Drucksache 16/1537. Wer für die Annahme der Drucksache 16/1537 ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Ich stelle fest, dass der Antrag der DIE LINKE Drucksache 16/1537 mit Stimmenmehrheit abgelehnt ist. Zugestimmt haben die DIE LINKE-Fraktion und die AfD-Fraktion, dagegen gestimmt haben die CDU- und die SPD-Fraktion.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der AfD-Landtagsfraktion, Drucksache 16/1536. Wer für die Annahme dieser Drucksache ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Ich stelle fest, dass der Antrag Drucksache 16/1536 mit Stimmenmehrheit abgelehnt ist. Zugestimmt hat die AfD-Fraktion, dagegen gestimmt haben die CDU-Fraktion, die SPD-Fraktion und die DIE LINKE-Fraktion.

Kolleginnen und Kollegen, damit sind wir am Ende der heutigen Sitzung angelangt, der letzten Sitzung in diesem Jahr. Lasst uns mit Mut und Zuversicht, mit Solidarität und Verantwortung, aber auch mit Maske, Händewaschen und Abstand ins neue Jahr gehen. Haben Sie alle ein gutes, ein geruhames Weihnachtsfest. - Ich schließe damit die Sitzung.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)